OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Mai 2021

Stabilität durch Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2021

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 26. April 2021

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Erholung der Weltwirtschaft nimmt Fahrt auf 6

CESEE-6: Im Wettlauf mit der Pandemie – Erholung nicht vor Mitte 2021 in Sicht; Russland: Aufschwung trotz erheblicher Risikofaktoren in Reichweite 12

Österreich: Höhepunkt der dritten Welle überschritten, Impffortschritt soll erste Öffnungen im Mai ermöglichen 19

COVID-19-Pandemie belastet das Jahresergebnis 2020 der österreichischen Banken 23

Eigenmittel der österreichischen Kreditinstitute mit 94,3 Mrd EUR auf Rekordhoch 25

Vermehrt negative Zinssätze bei Unternehmenseinlagen 27

Annex 30

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 25. Februar bis 22. April 2021 31

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 36

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die Erholung der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 verlief besser als erwartet und auch die aktuellen Daten für das erste Quartal 2021 deuten auf eine anhaltende Erholung der globalen Wirtschaftsaktivitäten und des Welthandels hin. Das umfangreiche US-Fiskalpaket und eine an Fahrt gewinnende Impfausrollung lassen eine starke Erholung im zweiten Halbjahr 2021 erwarten. Vor diesem Hintergrund revidierte der IWF im April 2021 seine Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft für das laufende Jahr um 0,5 Prozentpunkte (Pp.) gegenüber der Jännerprognose auf 6,0% nach oben. Für nächstes Jahr wird ein BIP-Anstieg um 4,4% (+0,2 Pp.) erwartet. Die Unsicherheit ist jedoch hoch und die Abwärtsrisiken überwiegen. Diese bestehen insbesondere im Zusammenhang mit dem Verlauf der Pandemie und weiteren Verzögerungen bei den Impfungen, sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen sowie geo- und handelspolitischen Risiken.

Der IWF und die Federal Reserve haben ihre Wachstumsprognose für die USA deutlich angehoben und erwarten, dass unter anderem auch im Zuge der fiskalischen Anreize das reale BIP im Jahr 2021 um 6,4% wachsen wird. Für das darauffolgende Jahr wird mit einem Wachstum von 3,5% gerechnet. Auch für China wurde das Wirtschaftswachstum für 2021 nach oben revidiert und liegt laut aktueller IWF-Prognose bei 8,4%. Für 2022 wird mit 5,6% eine Rückkehr zum langfristigen Trendwachstum erwartet. Laut aktueller OeNB-Prognose wird für das laufende Jahr eine moderate konjunkturelle Erholung der CESEE-6-Länder und ein Wachstum von 4,0% erwartet. Das Wachstum wird 2022 an Fahrt gewinnen (+4,8 %) und 2023 nachlassen (+3,9 %). Der Aufschwung wird sich in der Region im Großen und Ganzen gleichförmig vollziehen, wobei die Wachstumsdynamik in Rumänien und Ungarn etwas stärker und in Tschechien und Bulgarien etwas schwächer ausfallen wird.

Für den Euroraum erwartet der IWF nach einem Einbruch von −6,6% im Jahr 2020 ein Wachstum um 4,4% für 2021 und um 3,8% für 2022. In der März-Prognose der EZB wird eine Inflationsrate von 1,5% für 2021 und 1,2% für 2022 erwartet.

Am 8. Februar 2021 endete der dritte harte Lockdown in Österreich, worauf ein regional differenzierter Anstieg der Inzidenz folgte. Um einer Überlastung der intensiv-medizinischen Betreuung in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland vorzubeugen, wurden dort mit 1. April erneut Eindämmungsmaßnahmen ergriffen. In den Kalenderwochen 14 und 15 (5. bis 18. April 2021) lag die Wirtschaftsleistung in Österreich laut dem wöchentlichen Indikator der OeNB um 4,9% bzw. 6,3% unter dem Vorkrisenniveau, wodurch die BIP-Lücke zuletzt wieder angestiegen ist. Durch die Geschäftsschließungen in den östlichen Bundesländern stieg der negative Beitrag des privaten Konsums wieder an, die Produktion der exportorientierten Industrie liegt hingegen weiterhin über dem Vorkrisenniveau. Das WIFO geht in seiner Märzprognose im Öffnungsszenario (Lockdownszenario) von einem Wachstum für 2021 von 2,3% (1,5%) und für 2022 von 4,3% (4,7%) aus.

Laut der OeNB-Inflationsprognose vom März 2021 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 1,7% betragen. Für die Jahre 2022 und 2023 bleibt die aktuelle Prognose der OeNB bei Inflationsraten von jeweils 1,7%. Veränderungen in den Warenkorbgewichten, pandemiebedingte Preisfortschreibungen und Sondereffekte verzerren derzeit internationale Inflationsvergleiche.

[1] Autor: Richard Sellner (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Erholung der Weltwirtschaft nimmt Fahrt auf[2]

Weltwirtschaft: Erholung schreitet voran, aber anhaltende Versorgungsengpässe stellen kurzfristige Risiken für die globale Aktivität und den Welthandel dar

Die Erholung der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 war schnell, aber über die Nachfragekomponenten hinweg ungleichmäßig. Die verfügbaren Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestätigen für die Weltwirtschaft (ohne Euroraum) eine Rückkehr des BIP auf das Niveau von vor der Pandemie im letzten Quartal 2020 trotz des Wiederauflebens der Pandemie. Dazu trugen die nachlassende Unsicherheit und die günstigeren wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen bei, da Regierungen und Zentralbanken großzügige Unterstützung gewährten.

Aktuelle Daten für das erste Quartal 2021 deuten auf eine anhaltende Erholung der globalen Wirtschaftsaktivitäten und des Welthandels hin. Der globale Einkaufsmanagerindex (*global composite output PMI*) blieb im ersten Quartal 2021 über seinem langjährigen Durchschnittsniveau, wobei die Wachstumsdynamik des Dienstleistungssektors die solide Expansion im verarbeitenden Gewerbe übertraf. Der Warenhandel überraschte im Jänner 2021 positiv mit einem Wachstum von 5,7% ggü. dem Vorjahresmonat. Der Dienstleistungshandel zeigte Anzeichen einer Verbesserung, bleibt jedoch auf Grund von krisenbedingten Eindämmungsmaßnahmen und Reisebeschränkungen weiterhin verhalten.

Während sich die Weltwirtschaft vom COVID-19-Schock erholt, haben sich die Lieferzeiten der Lieferanten verlängert und sind derzeit so hoch wie während des Höhepunkts der Pandemie im zweiten Quartal 2020, insbesondere in den Industrieländern. Dies stellt ein kurzfristiges Risiko für die Erholung dar. Als eine Konsequenz davon ist der globale PMI-Inputpreisindex stark gestiegen. Da letzterer hauptsächlich den (nachfragebedingten) Anstieg der Rohstoffpreise Anfang 2021 widerspiegelt, könnten die Inputpreise einen temporären Aufwärtsdruck auf die Gesamtinflation ausüben. Gleichzeitig dämpfen aber geringe Kapazitätsauslastungen die Inflation.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

Reales BIP-Wachstum in %

	IWF World Economic Outlook April 2021				
	Wachstum	Prognosen		Revisionen ggü. WEO-Update Jänner 2021	
	2020	2021	2022	2021	2022
Euroraum	−6,6	4,4	3,8	0,2 Ppt	0,2 Ppt
UK	−9,9	5,3	5,1	0,8 Ppt	0,1 Ppt
Japan	−4,8	3,3	2,5	0,2 Ppt	0,1 Ppt
China	2,3	8,4	5,6	0,3 Ppt	-
USA	−3,5	6,4	3,5	1,3 Ppt	1,0 Ppt
Welt	−3,3	6,0	4,4	0,5 Ppt	0,2 Ppt

Vor diesem Hintergrund revidierte der IWF im aktuellen *World Economic Outlook* vom April 2021 seine Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft 2021 um 0,5 Prozentpunkte (Pp.) gegenüber dem Jänner 2021 auf 6,0% nach oben. Für nächstes Jahr erwartet der IWF einen BIP-Anstieg um 4,4%, der ebenfalls um 0,2 Pp. nach oben angepasst wurde. Die größten

[2] Autor: Thomas Scheiber (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Aufwärtsrevisionen wurden für 2021 für Kanada (+1,4 Pp.), die USA (+1,3 Pp.), Italien (+1,2 Pp.) sowie für Indien (+1,0 Pp.) vorgenommen. Die Gründe für die verbesserten Aussichten liegen zum Teil noch im zweiten Halbjahr 2020, das sich besser als erwartet entwickelt hat; dazu kommen das US-Fiskalpaket und die Erwartung einer starken Erholung im zweiten Halbjahr 2021, die durch die COVID-Impfungen ermöglicht werden soll.

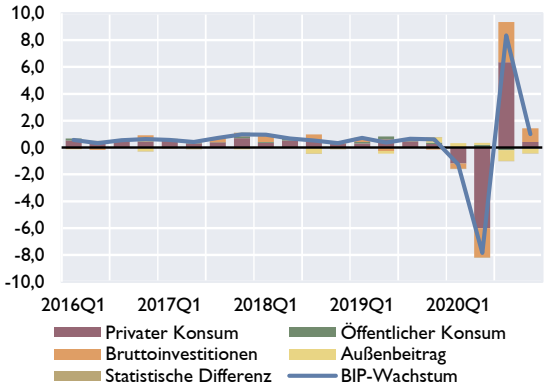
Der IWF betont, dass die Unsicherheit hoch ist und die Abwärtsrisiken überwiegen. Diese bestehen insbesondere im Zusammenhang mit dem Verlauf der Pandemie und weiteren Verzögerungen bei den Impfungen, sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen sowie geo- und handelspolitischen Risiken. Mit zunehmender Dauer der Pandemie steigen außerdem die sogenannten „Scarring-Effekte", die auf Grund von nachhaltiger Beeinträchtigung stark betroffener Wirtschaftszweige bzw. von Produktivität und Humankapital eine rasche Rückkehr des realen BIPs auf das Vorkrisenniveau erschweren. Der IWF warnt vor den Folgen der steigenden Ungleichheit, welche das Risiko für soziale Unruhen erhöht.

USA: Wirtschaftliche Erholung gewinnt an Fahrt angesichts der schnellen Impfung und der umfangreichen fiskalischen Anreize

Die wirtschaftliche Erholung der USA beschleunigt sich. Das reale BIP stieg im letzten Quartal 2020 um 4,3% ggü. dem Vorquartal (annualisiert). Der wöchentliche Wirtschaftsindex der New Yorker Fed, der das BIP-Wachstum anhand von Hochfrequenzindikatoren abbildet, deutet darauf hin, dass sich die Wachstumsdynamik seit Anfang März erheblich beschleunigt hat. Für das erste Quartal 2021 wird daher ein Wachstum des realen BIP um 6,7% (annualisiert) erwartet.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber Vorquartal



Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

Umfangreiche fiskalische Anreize und die erwartete Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen stützen den US-Konsum. Das verfügbare Einkommen und die Konsumausgaben stiegen im Jänner erheblich an, was durch einmalige staatliche Konjunkturmaßnahmen gefördert wurde. Zusätzliche Stimulus-Schecks, die seit Mitte März im Rahmen des *American Rescue Plan* („Biden-Paket") an US-Haushalte versandt wurden, stimulieren bereits den Konsum: Die US-Einzelhandelsumsätze stiegen im März um 9,8% gegenüber dem Vormonat, wie bereits durch Hochfrequenzindikatoren angedeutet, und liegen nun 17 % über dem im Februar 2020 erreichten Höchststand vor der Pandemie. Die zügige Impfung wird auch eine rasche Öffnung der Wirtschaft ermöglichen. Folglich stieg im März das Verbrauchervertrauen auf den höchsten Stand seit einem Jahr.

Die US-Haushalte haben seit Beginn der Krise Ersparnisse aufgebaut, da die Möglichkeiten, die erhaltene steuerliche Unterstützung auszugeben, gering waren. Im Februar 2021 lag die Sparquote der privaten Haushalte mit 13,6% um 6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt von 2019. Mit der vollständigen Öffnung der Wirtschaft wird erwartet, dass die persönliche Sparquote abnehmen wird, was die Erholung weiter unterstützt. Allerdings ist fraglich, ob die Sparquote tatsächlich auf das Vorkrisenniveau absinken wird, da laut einer Umfrage 2020 vor allem einkommensreiche Haushalte Ersparnisse aufbauten und das Vorsichtssparen deutlich zugenommen hat.

Der IWF und die Federal Reserve haben ihre Wachstumsprognose deutlich angehoben und erwarten, dass unter anderem auch im Zuge der fiskalischen Anreize das reale BIP im Jahr 2021 um 6,4% wachsen wird – selbst wenn ein beträchtlicher Teil des Biden-Pakets (8,9% des BIP) kurzfristig von den privaten Haushalten gespart wird. Darüber hinaus hat die US-Regierung einen Infrastrukturplan in Höhe von 2,3 Billionen USD angekündigt, mit dem das wirtschaftliche Potenzial des Landes gesteigert werden soll. Der Plan konzentriert sich auf die Reparatur von Straßen und Brücken, den Ausbau des Breitband-Internetzugangs und die Aufstockung der Mittel für Forschung und Entwicklung und soll unter anderem durch die Erhöhung der Unternehmenssteuern finanziert werden.

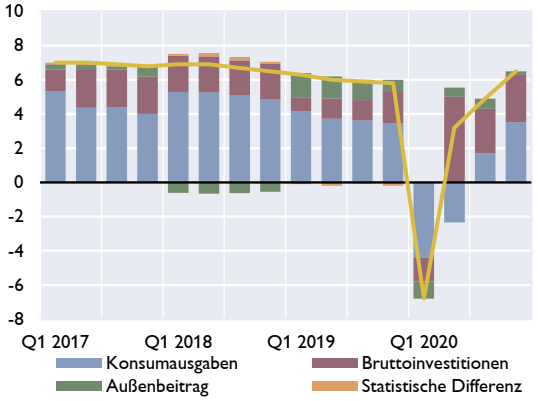
Diese Hilfsmaßnahmen werden die Outputlücke, beginnend mit 2021, für voraussichtlich zwei Jahre in den positiven Bereich drehen. Das FOMC geht folglich davon aus, dass die PCE-Kerninflation (geldpolitische Zielgröße) im Laufe des Jahres 2021 über 2% steigen und im Dezember 2021 2,2% erreichen wird. Es ist ein öffentlicher Diskurs darüber entbrannt, ob die Inflationsrate danach weiter ansteigen (Überhitzung, Lohn-Preis-Spirale) oder wieder zum Zielwert von 2% zurückkehren wird, da der Fiskalstimulus nur temporär eingesetzt wird. Im März stieg die Gesamtinflation laut Verbraucherpreisindex in Folge starker Basiseffekte sowie höherer Ölpreise auf 2,6%; die Kerninflation betrug 1,6%.

Die stärkeren Wachstumsaussichten haben seit dem vierten Quartal sowohl die marktbasierten Inflationserwartungen als auch die Inflationserwartungen der Verbraucher zusehends ansteigen lassen. Die im internationalen Vergleich höheren längerfristigen Nominalrenditen in den USA sind hauptsächlich auf einen anhaltenden Anstieg der Prämie, die für den Wertverlust auf Grund der zukünftigen Inflationsentwicklung kompensiert (Inflationskompensation) zurückzuführen. Während die steigende Inflationskompensation 2020 hauptsächlich die erhöhte Inflationsrisikoprämie widerspiegelte, erklären die tatsächlichen Inflationserwartungen in letzter Zeit einen größeren Anteil des Anstiegs.

China: Starkes Wachstum der Exporte und Erholung des Konsums erwartet

Chinas reales BIP wuchs im ersten Quartal 2021 um 18,3% (im Jahresvergleich) bzw. 0,6% im Quartalsvergleich und entsprach weitgehend den Erwartungen. Der außerordentliche Anstieg des BIP (im Jahresvergleich) ist größtenteils auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da die Wirtschaftsleistung in China in Folge der COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen bereits im ersten Quartal 2020 einbrach. Während Industrieproduktion und Exporte überdurchschnittlich stark wuchsen, ist der Aufschwung des privaten Konsums weiterhin verhalten. Zwar steigen die Einzelhandelsumsätze und das Verbrauchervertrauen zuletzt wieder, doch einige Dienstleistungsbereiche wie Hotels und Restaurants erweisen sich noch immer als Schwachstellen. Offizielle Zahlen zeigen zudem, dass die Arbeitslosigkeit weiterhin höher ist als vor der Krise.

CHINA: Beiträge zum BIP-Wachstum
%-Veränderung gegenüber VJQ



Quelle: Macrobond.

Die chinesischen Behörden planen, die fiskalischen Unterstützungen schrittweise zurückzunehmen bzw. stärker in Richtung private Haushalte umzuschichten und durch höhere Einnahmen das Defizit zu verringern. Die *People's Bank of China* (PBoC) kündigte an, die

akkommodierende und flexible Geldpolitik aufrechtzuerhalten sowie wieder stärker auf die Eindämmung finanzieller Risiken zu achten.

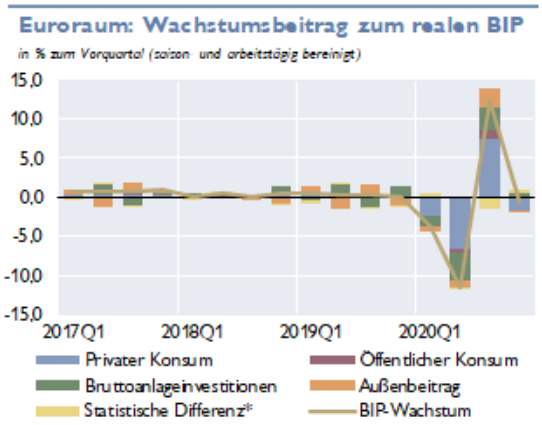
Der IWF erwartet für 2021 ein reales Wirtschaftswachstum von 8,4% und revidierte seine Jänner-Prognose um 0,3 Pp. nach oben. Für 2022 wird mit 5,6% eine Rückkehr zum langfristigen Trendwachstum erwartet.

Die jährliche Gesamtinflation laut Verbraucherpreisindex kehrte im März aufgrund erheblicher Basiseffekte in den positiven Bereich zurück. Die Inflation stieg im März (im Jahresvergleich) auf 0,4% nach -0,2% im Vormonat. Ein starker Anstieg der Treibstoffpreise konnte einen weiteren Rückgang der Lebensmittelpreisinflation mehr als ausgleichen. Die Kerninflation ohne Nahrungsmittel und Energie stieg im März auf 0,3% gegenüber 0,0% im Februar.

Euroraum: Dritte Pandemie-Welle dämpft die Rückkehr zum Wachstum

Erneuter BIP-Rückgang im Euroraum im ersten Quartal 2021 erwartet

Im vierten Quartal 2020 ging das reale BIP im Euroraum um –0,7% ggü. dem Vorquartal zurück, wobei es Irland (–5,1%), Österreich (–2,7%) und Italien (–1,9%) am härtesten traf. Die privaten Konsumausgaben (–3,0%) waren hauptverantwortlich für den BIP-Rückgang, auch die Nettoexporte dämpften das Wachstum leicht. Die Bruttoanlageinvestitionen hingegen wuchsen (+1,6%) ebenso wie der staatliche Konsum (+0,4%).



Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.

Für das erste Quartal 2021 wird erneut mit einem BIP-Rückgang gerechnet. Grund dafür sind die Eindämmungsmaßnahmen der dritten Pandemie-Welle. Die angekündigten Öffnungen und Impffortschritte der letzten Wochen geben Grund zur Hoffnung, dass ab dem zweiten Quartal 2021 die Quartalswachstumsraten deutlich positiv ausfallen: Im März verbesserte sich der *Economic Sentiment Indikator* auf 101 Punkte von 93,4 im Februar. Damit liegt er zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie wieder über dem langfristigen Durchschnitt von 100. Alle Teilindizes verzeichneten im März Anstiege, jedoch liegt nur die Stimmung der Industrie deutlich über dem langjährigen Durchschnitt; das Schlusslicht ist der Dienstleistungssektor. Auch der *Purchasing Managers' Index* (PMI) verbesserte sich von 48,8 Punkten im Februar auf 53,2 Punkte im März deutlich. Die Verbesserung war hauptsächlich auf den starken Anstieg in der Industrieproduktion zurückzuführen. Nun deutet der PMI wieder auf einen Expansionskurs hin.

Der IWF erwartet nach dem Einbruch von –6,6% im Jahr 2020 eine Rückkehr des Wachstums auf 4,4% für 2021 und 3,8% für 2022. Seine Prognose ist damit für 2021 etwas optimistischer als die Prognosen der OECD, der EZB und der Europäischen Kommission, welche von knapp 4% ausgehen. Ein Grund dafür ist, dass die IWF Prognose auf nach oben revidierten BIP-Zahlen für 2020 basiert.

Die Arbeitslosenquote lag im Februar 2021 unverändert bei 8,3% und war damit um nur 1,1 Pp. höher als im Februar 2020. Laut EZB soll sie bis Mitte 2021 zunehmen und erst dann wieder abnehmen. Das Vorkrisenniveau wird jedoch auch Ende 2023 nicht erreicht werden. Im vierten Quartal 2020 stieg die Zahl der Beschäftigten erneut um 0,3%; im Jahresvergleich sank sie um rund 2%. Der IWF zeigt im WEO, dass vor allem Junge und Personen mit geringer Qualifikation

ihre Arbeit verloren haben. Frauen und Männer waren in ähnlichem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquoten unterschätzen allerdings das wahre Ausmaß an Unterbeschäftigung. Berücksichtigt man auch Kurzarbeit und andere Formen unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung, dann liegt die Arbeitslosigkeit im Euroraum derzeit über 20% und dürfte im April und Mai auf 25% ansteigen.[3]

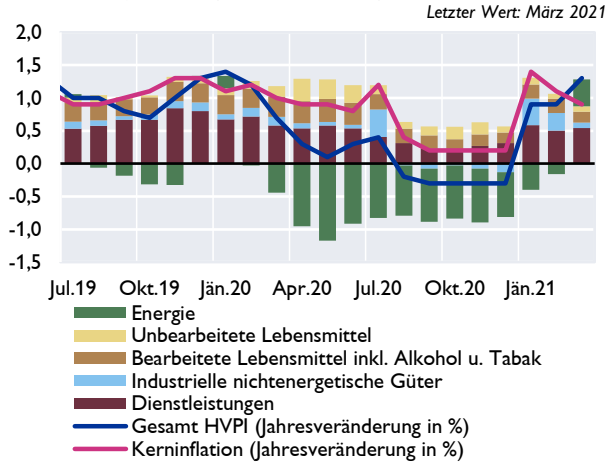
Der Ausbruch von COVID-19 und die darauffolgenden Eindämmungsmaßnahmen haben dem privaten Konsum einen schweren Schlag versetzt. Gleichzeitig wurden Einkommensverluste durch die Unterstützungsprogramme der Regierungen erheblich abgefedert, was zu beispiellos hohen Ersparnissen führte. Eine Analyse der Europäischen Kommission zeigt, dass junge und einkommensschwache Erwerbstätige am meisten gelitten haben, während die ältesten (65+) und einkommensstarken Erwerbstätigen erhebliche Ersparnisse beiseitelegen konnten, was darauf hindeutet, dass ihr Einkommen bei gesunkenem Konsum weitgehend unverändert geblieben war. Alles in allem weist die Analyse nicht auf signifikante zusätzliche Impulse aus den künftigen Verbraucherausgaben hin, da die Befragten mehrheitlich berichten die Ersparnisse nach der Öffnung weiterhin nicht rasch ausgeben zu wollen.[4]

Vorübergehender Anstieg der HVPI-Inflation im Euroraum für 2021 erwartet

Die HVPI-Inflationsrate im Euroraum stieg von –0,3% zum Jahresende 2020 auf 0,9% im Jänner bzw. Februar und weiter auf 1,3% im März 2021. Ein wichtiger Treiber dieses Anstiegs sind die Energiepreise, bei denen nicht nur der Wegfall des Basiseffekts, sondern auch erneute Preisanstiege eine Rolle spielen. Zudem trug das Auslaufen der temporären Mehrwertsteuersenkung in Deutschland sowie die außergewöhnlich umfangreichen Anpassungen bei den HVPI-Gewichten für 2021 zum rasanten HVPI-Anstieg zu Jahresbeginn bei. Die Kerninflationsrate kletterte von 0,2% zum Jahresende 2020 auf 1,4% im Jänner, kehrte aber inzwischen wieder auf das niedrige Niveau vor dem Ausbruch der Pandemie von rund 1% zurück. Auf Grund der Eindämmungsmaßnahmen ist die Messung der Dienstleitungspreise weiterhin nur eingeschränkt möglich. So mussten im März 21% der Dienstleistungspreise imputiert werden.

Euroraum: HVPI-Inflationsrate und Komponenten

Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Die März-Prognose der EZB geht davon aus, dass die Inflationsraten im weiteren Jahresverlauf 2021 volatil sein werden – sie sollen demnach zwischen 1,2% und 2,1% schwanken – und am Ende des Jahres bei rund 2% liegen. Im Jahresdurchschnitt wird für 2021 eine Inflationsrate von 1,5% und 1,2% für 2022 erwartet. Mit zunehmender Konjunkturerholung rechnen die Inflationsprognosen mit einem HVPI-Anstieg am Prognosehorizont (Ende 2023) von rund 1½%. Auch die langfristigen Inflationserwartungen deuten mit 1,7% bis 2025 auf eine verhaltene Rückkehr zur EZB-Definition der Preisstabilität von unter, aber nahe bei 2% hin. Diese Entwicklung dürfte – wie schon nach der letzten Krise – wesentlich von

[3] Vgl. U7-Arbeitslosigkeit laut Eurostat bzw. aktuelle Prognose der EZB.

[4] Vgl. Spezialkapitel in: Europäische Kommission, 2021, European Business Cycle Indicators – First Quarter 2021.

der sich anbahnenden Lohnzurückhaltung mitverursacht werden. Seit Ausbruch der Pandemie sinken die Abschlüsse bei den Lohnverhandlungen; im Jänner 2021 betrug der Anstieg der Tariflöhne im Euroraum-Durchschnitt nur mehr 1,4%.

CESEE-6: Im Wettlauf mit der Pandemie – Erholung nicht vor Mitte 2021 in Sicht; Russland: Aufschwung trotz erheblicher Risikofaktoren in Reichweite

OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder und Russland[5,6,7]

Mit einem BIP-Wachstum von 4,0 % im Jahr 2021 wird für die CESEE-6-Länder von einer moderaten konjunkturellen Erholung ausgegangen, die 2022 zunächst an Fahrt gewinnen (4,8 %) und 2023 nachlassen wird (3,9 %). Der Aufschwung wird sich in der Region im Großen und Ganzen gleichförmig vollziehen, wobei die Wachstumsdynamik in Rumänien und Ungarn etwas stärker ausfallen wird. Mit den niedrigsten Wachstumsraten wird 2021 in Tschechien und Bulgarien gerechnet. Nach Aufhebung der Lockdown-Maßnahmen wird sich – neben der wieder anziehenden Auslandsnachfrage – ab Mitte des Jahres zunächst der private Konsum erholen. Die Investitionen werden nachziehen und 2022 gestützt durch EU-Mittel weiter steigen. Bei der Exporttätigkeit erwarten wir für 2021 und 2022 eine deutliche Belebung infolge einer kräftigen Auslandsnachfrage. Auch die Importtätigkeit wird – wenn auch mit einer gewissen Verzögerung – dank der wiederauflebenden Inlandsnachfrage anziehen. Wir gehen im Prognosezeitraum von einem weitgehend neutralen Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum aus. In den CESEE-6-Ländern fiel der Wachstumseinbruch 2020 weniger schwerwiegend aus als im Euroraum, sodass sich im Laufe der Rezession des vergangenen Jahres ein merklicher Wachstumsvorsprung für die Region ergab (+3 Prozentpunkte). Während für 2021 keine positive Wachstumsmarge zu erwarten ist, wird das Wachstumsdifferenzial zum Euroraum 2022 erneut positiv ausfallen (+0,7 Prozentpunkte) und sich 2023 weiter erhöhen (+1,8 Prozentpunkte). Ein Jahr nach Beginn der COVID-19-Pandemie ist die vorliegende Prognose angesichts der Ungewissheit hinsichtlich des weiteren Verlaufs nach wie vor mit einem erheblichen Maß an Unsicherheit behaftet, wobei die Abwärtsrisiken überwiegen.

OeNB-BOFIT BIP-Prognose 2021-2023 im Vergleich zum World Economic Outlook des IWF

	Eurostat/ Rosstat	OeNB/BOFIT April 2021			IWF World Economic Outlook April 2021			Unterschiede zwischen OeNB und IWF		
		Prognose								
	2020	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Jahreswachstum in %							*in Prozentpunkten*		
CESEE-6	−3.9	4.0	4.8	3.9	4.3	4.7	3.9	−0.3	0.1	0.0
Bulgarien	−3.8	3.2	4.1	3.0	4.4	4.4	3.9	−1.2	−0.3	−0.9
Kroatien	−8.1	4.2	4.9	3.1	4.7	5.0	4.2	−0.5	−0.1	−1.1
Tschechien	−5.6	3.0	3.9	2.9	4.2	4.3	3.7	−1.2	−0.4	−0.7
Ungarn	−5.1	4.7	5.2	3.1	4.3	5.9	3.8	0.4	−0.7	−0.7
Polen	−2.7	3.9	5.2	4.4	3.5	4.5	4.0	0.4	0.7	0.4
Rumänien	−3.7	4.9	4.5	4.3	6.0	4.8	3.8	−1.1	−0.3	0.5
Russland	−3.1	2.7	3.1	2.0	3.8	3.8	2.1	−1.1	−0.7	−0.1

Anmerkung: saisonbereinigte Daten für 2020.
Quellen: OeNB-BOFIT-Prognose April 2021, IWF, Eurostat, Rosstat.

[5] Autorin: Julia Wörz (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

[6] Stichtag für die dieser Prognose zugrunde liegenden Daten: 24. März 2021. Die Projektionen für die CESEE-6-Länder – Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn – wurden von der OeNB erstellt; jene für Russland wurden von der Bank of Finland in Kooperation mit der OeNB ausgearbeitet. Die Projektionen beruhen auf der Annahme, dass das BIP-Wachstum im Euroraum um 4,0% 2021, 4,1% 2022 und 2,1% 2023 zunehmen wird.

[7] Die Ölpreisannahme der Bank of Finland bezieht sich auf Preisnotierungen für Brent-Terminkontrakte (Fünftagesdurchschnitt der Tagespreisnotierungen) mit Stichtag 16. März 2021. Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Terminkontrakte für Brent-Rohöl deuten darauf hin, dass der Ölpreis während des dreijährigen Prognosezeitraums bei 65 USD je Barrel in 2021, 61 USD je Barrel in 2022 und 58 USD je Barrel in 2023 zu liegen kommen wird.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wachstumsaussichten in Russland waren bislang weniger gravierend als erwartet. Um dem Anstieg der Ölpreise und Ölpreiserwartungen Rechnung zu tragen, haben wir unsere Herbstprognose nach oben revidiert. Für die Jahre 2021 und 2022 wird für Russland nunmehr von einem BIP-Wachstum von beinahe 3 % ausgegangen, das sich im Jahr 2023 auf rund 2 % abschwächen wird. Diese Wachstumsaussichten sind jedoch mit signifikanten Unsicherheiten verbunden. So könnten Russland und der Rest der Welt länger als angenommen mit der COVID-19-Pandemie zu kämpfen haben; ferner dürften die Ölmärkte auch künftig sensibel reagieren und die einsetzende konjunkturelle Erholung in Russland wie auch in anderen Volkswirtschaften fragil verlaufen.

OeNB projections for CESEE-6: Private consumption picks up in 2021, and gross fixed capital formation will boost GDP growth further in 2022

The year 2020 saw the sharpest economic downturn in the CESEE-6 region since the transformation of the early 1990s. Output shrank by 3.9% on average, with some countries reporting even sharper setbacks.

Nevertheless, the recession was somewhat less severe in CESEE than in the euro area. Especially in the final quarter of 2020, surprisingly robust GDP dynamics were reported for the region, as industrial development was decoupled from trends in most other sectors: unlike in spring, lockdown measures mainly targeted contact-intensive sectors like services and retail trade, while industrial production remained largely unrestricted.

While consumer and retail trade spending remained muted at the beginning of 2021, economic data continue to attest to the resilience of the manufacturing sector, with firms facing strong demand, especially from abroad. Survey data suggest, however, that problems in supply chains and material shortages are beginning to pose a threat to further industrial output growth in several countries: more and more firms are reporting swelling backlogs of work amid increasing suppliers' delivery times and rising input prices. Data by the European Commission confirm that capacity utilization in the CESEE-6 has improved notably after a plunge in mid-2020.

Having moderated somewhat in late 2020, consumer price growth has recently started to accelerate on the back of higher oil prices. Base effects, the release of pent-up demand once COVID-19 restrictions are eased and rising producer price pressures may induce further price growth in the course of 2021.

So far, monetary policy has been accommodative in the CESEE-6, also in reaction to needs related to the COVID-19 crisis. Fiscal policy has also been supportive, drawing on a vast array of measures, both direct and – in some cases sizable – indirect measures, mainly guarantees and tax deferrals. This was complemented by the use of EU programs, such as SURE.

While these trends are reasons for cautious optimism, the situation at the start of 2021 remains fragile, differs across countries and is surrounded by a high degree of uncertainty. The number of new COVID-19 infections has been increasing markedly in the beginning of 2021 leading to a renewed spike in infection rates and a notable increase in mortality. The situation is complicated further by the spread of new viral strains and a very uneven pace of vaccinations. With respect to the vaccine rollout, both European front-runners, such as Hungary building also on vaccines that are not yet authorized by European Medicines Agency, as well as laggards, e.g. Bulgaria, come from the CESEE-6 region.

Economic growth will start to recover this year and accelerate further in 2022

In light of this, we do not expect COVID-19-related restrictions to be eased significantly in the first half of 2021. We still assume that progress in vaccinations over the next couple of months

will help avoid further lockdowns during the summer months and thereafter. On the economic front, we expect economic activity to accelerate markedly from the third quarter onward.

This will translate into an average (GDP-weighted) growth rate of 4% in 2021, mainly driven by private consumption growth. The recovery will strengthen further in 2022. CESEE-6 growth will peak at 4.8% on average, backed by a strong revival in gross fixed capital formation and carry-over effects from 2021. Romania is the only country whose GDP growth will peak in 2021 already, given investment spending fuelled by EU funds from the 2014 to 2020 multiannual financial framework and a base effect following the weak harvest in 2020. In 2023, we expect annual GDP growth in the CESEE-6 to return to almost 4%, mostly thanks to the continued strong performance of the Polish economy.

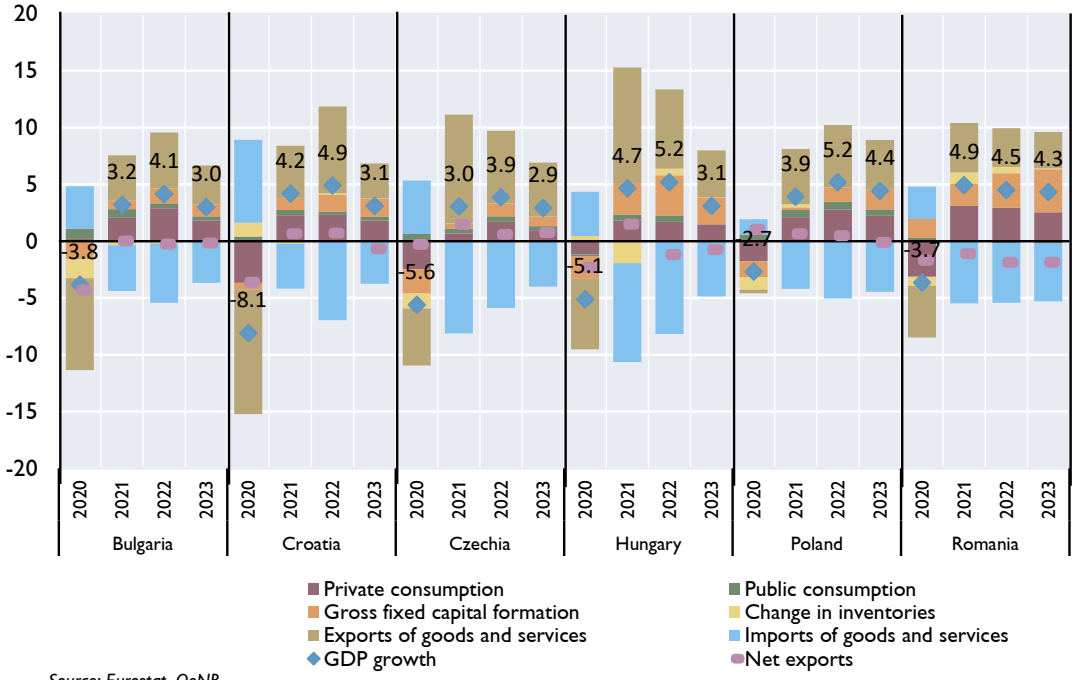
Throughout the forecast horizon, the differences in the individual economies' growth performance are not overly large. Overall, Czechia and Bulgaria are expected to show somewhat weaker growth dynamics. By contrast, Hungary (in 2021 and 2022), Poland (in 2022 and 2023) and Romania (in 2021 and 2023) will be the growth engines in the region. Poland and Romania will attain pre-crisis GDP levels by end-2021 already; all other economies will reach their 2019 GDP levels in the course of 2022.

The sizable growth differential of the CESEE-6 region vis-à-vis the euro area (of +3 percentage points) that was observed in the recession year 2020 will vanish in 2021, but, unlike in 2010 after the recession triggered by the financial crisis, the differential will not turn negative. A positive growth margin will re-emerge in 2022 and 2023, and sustain the convergence process, notwithstanding variations across individual countries.

Chart 1

CESEE-6: GDP and GDP components

GDP contributions in percentage points, year-on-year GDP growth in %



Source: Eurostat, OeNB.
Note: Realized data for 2020, projections for 2021 to 2023.

Private consumption will recover ground in the second half of 2021 and post full-year growth of 3.5% on average in the CESEE-6. In all countries, governments made strong use of wage support, worker retention schemes and tax deferrals (or outright tax reductions/exemptions) to soften the impact of the crisis on households and corporates. The EU's SURE program (with first disbursements in all countries except Bulgaria) further supported labor markets. Saving rates have gone up and the expected easing of COVID-19 restrictions will release pent-up demand. Wage growth is assessed to be robust overall over the forecast horizon, even though increases will considerably fall short of the high rates seen before the pandemic. In line with a sustained recovery of contact-intensive service sectors, private consumption growth is forecast to accelerate further and peak at 4.3% in 2022, before returning to 3.4% in 2023.

Public consumption will continue to expand robustly by around 2.4% in both 2021 and 2022, even though no further impetus can be expected from public sector wages, with Croatia, Poland and Romania having announced wage freezes and partial cuts. In most countries, the fiscal stance will remain supportive in both years, encompassing allowances and tax reliefs that often benefit families and younger people and support housing demand. Elections in Bulgaria (2021) and Hungary (spring 2022) will most likely trigger (or have already triggered) some extra spending in these two countries. Some gradual consolidation is expected for Croatia and Romania, whereby governments in both countries will make as much use of their fiscal space as possible. Only in Czechia will we observe a more restrictive fiscal stance, as most fiscal stabilization measures will be discontinued in the course of 2021. In 2023, public consumption growth will slow in all countries of the region, averaging 1.5% per annum.

While gross fixed capital formation will recover in 2021, not least due to a strong base effect, both pandemic-related uncertainty and capacity utilization that is still somewhat low will weigh on investment dynamics in 2021. Overall, gross fixed capital formation will expand by almost 4% in the region. A notable boost of annual growth to above 8% is only expected to be seen in 2022, building on the availability of funds from the multiannual financial framework (MFF) 2021 to 2027 and the NextGenerationEU (NGEU) recovery instrument from mid-2021 onward. EU funds will strongly support high investment rates over the entire forecast horizon. In particular, Bulgaria and Croatia are among the largest recipients of MFF and NGEU funds. Romania also ranks among the main beneficiaries depending on its absorption rate. While support from EU funds will be strong in Hungary, it will not exceed the already high funding of previous years.

With demand conditions improving over the forecast horizon, gross fixed capital formation growth will accelerate further in 2023, reaching almost 9%. Credit guarantee schemes will support growth of credit to corporates in addition to further policy measures, with the latter often related to housing and construction (green renovations in Bulgaria; housing subsidy program, infrastructure investment and earthquake reconstruction in Croatia; tax cuts and home subsidies in Hungary; SME support in Poland and the IMM Invest program in Romania). The phasing-out of loan moratoria will partially run counter to these supportive measures, and credit growth developments in individual countries will strongly depend on pre-pandemic corporate debt levels.

Following a rather moderate decline in exports in 2020 (of 5.4% on average in the region), exports will rebound by almost 10% in 2021, thus showing a revival in line with our assumption about euro area import growth. The region's integration into global value chains has proven to be a factor of resilience during the pandemic. Especially in Czechia and Hungary, the rebound in the automotive industry – coupled with ongoing new investments, e.g. in battery production in Hungary – will lead to double-digit export growth in 2021. Vigorous external demand will clearly outweigh deteriorating nominal price competitiveness in Bulgaria, Croatia and Poland. In all other countries, productivity is expected to grow in sync with wages. In contrast to the strongly

diverging export performance during the downturn, export growth will be somewhat more homogeneous across countries in 2021(ranging from 6.5% in Bulgaria to 11.6% in Czechia). In 2022, export growth will soften somewhat in all countries except Poland and Croatia (where we do not expect a full recovery of the tourism industry in 2021 already). Region-wide export growth will amount to 8.5% and 6.3% in 2022 and 2023.

Imports will also rebound notably, with their growth reaching 9.2% in 2021, softening slightly to 8.9% in 2022, and edging down to 7.2% in 2023. Import growth will be fueled by both recovering domestic demand and the strong export-import nexus due to the region's integration in international production networks. The initially somewhat smaller recovery in imports compared to exports will thus result in a small positive contribution of net exports to overall GDP growth in 2021. The more sustained demand for imports along with firming domestic demand in 2022 and 2023 will result in a slightly negative growth contribution (–0.2 and –0.4 percentage points).

Risks to CESEE-6 projections continue to be on the downside

Forecast uncertainty remains higher than before the pandemic and we assess the balance of risks to be on the downside especially at the start of the forecasting period. The major risk is grounded in the further development of the pandemic. Much will depend on the race between new virus strains and vaccination progress.

A second downside risk relates to the economic fallout from the crisis. So far, mitigation measures have prevented widespread bankruptcies and an increase in nonperforming loans. Thus, while liquidity risks have been well addressed, solvency risks will become visible only over the projection horizon. Given rather strong leverage in the banking sector, it remains to be seen to what extent existing and newly adopted/extended guarantee programs will succeed in addressing these risks. These programs further encompass the risk of adversely affecting public debt, which potentially restricts the policy space going forward. While we do not see an imminent risk arising from developments in public debt levels in the region, especially as long as the escape clause of the Stability and Growth Pact is activated, some indirect risks may prevail in individual cases, with regard to financial market access, and related to the euro area accession process in the case of Croatia.

A further downside risk might stem from the multispeed recovery across the globe and a potential monetary policy tightening in the USA leading to spillovers on financial conditions, which might also affect CESEE-6 economies.

As always, economic growth in the CESEE-6 depends largely on the economic growth of its trading partners. Therefore, should the world economy and in particular the euro area grow at a faster or slower pace than that we assumed in our baseline scenario, then the growth prospects of the CESEE-6 countries would improve or deteriorate accordingly. Positive spillovers from the Biden Plan would clearly lift our growth projections upward.

The strongly rebounding export sector is also subject to some downside risks: Strong demand coupled with supply bottlenecks may at any time cause disruptions in supply chains and expose the vulnerability of just-in-time production models used by some manufacturers active in the region.

Further, political and geopolitical risks have not abated during the pandemic and trade tensions continue to exist despite the political change seen in the USA since our last forecast. In political terms, closer cooperation between the new US administration and Europe could aggravate tensions between the EU and Russia. Within the EU, political trenches between the EU and some

CESEE-6 countries as well as remaining legal uncertainties over the MFF 2021 to 2027 and the Recovery and Resilience Facility continue to exist, thus potentially weakening the EU's capacity to act both internally and as a global player.

BOFIT-OeNB projection for Russia: poised for recovery amid exceptionally large risks

Russia's recovery has been supported by the relaxation of restrictive measures against the coronavirus from the third quarter of 2020; in contrast to the situation in some other countries, in the winter of 2020/2021 no new tight lockdown was imposed in Russia. The authorities had in 2020 pushed ahead with a comprehensive fiscal spending stimulus (including for instance social support for households, subsidies to firms, procurements), which continues to have an impact in the first months of 2021. After returning to positive growth in 2021, the Russian economy should accelerate slightly in 2022. Growth will then slow toward the end of the forecast period, getting closer to its future long-term trajectory. Structural/institutional reforms that would clearly lift the growth potential – like cutting corruption, strengthening the rule of law, adjusting the state's economic footprint – are not expected to materialize during the forecast period.

Private consumption will recover this year, and in 2023 should reach a level comparable to the peaks of 2014 and 2019. Higher consumption is supported by reviving employment and income growth and savings set aside during the crisis. While fixed investment is also expected to recover, its recovery will first be confined by very low use of production capacity and likely continue to be burdened by lingering economic uncertainty and stubborn investment risks.

Uncertainties are connected with the expected recovery of Russian energy exports and tourism in 2021In 2022, total export growth should be supported by the planned expiration of the OPEC+ agreement on production ceilings. Growth expectations for exports in the coming years are limited by projections for the energy sector, which currently see the level of petroleum product exports remaining largely unchanged and a rather moderate expansion in natural gas exports.

After plunging in 2020, Russia's total imports are expected to recover partly this year, whereas the timing of the resurgence of Russian tourism abroad will strongly impact the pace of the recovery. While the revival of imports is supported by higher oil price-induced export earnings, it may be dampened by the ruble's relatively weak exchange rate. The real rate is not expected to appreciate as Russian inflation is moderate and oil prices will probably soon start to slide down gradually. Russia's current account surplus, which shrank to around 2% of GDP last year, is expected to remain solid this year and in the next few years.

Following the government's strong anti-cyclical fiscal stance (resulting in a consolidated budget shortfall of 4% of GDP) in 2020, growth of government spending slowed down last fall. Last fall's plan to reduce the budget deficit through slight spending cuts in real terms this year and next still holds. Higher oil prices should help trim the deficit as the prices are expected to exceed those assumed in the government budget plan. Apart from that, there is still ample fiscal room for maneuver as the level of government debt last year was still below 20% of GDP. Moreover, the state reserve fund (National Wealth Fund) holds liquid assets equivalent to about 8% of GDP.

The balance of risks to economic growth in Russia continues to be tilted to the downside

Of the many risks surrounding the current forecast, the biggest is a prolonging of the coronavirus pandemic due to slow vaccination rollouts and (renewed) coronavirus restrictions. Economic recovery in Russia and the world could turn out to be weaker or more hesitant than expected. Any significant weakening of oil prices would press down both private and public sectors of the Russian economy and compress imports. The speed of recovery in oil and gas

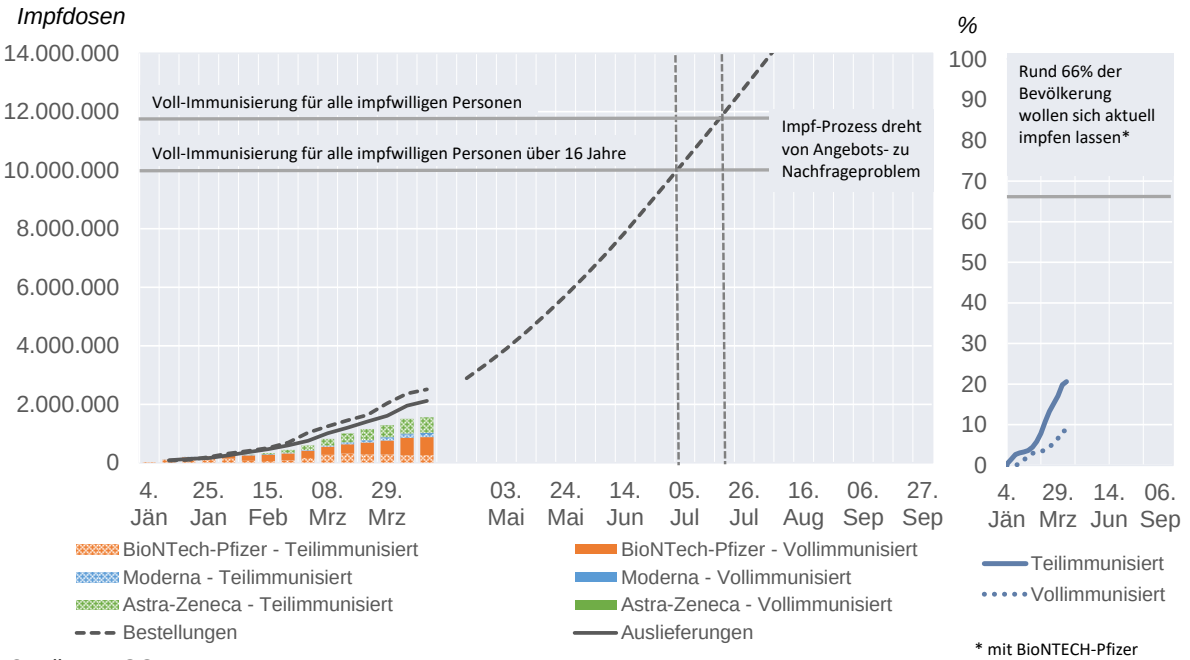
production from last year's dip is a major factor that will influence the pace of GDP recovery. The government's currently tightened stance as regards budget spending could be relaxed swiftly if the need to provide support arose from, for instance, a weakening economy. Elections, e.g. the upcoming parliamentary poll, may also have an impact here. Renewed geopolitical tensions and sanctions could (further) dampen capital inflows, while once again putting pressure on the ruble and (further) cutting imports. Overall, downside risks are dominating the picture.

Österreich: Höhepunkt der dritten Welle überschritten, Impffortschritt soll erste Öffnungen im Mai ermöglichen [8]

Ostösterreich besonders stark von 3. Infektionswelle betroffen

Am 8. Februar 2021 endete der dritte harte Lockdown in Österreich (Beginn: 26.12.2020). Am 9. Februar erreichte österreichweit die 7-Tagesinzidenz mit 102 Fällen, gerechnet auf 100.000 Einwohner, einen vorläufigen Tiefpunkt. Danach stieg die Inzidenz erneut an. Die „UK"-Mutation B.1.1.7 dominiert hierbei vor allem in Ostösterreich den Infektionsverlauf. Sie zeichnet sich durch ein höheres Risiko der Ansteckung und auch eine erhöhte Zahl an schweren Verläufen mit damit einhergehender intensiv-medizinischer Betreuung aus. Mit 1. April wurden aus diesem Grund in Ostösterreich (Wien, Niederösterreich und dem Burgenland) erneut der Einzelhandel geschlossen und die Osterferien verlängert bzw. wieder auf Homeschooling umgestellt (4. Lockdown, auf Ostösterreich begrenzt). Diese Einschränkungen endeten im Burgenland am 19. April; in Wien und Niederösterreich soll der Einzelhandel Anfang Mai wieder öffnen. Die Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern sind äußerst heterogen. Während die Auslastung der Intensivbetten in Ostösterreich weiterhin hoch ist, weisen das Burgenland und Niederösterreich österreichweit die niedrigste 7-Tages-Inzidenz aus. Im Gegensatz dazu ist die Auslastung in den restlichen Bundesländern noch vergleichsweise gering, die 7-Tages-Inzidenz steigt aber in Vorarlberg, Tirol und Salzburg wieder an.

Impfstofflieferungen und Verimpfungen in Österreich



Quelle: BMSGPK.

Mit Stand 21. April haben 20% der Gesamtbevölkerung zumindest die erste Impfung erhalten. Kombiniert man die zu erwartenden Lieferungen von Impfdosen (Impfangebot) mit jenem Anteil

[8] Autoren: Gerhard Fenz und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

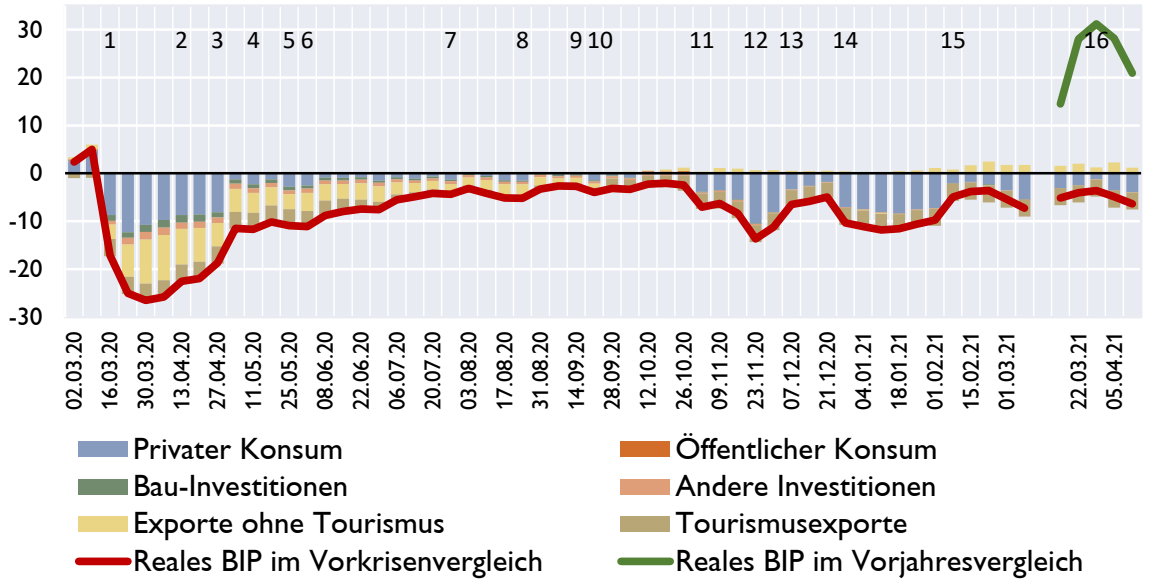
der impfbaren Bevölkerung, der sich „auf jeden Fall“ oder „eher schon“ impfen lassen will (Impfnachfrage), so könnten rechnerisch alle impfbereiten Menschen bis zum Sommerbeginn geimpft werden. Auf Basis dieser Einschätzung wird damit ab Sommer das Angebot an Impfdosen die Nachfrage nach Impfungen übersteigen.

BIP-Lücke in Folge des Lockdowns in Ostösterreich wieder angestiegen

In den Kalenderwochen 14 und 15 (5. bis 18. April 2021) lag die Wirtschaftsleistung in Österreich 4,9% bzw. 6,3% unter dem Vorkrisenniveau[9]. Damit ist die BIP-Lücke wie erwartet im Vergleich zur Kalenderwoche 13 (Osterwoche 29. März bis 4. April) wieder angestiegen (-3,5%). Vor Beginn des erneuten Lockdowns in Ostösterreich (1. April) war es zu Vorzieheffekten bei den privaten Konsumausgaben in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland gekommen. Seit Anfang April führt der Lockdown in östlichen Bundesländern dazu, dass auch österreichweit der negative Beitrag des privaten Konsums wieder größer geworden ist. Das Produktionsniveau der exportorientierten Industrie liegt hingegen weiterhin über dem Vorkrisenniveau. In den letzten Wochen ist jedoch trotz ausgezeichneter Stimmungs- und Konjunkturvorlaufindikatoren keine weitere Verbesserung zu beobachten gewesen. Dafür könnten angebotsseitige Beschränkungen wie Verzögerungen in den globalen Lieferketten (Containerknappheit) sowie speziell die aktuellen Lieferengpässe bei Halbleitern ausschlaggebend sein.

Wöchentlicher BIP-Indikator für Österreich

Veränderung des realen BIP ggü. der entsprechenden Kalenderwoche im Vorkrisenzeitraum (KW12/2019-KW11/2020) bzw. der entsprechenden Kalenderwoche des Vorjahres in %



1: Lockdown (16. März) 2: Öffnung kleiner Geschäfte (14. April) 3: Öffnung aller Geschäfte (2.Mai)
4: Öffnung Gastronomie (15. Mai) 5: Öffnung Hotels (29. Mai) 6: Schrittweise Grenzöffnung (4. Juni)
7: Wiedereinführung Maskenpflicht (24. Juli) 8: Reisewarnungen (Kroatien, Balearen... schrittweise ab 17.Aug)
9: Reisewarnungen für Österreich (ab 16.Sept) 10: Verschärfte Schutzmaßnahmen (ab 21.Sept bzw. ab 25.Okt)
11: Teillockdown (3.Nov) 12: Lockdown (17.Nov) 13: Teillockdown (7.Dez) 14: Lockdown (26.Dez)
15: Teillockdown (8.Feb) 16: Lockdown Ostösterreich (1.Apr)

Quelle: OeNB.

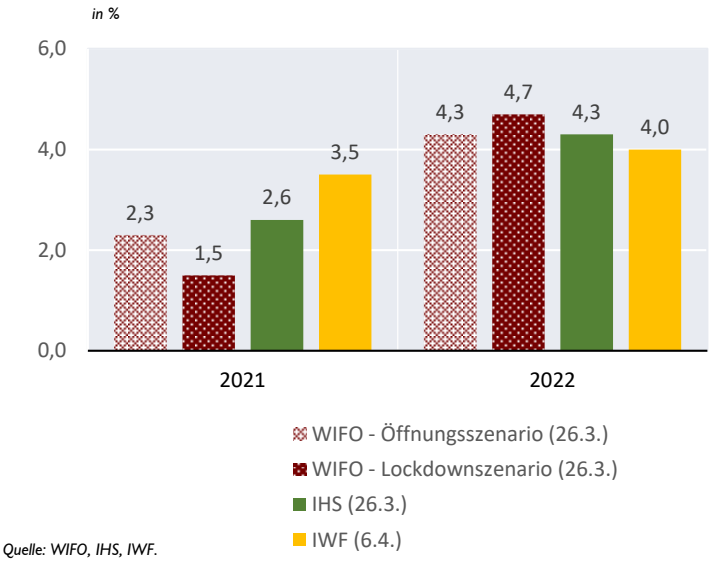
[9] Veränderung des realen BIP ggü. der entsprechenden Kalenderwoche im Vorkrisenzeitraum (KW12/2019-KW11/2020)

Im Gegensatz zum Vergleich mit dem Vorkrisenniveau kommt es gegenwärtig beim Vergleich zur jeweiligen Vorjahreswoche aufgrund eines ausgeprägten Basiseffektes zu stark positiven Wachstumsraten (grüne Linie in der Grafik). In Kalenderwoche 15 lag die Wirtschaftsleistung 20% über dem Wert der entsprechenden Vorjahreswoche.

Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 2021 maximal 2 ½ % BIP-Wachstum

Sowohl das WIFO als auch das IHS haben in ihrer Frühjahresprognose unterschiedliche Szenarien berechnet. Während die WIFO-Prognose auf zwei Alternativ-Szenarien aufbaut, präsentierte das IHS ein „Haupt"szenario und ein Risikoszenario. Im optimistischen WIFO-Szenario wurde eine Öffnung der Gastronomie Mitte April und des Beherbergungswesens Anfang Mai unterstellt und zudem davon ausgegangen, dass die Reisewarnungen im Mai/Juni zurückgenommen werden. Dieses optimistische WIFO-Szenario resultiert in einem BIP-Wachstum von +2,3% im Jahr 2021. Das Alternativ- bzw. Lockdown-Szenario geht von einem harten Lockdown im April und einer Verschiebung der Lockerungsmaßnahmen um einen Monat aus, wodurch sich auch der konjunkturelle Aufholprozess verzögert. Das erwartete BIP-Wachstum für das heurige Jahr liegt bei nur noch 1,5%. Beiden Szenarien liegt die Annahme einer erfolgreichen Durchimpfung in der zweiten Jahreshälfte 2021 zugrunde.

Prognosen für das reale BIP-Wachstum



Quelle: WIFO, IHS, IWF.

Das IHS erwartet für 2021 mit 2,6% ein stärkeres Wachstum als das WIFO im Hauptszenario. Die Einschätzung beruht auf der Annahme, dass im April kein weiterer harter Lockdown notwendig ist. Sollte es zu weiteren strengen Lockdowns kommen, die zu einer Verschiebung der Lockerungsmaßnahmen führen, so schätzt das IHS in einem Risikoszenario, dass sich das BIP-Wachstum 2021 auf 2,0% reduziert.

Im Gegensatz dazu ist der IWF mit einem BIP-Wachstum von 3,5% deutlich optimistischer. Allerdings sind die gegenwärtigen Lockdown-Maßnahmen in Ostösterreich nicht enthalten. Für das Jahr 2022 erwartet der IWF eine Beschleunigung des Wachstums auf 4%.

Inflation steigt im März auf 2% und wird 2021 1,7% betragen.

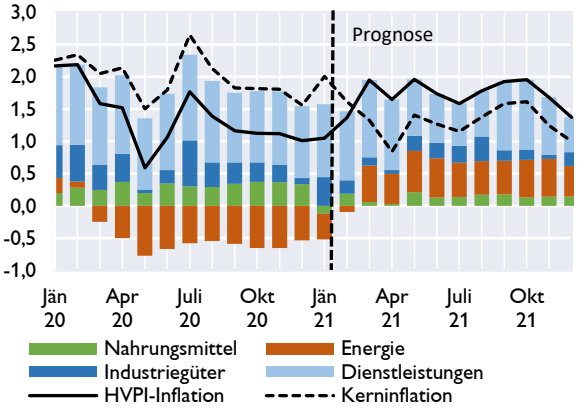
Die österreichische HVPI-Inflationsrate ist von 1,8% im Juli 2020 auf 1,4% im Februar 2021 zurückgegangen. Im März 2021 betrug die HVPI-Inflationsrate 2,0%. Gemäß Statistik Austria ist die markante Beschleunigung der Inflation von Februar auf März 2021 vor allem auf den Anstieg der Rohölpreise zurückzuführen (Basiseffekt). Die Detailergebnisse zeigen einen deutlichen Rückgang der ohne Energie und Nahrungsmittel berechneten Kerninflationsrate von 2,7% im Juli 2020 auf 1,6% im Februar 2021. Aufgrund des zweiten und dritten Lockdowns und den damit

einhergehenden Geschäftsschließungen wurde die Preiserhebung erschwert. Das Fehlen beobachtbarer Marktpreise von im Warenkorb enthaltenen Produkten führte von November 2020 bis März 2021 dazu, dass bis zu einem Viertel der Produkte des österreichischen HVPI-Warenkorbs Preisfortschreibungen vorgenommen werden mussten. Daher sind vor allem die zuletzt veröffentlichten Inflationsraten in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung sowie Freizeit- und Kulturdienstleistungen mit Vorsicht zu interpretieren.

Laut der OeNB-Inflationsprognose vom März 2021 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 1,7% betragen. Damit liegt die Projektion um 0,3 Prozentpunkte höher als im Dezember 2020. Verantwortlich dafür sind vor allem höhere Terminnotierungen für Rohöl. Für die Jahre 2022 und 2023 bleibt die aktuelle Prognose der OeNB bei Inflationsraten von jeweils 1,7%. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate geht von 2,0% im Jahr 2020 auf 1,4% im Jahr 2021 deutlich zurück, da sich die aufgrund der Pandemie notwendigen Containment-Maßnahmen vor allem bei Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen inflationsdämpfend auswirken. Mit der wirtschaftlichen Erholung steigt die Kerninflationsrate in den Jahren 2022 und 2023 wieder auf knapp 2,0% an. Die Prognose geht davon aus, dass sich die bis Ende 2021 verringerten Mehrwertsteuersätze in den Bereichen Gastronomie, Hotellerie und Kultur nicht in niedrigeren Verbraucherpreisen widerspiegeln werden.

Beiträge zur HVPI-Inflation für Österreich

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Im Vorjahr lag die österreichische HVPI-Inflation noch um einen Prozentpunkt über der HVPI-Inflation Deutschlands. Anfang 2021 hat sich der Abstand aufgrund des drastischen Inflationsanstiegs in Deutschland in die entgegengesetzte Richtung gedreht. Etwas mehr als die Hälfte des Anstiegs der deutschen Inflationsrate zu Jahresbeginn geht auf die Rücknahme der deutschen Mehrwertsteuersenkung sowie auf die Einführung einer CO_2-Steuer zurück. Zudem bedingte die COVID-19-Pandemie aufgrund der geänderten Konsumgewohnheiten eine Anpassung der HVPI-Gewichte für das Jahr 2021, die deutlich stärker war als in den vergangenen Jahren. Im deutschen HVPI-Warenkorb hat die markante Gewichtsänderung bei Pauschalreisen im Zusammenspiel mit der volatilen Preisentwicklung dieser Warenkorbgruppe für einen statistischen Sondereffekt gesorgt, der die deutsche HVPI-Inflationsrate Anfang des Jahres um 0,3 bis 0,5 Prozentpunkte erhöhte. Alle genannten Sondereffekte sollten spätestens Anfang 2022 aus der Berechnung der deutschen Jahresinflationsrate herausfallen.

COVID-19-Pandemie belastet das Jahresergebnis 2020 der österreichischen Banken[10]

Die österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute erzielten im Jahr 2020 ein Jahresergebnis in der Höhe von 3,7 Mrd EUR[11] und verzeichneten im Vorjahresvergleich einen Rückgang von 3,0 Mrd EUR. Während im operativen Geschäft die COVID-19-Pandemie nicht sichtbar ist – das Betriebsergebnis ist nahezu gleichgeblieben –, ist der starke Einbruch im Jahresergebnis im Ausmaß von knapp 50 % gegenüber dem Vorjahr vorrangig auf einen, der COVID-19-Pandemie geschuldeten, stark erhöhten Wertminderungs- und Rückstellungsbedarf zurückzuführen. Gleichzeitig konnte von den österreichischen Banken jedoch im Geschäftsjahr 2020 durch einbehaltene Gewinne und Neuemissionen die historisch stärkste Kapitalausstattung mit Eigenmitteln in der Höhe von 94,3 Mrd EUR erzielt werden.

Die aggregierten Betriebserträge lagen im Jahr 2020 um 1 % bzw. 247 Mio EUR unter dem Vorjahreswert. Negativ auf die Betriebserträge wirkte sich der Rückgang des Handelserfolgs und des Bewertungsergebnisses (–528 Mio EUR) sowie der Rückgang bei den Dividendenerträgen (–187 Mio EUR) aus.

Das aggregierte Betriebsergebnis ist um 0,5 % bzw. 44 Mio EUR leicht zurückgegangen. Dies ist vorrangig auf die gesunkenen aggregierten Betriebserträge zurückzuführen. Positiv auf das aggregierte Betriebsergebnis wirkte sich hingegen der Rückgang bei den Verwaltungs- und sonstigen Aufwendungen (–118 Mio EUR) und bei den Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (–85 Mio EUR) aus.

Insgesamt wurde ein Rückgang beim aggregierten Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen um 3,0 Mrd EUR bzw. 45 % verzeichnet. Neben dem gesunkenen Betriebsergebnis belastet vor allem der Anstieg der Wertminderungen (bspw. Wertberichtungen für Kredite und Forderungen sowie Rückstellungen für erteilte Zusagen und Garantien) iHv 2,9 Mrd EUR und der gesunkene Gewinn aus nicht voll- oder quotenkonsolidierten Tochterunternehmen (–532 Mio EUR) das Jahresergebnis. Der Anstieg in den Wertminderungen ist größtenteils auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen.

Diesen Entwicklungen begegnen die österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute mit einer aggregierten Eigenmittelausstattung auf Rekordhoch. Zum Jahresende 2020 erreichten sie aggregierte Eigenmittel in Höhe von 94,3 Mrd EUR, die aggregierte Gesamtkapitalquote betrug 19,5% und die harte Kernkapitalquote 16,1 %. Diese solide Entwicklung stützte sich wesentlich auf eine restriktive Ausschüttungspolitik und die erfolgreiche Platzierung von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals.

Trotz dieser Ausgangslage die Eigenmittel betreffend ist weiterhin Vorsicht geboten, da mit dem Ende der staatlichen Hilfsmaßnahmen ein Anstieg der Kreditausfälle zu erwarten ist.

[10] Autor: Norbert Ernst (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

[11] Das angeführte aggregierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen des Jahres 2020 in Höhe von 3,7 Mrd EUR basiert auf den zum Zeitpunkt der Analyse vorliegenden aufsichtsstatistischen Meldedaten. Aus dem Vergleich zu den von Bankprüfern geprüften IFRS-Jahresabschlüssen, die zum aktuellen Zeitpunkt erst vereinzelt vorliegen, können sich noch Änderungen ergeben. Ein Hinweis auf die geprüften Daten des Jahres 2020 erfolgt im Rahmen der Presseaussendung zum 1. Halbjahr 2021.

Frühestens dann werden die tatsächlichen Auswirkungen der Pandemie auf den Finanzsektor sichtbar werden.

Tabelle1

Aggregierte Ertragslage der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute

	2020	2019	Differenz	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	relativ[1]
Zinsergebnis	15.458	15.589	−131	-0,8%
+ Provisionsergebnis	7.314	7.226	87	1,2%
− Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital	0	0		
+ Dividendenerträge	425	612	−187	-30,5%
+ Handelserfolg und sonstige Bewertungsergebnisse	516	1.044	−528	-50,6%
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	1.038	527	512	97,2%
= BETRIEBSERTRÄGE	24.750	24.997	−247	-1,0%
− Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen	14.296	14.413	−118	-0,8%
− Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	2.234	2.320	−85	-3,7%
= BETRIEBSERGEBNIS	8.220	8.264	−44	-0,5%
− Wertminderungen/Wertaufholungen und Rückstellungen für das Kreditrisiko	3.590	689	2.901	421,1%
− Sonstige Rückstellungen	118	271	−153	-56,4%
+ Gewinn/Verlust aus nicht voll- oder quotenkonsolidierten Tochterunternehmen	745	1.276	−532	-41,7%
+ Gewinn/Verlust aus zur Veräußerung eingestuften Vermögenswerten	27	19	8	39,1%
+ Sonstiges Ergebnis	−136	30	−166	R
= PERIODENERGEBNIS VOR STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	5.148	8.631	−3.483	-40,4%
− Ertragssteuern	1.193	1.382	−189	-13,7%
+ Außerordentlicher Gewinn/Verlust	7	85	−78	-91,7%
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	48	14	35	252,8%
− Minderheitenanteile	343	634	−292	-46,0%
= PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	3.668	6.713	−3.045	-45,4%

Quelle: OeNB.

[1] *Die prozentuelle Veränderung in einer Position wird nur dargestellt wenn zu beiden Meldeterminen positive Werte gemeldet werden. In allen anderen Fällen symbolisiert "A" einen Anstieg und "R" einen Rückgang.*

Datenstand: 19.03.2021

Eigenmittel der österreichischen Kreditinstitute mit 94,3 Mrd EUR auf Rekordhoch[12]

Die aggregierten Eigenmittel der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute erhöhten sich per 31.12.2020 im Vergleich zum Vorjahresultimo um 3,3 Mrd EUR auf 94,3 Mrd EUR (+3,7%)[13]. Während das Kernkapital um 3,6 Mrd EUR auf 82,9 Mrd EUR (+4,6%) anstieg, kam es beim Ergänzungskapital zu einem Rückgang um 288,8 Mio EUR auf 11,3 Mrd EUR (-2,5%). Der Anstieg des Kernkapitals ergab sich vor allem aus einem Anstieg des zusätzlichen Kernkapitals um 1,9 Mrd EUR auf 5,4 Mrd EUR (+53,7%).

Für die Teilmenge bedeutender Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute (Significant Groups bzw. Significant Institutions) zeigte sich im 4. Quartal 2020 ein Anstieg der Eigenmittel um 3,5 Mrd EUR auf 59,2 Mrd EUR (+6,3%). Das Kernkapital dieser Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute erhöhte sich um 3,7 Mrd EUR auf 50,7 Mrd EUR (+7,9%), während sich das Ergänzungskapital um 200,3 Mio EUR auf 8,5 Mrd EUR (-2,3%) verringerte. Der Anstieg beim Kernkapital resultierte vorwiegend aus einer Erhöhung des zusätzlichen Kernkapitals um 1,9 Mrd EUR auf 5,2 Mrd EUR (+58,7%).

Tabelle1

Eigenmittel der österreichischen Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstitute

in Mio EUR

		GESAMT				Bedeutende Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstitute[1)]			
		2020-Q4	2019-Q4	Differenz zur Vergleichsperiode		2020-Q4	2019-Q4	Differenz zur Vergleichsperiode	
				in Mio EUR	in %[2)]			in Mio EUR	in %[2)]
1	**EIGENMITTEL**	**94.257**	**90.928**	**+3.329**	**+3,7%**	**59.243**	**55.710**	**+3.534**	**+6,3%**
1.1	KERNKAPITAL (T1)	82.913	79.294	+3.618	+4,6%	50.718	46.984	+3.734	+7,9%
1.1.1	HARTES KERNKAPITAL (CET1)	77.478	75.759	+1.719	+2,3%	45.556	43.731	+1.824	+4,2%
	Bestandteile des harten Kernkapitals	84.351	82.665	+1.686	+2,0%	50.820	49.113	+1.707	+3,5%
	Abzugsposten vom harten Kernkapital	-6.312	-6.805	+493	A	-4.580	-5.200	+621	A
	Sonstige Anpassungen des harten Kernkapitals	-560	-100	-460	R	-684	-181	-504	R
1.1.2	ZUSÄTZLICHES KERNKAPITAL	5.434	3.535	+1.899	+53,7%	5.162	3.253	+1.910	+58,7%
1.2	ERGÄNZUNGSKAPITAL	11.345	11.633	-289	-2,5%	8.525	8.726	-200	-2,3%
1	Harte Kernkapitalquote (CET1)	16,1%	15,6%	+0,5% -Pkt.	+3,1%	14,9%	14,4%	+0,5% -Pkt.	+3,5%
3	Kernkapitalquote (T1)	17,2%	16,3%	+0,9% -Pkt.	+5,5%	16,6%	15,5%	+1,1% -Pkt.	+7,2%
5	Gesamtkapitalquote	19,5%	18,7%	+0,8% -Pkt.	+4,5%	19,4%	18,4%	+1,0% -Pkt.	+5,6%
	Hartes Kernkapital zu Gesamtkapital	82,2%	83,3%	-1,1% -Pkt.	-1,3%	76,9%	78,5%	-1,6% -Pkt.	-2,0%

1) 2020-Q4: Addiko Bank, BAWAG/PSK, Erste Group Bank, FCA Bank, RBI, RLB-OÖ, Santander Consumer Bk., Sberbk.Europe, UniCredit BA, V-Wien.
2019-Q4: BAWAG/PSK, Erste Group Bank, FCA Bank, RBI, RLB-OÖ, Santander Consumer Bk., Sberbk.Europe, UniCredit BA, V-Wien.
2) Die prozentuelle Veränderung in einer Position wird nur dargestellt wenn zu beiden Meldeterminen positive Werte gemeldet werden. In allen anderen Fällen symbolisiert "A" einen Anstie

Quelle: OeNB.

Eigenmittelanforderungen im Detail

Bei den aggregierten Eigenmittelanforderungen der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute ist ein Rückgang des Gesamtrisikobetrages um 4,1 Mrd EUR auf 482,4 Mrd EUR (-0,8%) zu verzeichnen. Haupttreiber des Gesamtrisikobetrages waren die risikogewichteten Positionsbeträge für das Kredit-, das Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen, welche um 4,7 Mrd EUR auf 422,2 Mrd EUR (-1,1%)

[12] Autor: Harald Kaba (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

[13] Die aggregierten Eigenmittel per 31.12.2020 basieren auf den zum Zeitpunkt der Analyse vorliegenden aufsichtsstatistischen Meldedaten (Datenstand: 19.03.2021). Aus dem Vergleich zu den vom Bankprüfer geprüften Jahresabschlüssen können sich noch Änderungen ergeben.

zurückgingen. Dieser Rückgang ergab sich wiederum vorwiegend aus einer Verringerung der Risikopositionen, welche nach dem Standardansatz ermittelt werden, um 6,2 Mrd EUR auf 269,1 Mrd EUR (-2,2%).

Die aggregierte Gesamtkapitalquote betrug daher 19,5% (+0,8 Prozentpunkte), die aggregierte Kernkapitalquote 17,2% (+0,9 Prozentpunkte) und die aggregierte harte Kernkapitalquote 16,1% (+0,5 Prozentpunkte).

Für die Significant Groups bzw. Significant Institutions zeigte sich ein Anstieg des Gesamtrisikobetrages um 2,1 Mrd EUR auf 305,4 Mrd EUR (+0,7%). Die Veränderung des Gesamtrisikobetrages wurde vorwiegend durch einen Anstieg des Gesamtrisikobetrages für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken um 2,7 Mrd EUR auf 9,3 Mrd EUR (+41,6%) sowie die sonstigen Risikopositionsbeträge beeinflusst, welche um 770,2 Mio EUR auf 4,1 Mrd EUR (-15,9%) zurückgingen.

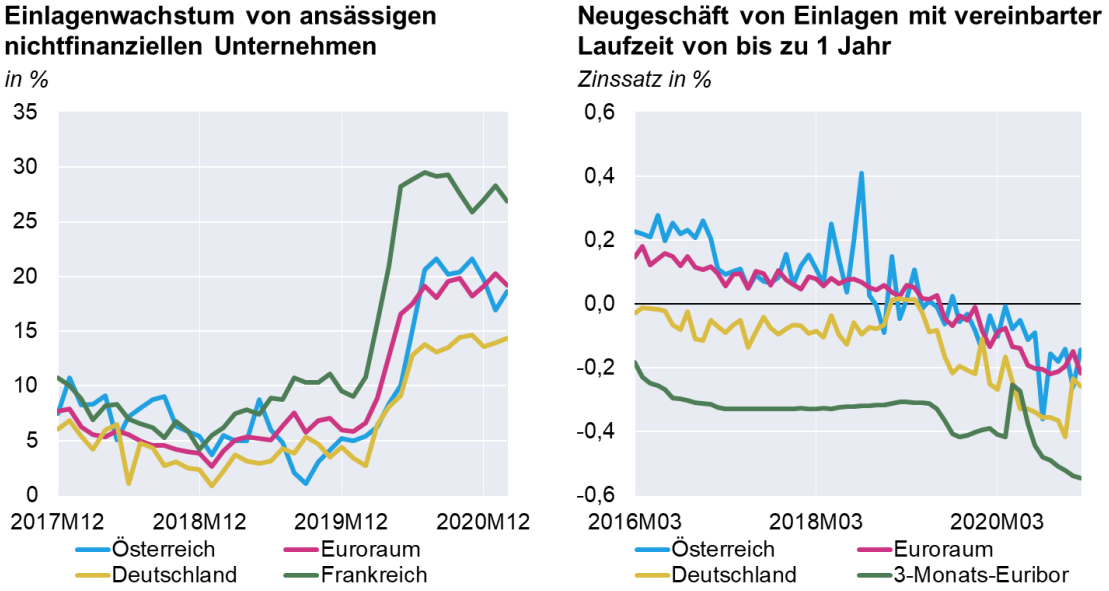
Bezogen auf Significant Groups bzw. Significant Institutions ergibt sich somit eine Gesamtkapitalquote von 19,4% (+1,0 Prozentpunkte), eine Kernkapitalquote von 16,6% (+1,1 Prozentpunkte) und eine harte Kernkapitalquote von 14,9% (+0,5 Prozentpunkte).

Vermehrt negative Zinssätze bei Unternehmenseinlagen[14]

Seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 kam es sowohl in Österreich als auch in anderen Euroraum-Ländern zu einem verstärkten Auftreten negativer Zinssätze auf Unternehmenseinlagen[15]. Erstmals kam es im Dezember 2020 auch bei täglich fälligen Unternehmenseinlagen in Österreich zu einem geringfügig negativen Wert (–0,002 %). Der Zinssatz für kurzfristig neu veranlagte Unternehmenseinlagen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr lag in Österreich bereits seit Oktober 2019 durchgehend im negativen Bereich und wies im Februar 2021 einen kapitalgewichteten Durchschnittszinssatz von -0,14% auf. Das Phänomen negativer Einlagenzinssätze war im Euroraum insgesamt sehr weit verbreitet. So lag der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz täglich fälliger Unternehmenseinlagen im gesamten Euroraum im Februar 2021 bei –0,01 %, jener von neuen Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu einem Jahr bei –0,22 %. In Deutschland schlugen sich negative Zinssätze bei kurzfristig neu vergebenen Unternehmenseinlagen im Februar 2021 im Aggregat mit –0,26 % durch. Trotz stärkerer Verbreitung von negativen Zinssätzen stiegen Unternehmenseinlagen bei Banken im Februar 2021 sowohl in Österreich (+18,6 %) als auch im Euroraum (+19,3 %) weiterhin deutlich an, wofür nicht zuletzt aufgeschobene Investitionen aufgrund der wirtschaftlich unsicheren Situation ein maßgeblicher Grund sein dürften. Von den großen Euroraum-Mitgliedsländern sind in diesem Bereich die Wachstumsraten von Frankreich (+27,1%) und Italien (+28,8%) besonders hervorzuheben.

Grafik 1

Zinssätze und Entwicklung von Unternehmenseinlagen



Quelle: OeNB, EZB.

[14] Autor: Klaus Formanek (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

[15] Auf Spareinlagen privater Haushalte sind negative Einlagenzinssätze in Österreich aufgrund eines OGH-Urteils nicht möglich.

Hilfsmaßnahmen unterstützen Kreditwachstum bei Unternehmen

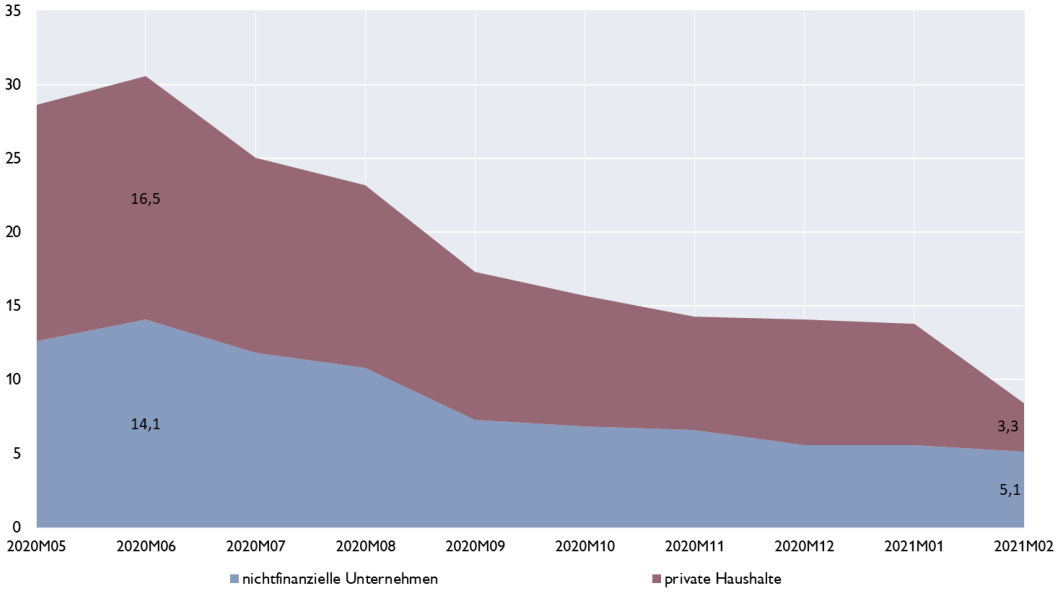
Die Kreditentwicklung nichtfinanzieller Unternehmen wurde deutlich vom Ausbruch der COVID-19-Pandemie und den daraus folgenden Unterstützungsmaßnahmen beeinflusst. Sowohl in Österreich als auch im Euroraum kam es dadurch zu einer starken Ausweitung des Kreditwachstums bei Unternehmen. Nachdem dieses in Österreich im April 2020 7,2% erreichte (im Februar 2020 war es noch bei 5,4 % gelegen), sank das Kreditwachstum bis Ende des Jahres 2020 wieder auf das Niveau von vor der Pandemie und lag im Februar 2021 bei 5,5 %. Die Abschwächung des Kreditwachstums in Österreich war insbesondere auf geringere Neukreditvergaben bei kurzfristigen Großkrediten über 1 Mio EUR zurückzuführen. Im Euroraum war die Dynamik, die das Kreditwachstum durch die Pandemie bekommen hat, noch höher. Das entsprechende Kreditwachstum stieg – getrieben vor allem durch die Entwicklungen in Spanien, Italien und Frankreich – von 3,0 % (Februar 2020) auf 7,4 % im Mai 2020 an. Anders als in Österreich blieb das Kreditwachstum von nichtfinanziellen Unternehmen auch in weiterer Folge auf dem hohen Niveau bestehen und lag im Februar 2021 bei 7,1%.

Dass die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen bei den Unternehmen angekommen sind, zeigte sich an den seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie deutlich höheren Neukreditvergaben bis 1 Mio EUR. Speziell in der Kategorie mit einer Laufzeit von ein bis fünf Jahren – in diese Kategorie fallen Kredite mit staatlichen Überbrückungsgarantien bis 500 Tsd EUR, einer Laufzeit von maximal fünf Jahren und einem Zinssatz von 0,0 % – waren die Neukreditvergaben in den 12 Monaten bis Februar 2021 mit ca. 3 Mrd EUR besonders hoch (2019: 1,4 Mrd EUR). In Summe wickelten österreichische Banken seit Ausbruch der Pandemie bis inklusive Februar 2021 Kredite mit Covid-19-Bezug und staatlichen Garantien in Höhe von 6,9 Mrd EUR ab.

Grafik 2

Bestand an gestundeten Krediten

Volumen in Mrd EUR



Quelle: OeNB

Neben der Mitwirkung an den staatlichen Garantieprogrammen stundete der österreichische Bankensektor in den letzten 12 Monaten Unternehmen und Haushalten Kredite in Milliardenhöhe. Der Anteil der im Zuge der Pandemie gestundeten Kredite am gesamten aushaftenden Kreditvolumen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen erreichte im Juni 2020 seinen Höchstwert mit rund 9 %. Dabei wurden rund 206.000 Kredite von österreichischen Banken mit einem Kreditvolumen von rund 30,6 Mrd EUR gestundet. Bis

Februar 2021 ging das gestundete Kreditvolumen auf 8,4 Mrd EUR zurück, wobei 5,1 Mrd EUR auf Kredite an den Unternehmenssektor und 3,3 Mrd EUR auf Kredite an private Haushalte entfielen.

Die Zinskonditionen für neue Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen änderten sich sowohl in Österreich als auch im Euroraum bei Großkrediten über eine Million EUR kaum. Der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz lag in Österreich im Februar 2021 in diesem Segment mit 1,31% weiterhin über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,18%. Geringere Kreditzinssätze waren hingegen bei Krediten bis eine Million EUR zu beobachten. Der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz für neue Kredite bis eine Million EUR wies im Februar 2021 mit 1,57% einen um 17 BP geringeren Wert als im Vorjahr auf und lag damit auch unter dem Euroraum-Durchschnitt von 1,79%. Im Juni 2020 – kurz nach Ausbruch der Pandemie – erreichte der entsprechende Zinssatz in Österreich mit 1,33% seinen historischen Tiefststand. Ausschlaggebend dafür war der zu diesem Zeitpunkt bestehende hohe Anteil an staatlich garantierten Überbrückungsfinanzierungen bis 500 Tsd EUR und Zinssätzen von 0%.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 25. Februar bis 22. April 2021[16]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
19. April 2021	EU	Start der digitalen Bürgerplattform zur EU-Zukunftskonferenz Die Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der EU-Zukunftskonferenz (Guy Verhofstadt, Mitglied des EP, Ana Paula Zacarias, Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten des portugiesischen Ratsvorsitzes und Dubravka Šuica, für Demokratie und Demografie zuständige Vizepräsidentin der EK) stellten die neue digitale Plattform der EU-Zukunftskonferenz in einer Pressekonferenz vor. EU-Bürgerinnen und EU-Bürger können erstmals in der Geschichte der EU dank dieser neuen mehrsprachigen (24 EU-Amtssprachen) digitalen Plattform ihre Ideen einbringen, die Ideen anderer kommentieren, Veranstaltungen schaffen und daran teilnehmen. Die Plattform wird die zentrale Drehscheibe der Konferenz sein. Ein besonderer Feedback-Mechanismus wird die wichtigsten vorgebrachten Ideen sammeln und analysieren, so dass sie auch in den europäischen Bürgerforen und auf den Plenarsitzungen der Konferenz berücksichtigt werden können.
14. April 2021	EZB	Ergebnisse des öffentlichen Konsultationsverfahrens zu einem digitalen Euro Die Europäische Zentralbank (EZB) veröffentlichte eine umfassende Auswertung ihrer Konsultation zu einem digitalen Euro. Die Konsultation wurde am 12. Oktober 2020 eingeleitet und endete am 12. Januar 2021. Es gingen über 8 200 Antworten ein – mehr als jemals zuvor bei einer öffentlichen Konsultation der EZB. Eine große Mehrheit der Befragten waren Privatpersonen (94 %). Die übrigen Teilnehmenden waren Fachleute, darunter Banken, Zahlungsdienstleister, Händler und Technologie-Unternehmen. Demnach ist für die Öffentlichkeit und für Fachkreise bei einer solchen digitalen Währung am wichtigsten der Datenschutz (43 %). Es folgen Sicherheit (18 %), die Möglichkeit, im ganzen Euroraum damit zu bezahlen (11 %), keine zusätzlichen Kosten (9 %) und die Offline-Nutzbarkeit (8 %). Die Antworten sind nicht unbedingt repräsentativ für die Ansichten der EU-Bevölkerung, da die Konsultation allen offen stand und die Befragten aus eigener Initiative teilnahmen. Dennoch handelt es sich um wichtige Informationen, die

[16] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer, Alexandra Bernhard (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		in die Analysearbeit und praktischen Tests der EZB einfließen. Ebenso wichtig sind sie für die bevorstehende Beschlussfassung des EZB-Rats, der darüber entscheiden wird, ob im Hinblick auf die mögliche Einführung eines digitalen Euro eine formelle Untersuchungsphase eingeleitet wird.
14. April 2021	EK	Next Generation EU (NGEU) – Aufbauinstrument der Europäischen Union Die EK leitete nächste Schritte ein, die sicherstellen sollen, dass Anleihen im Rahmen des befristeten Aufbauinstruments NGEU für die EU-Mitgliedstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger zu günstigsten Bedingungen finanziert werden. Die EK wird eine diversifizierte Finanzierungsstrategie einsetzen, mit Emissionen von durchschnittlich rund 150 Mrd EUR pro Jahr bis 2026, was die EU zu einem der größten Emittenten in Euro macht. Alle Anleihen werden bis 2058 zurückgezahlt. Dadurch werden auch Investoren nach Europa gebracht, und die internationale Rolle des Euro gestärkt.
25./26. März 2021	ER	COVID-19-Krisenmanagement Die Staats- und Regierungschefs erörterten die aktuelle epidemiologische Situation. Die Beschleunigung der Herstellung, Lieferung und Bereitstellung von Impfstoffen ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung und dringend erforderlich, um die Krise zu überwinden. Binnenmarkt, Industriepolitik, Digitales und Wirtschaft Die Staats- und Regierungschefs betonten die Bedeutung eines starken, widerstandsfähigen und uneingeschränkt funktionierenden Binnenmarkts. Der Fokus wird hierbei auf die Steigerung der Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit der EU-Industrie, inklusive KMUs, zur Beschleunigung des grünen und digitalen Wandels gesetzt. Von besonderer Bedeutung für Europas Erholung, seinen Wohlstand, seine Sicherheit und seine Wettbewerbsfähigkeit sowie für das Wohlergehen unserer Gesellschaften ist die digitale Transformation des EU-Binnenmarkts.
25. März 2021	Eurogipfel	Die internationale Rolle des Euro Die Staats- und Regierungschefs tauschten sich mit der EZB-Präsidentin, Christine Lagarde, und dem Präsidenten der Euro-Gruppe, Paschal Donohoe über die internationale Rolle des Euro aus. Die EU-Führungsspitzen einigten sich auf eine Erklärung, in der sie zum Ausdruck brachten, dass sie die Stärkung der Stellung des Euro auf der Weltbühne unterstützen werden, um die strategische Autonomie der EU zu erhöhen und zugleich eine offene Wirtschaft zu bewahren.
16. März 2021	ECOFIN Rat	Besteuerung der digitalen Wirtschaft Die Ministerinnen und Minister betonten, dass sie die laufenden OECD-Verhandlungen, die bis Mitte 2021 zu einer globalen und

		einvernehmlichen Lösung führen sollen, unvermindert unterstützen. Die EK bestätigte, dass sie derzeit an einem Gesetzgebungsvorschlag für eine „Digitalabgabe“ arbeitet, die der EU zusätzliche Eigenmittel bringen soll. Es werde sich um ein separates Instrument handeln, das nicht mit den Körperschaftsteuervorschriften verknüpft werden dürfe, über die derzeit im G20 und OECD-Rahmen verhandelt werde. EK-Leitlinien für die Fiskalreaktion auf die COVID-Pandemie Die EK präsentierte die Ergebnisse der EK-Mitteilung vom 3. März, „Ein Jahr seit dem Ausbruch von COVID-19, die fiskalpolitische Reaktion“. Empfohlen wird eine Aufrechterhaltung der budgetären Krisenbekämpfungsmaßnahmen, gefolgt von stärkerer Fokussierung der Maßnahmen sobald Gesundheitsgefahren zurückgehen. Die Allgemeine Ausweichklausel soll laut EK auch im kommenden Jahr weiterhin aktiviert bleiben. Erst wenn die Mitgliedstaaten ihr BIP-Niveau von 2019 erreicht haben, sollen die EU-Fiskalregeln wieder formell zur Anwendung kommen. Der aktuelle Fokus liegt nun auf der Umsetzung der Aufbau- und Resilienz-Fazilität, die den wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen soll, ohne nationale Defizite und Schulden zu erhöhen. Im Mai will die EK auf Basis der Frühjahresprognose eine neue Einschätzung treffen. EU-Strategie für den Massenzahlungsverkehr Gemäß der EU-Strategie für den Massenzahlungsverkehr werden Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Europa von hochwertigen Zahlungslösungen profitieren, die durch einen wettbewerbsfähigen, innovativen Zahlungsverkehrsmarkt unterstützt werden und auf sicheren, effizienten und zugänglichen Infrastrukturen beruhen. Darüber hinaus soll die EU einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs (inkl. Finanztransfer) mit Drittstaaten leisten und somit die internationale Rolle des Euro sowie die „offene strategische Autonomie“ der EU stärken.
10. März 2021	Rat, EP, EK	Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas EP-Präsident Sassoli, Portugals Premier Minister Costa und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unterzeichneten die Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas. Ziel ist es, noch unter dem portugiesischen Ratsvorsitz die Konferenz zur Zukunft der EU am 9. Mai 2021 zu eröffnen. Bis Frühjahr 2022 sollen Schlussfolgerungen aus der Zukunftskonferenz gezogen werden, die als Bericht an den Vorsitz der Zukunftskonferenz gerichtet werden; die Institutionen entscheiden sodann über das weitere Vorgehen.
9. März 2021	EK	Digitaler Kompass 2030: Der europäische Weg in die digitale Dekade

		In der von der EK veröffentlichten Mitteilung werden klare Vorgaben und Wege für einen erfolgreichen digitalen Wandel Europas bis 2030 dargelegt. Ziel der EU ist es, digital souverän zu sein in einer offenen, vernetzten Welt. Die EK-Mitteilung umfasst einerseits digitale Grundsätze und andererseits einen Digital-Kompass zur Finanzierung und Evaluierung eines resilienten, nachhaltigen und digitalen Wandels. Ziel des „digitalen EU-Kompass 2030" ist die Etablierung eines voll funktionsfähigen digitalen EU-Binnenmarktes, zur Sicherung und Resilienz des digitalen Ökosystems, kritischer Infrastrukturen und Lieferketten. Zu den in der Mitteilung gesetzten Zielen bis 2030 gehören: Digitale Grundkenntnisse für 80 % der Erwachsenen, Zugang zu digitaler Infrastruktur für alle Europäer, die digitale Transformation von Unternehmen und die Digitalisierung der öffentlichen Dienste.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

8. bis 14. April 2021	IWF	Die Frühjahrestagung des IWF fand vom 8. bis 14. April 2021 im virtuellen Format statt. Im Zentrum stand wie üblich das Meeting des IMFC (International Monetary and Financial Committee). Weiters fanden die Early Warning Exercise, ein Regional Briefing des European Departments sowie ein Treffen der österreichischen Stimmrechtsgruppe statt. Zusätzlich gab es weitere bilaterale Termine mit hochrangigen Vertretern des IWF. Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen: • Die Weltwirtschaft erholt sich aufgrund der außergewöhnlichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung, zusammen mit der raschen Entwicklung eines Impfstoffs, schneller als erwartet. Der weitere Ausblick ist jedoch durch hohe Unsicherheit und große Unterschiede gekennzeichnet. • Eine international koordinierte Vorgehensweise ist notwendig, um die Krise dauerhaft bewältigen zu können und eine schnelle und gerechte Verteilung des Impfstoffs zu gewährleisten. • Die Geldpolitik sollte, wo möglich, weiter akkomodativ bleiben; auf eine Abwertung der Wechselkurse aus Wettbewerbsüberlegungen sollte verzichtet werden. • Um besonders vulnerablen Ländern gezielt helfen zu können, betont das IMFC die Wichtigkeit einer umfassenden und transparenten Herangehensweise. In diesem Zusammenhang ruft das IMFC auch dazu auf, *zum Finanzierungspaket für den Sudan beizutragen.* • Das IMFC begrüßt in seinem Communique den Vorschlag einer generellen Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR Allokation) in Höhe von 650 Mrd USD. • Das IMFC bekennt sich zu einem starken, quotenbasierten und ausreichend dotierten Fonds und begrüßt die *Verdopplung der NAB (New Arrangements to Borrow)* sowie den Abschluss der neuen

		bilateralen Darlehen. • Das IMFC betont die *Wichtigkeit der 16. Quotenreform*, die bis spätestens 15. Dezember 2023 abgeschlossen sein soll Die IWF-Jahrestagung wird vom 14.-17. Oktober 2021 stattfinden; das Meeting des IMFC ist für den 14. Oktober 2021 angesetzt.
23. März 2021	IWF	In einer informellen Sitzung des IWF-Exekutivdirektoriums präsentierte der IWF-Stab seinen Vorschlag für eine generelle SZR Allokation in Höhe von insgesamt 650 Mrd USD, welcher breite Zustimmung fand. Managing Director Georgieva kündigte für Juni 2021 an, das IWF-Exekutivdirektorium formell mit diesem Vorschlag zu befassen. Im nächsten Schritt ist die Zustimmung von 85% der Stimmrechte im IMF Board of Governors erforderlich, eine Abstimmung („Governors' vote") erfolgt voraussichtlich im Juli 2021. Bei einer generellen SZR-Allokation werden die neu geschaffenen Sonderziehungsrechte den IWF-Mitgliedern anteilig nach ihren Quoten zugeteilt.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 26. April 2021

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
A = Anstieg
R = Rückgang

Prognose des Internationalen Währungsfonds für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
USA	6,4	3,5	2,3	2,4	5,8	4,2	−15,0	−6,1	132,8	132,1	−3,9	−3,1
Japan	3,3	2,5	0,1	0,7	2,8	2,4	−9,4	−3,8	256,5	253,6	3,6	3,2
China	8,4	5,6	1,2	1,9	3,6	3,6	−9,6	−8,7	69,6	73,7	1,6	1,3
Euroraum	4,4	3,8	1,4	1,2	8,7	8,5	−6,7	−3,3	98,2	96,5	2,8	2,7
EU	4,4	3,9	1,6	1,4	×	×	−6,4	−3,2	93,0	91,6	3,2	3,1
Österreich	3,5	4,0	1,6	1,8	5,5	5,3	−6,5	−3,6	87,2	85,7	2,4	2,5
Deutschland	3,6	3,4	2,2	1,1	4,4	3,7	−5,5	−0,4	70,3	67,3	7,6	7,0
Vereinigtes Königreich	5,3	5,1	1,5	1,9	6,1	6,1	−11,8	−6,2	107,1	109,1	−3,9	−4,0
Polen	3,5	4,5	3,2	2,5	4,9	4,5	−4,7	−2,6	57,4	56,1	2,0	1,3
Ungarn	4,3	5,9	3,6	3,5	3,8	3,5	−6,5	−4,8	80,0	78,3	−0,4	−0,3
Tschechische Republik	4,2	4,3	2,3	2,0	3,4	3,2	−7,8	−6,3	44,0	48,0	0,9	0,1

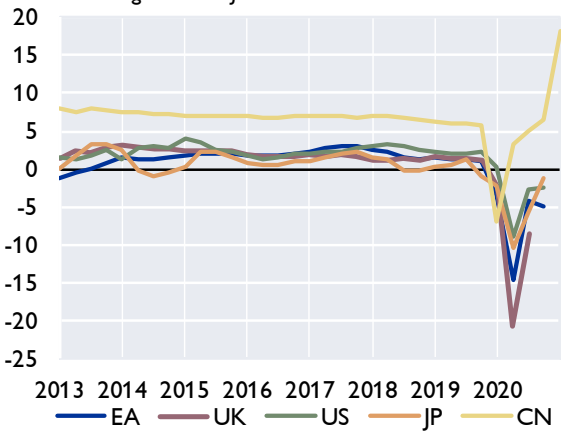
Quelle: IWF-WEO Prognose April 2021.

[1] HVPI-Inflation; China, USA, Japan: VPI.

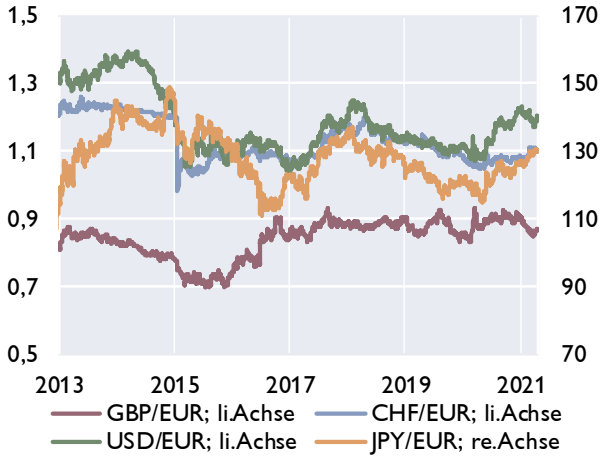
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

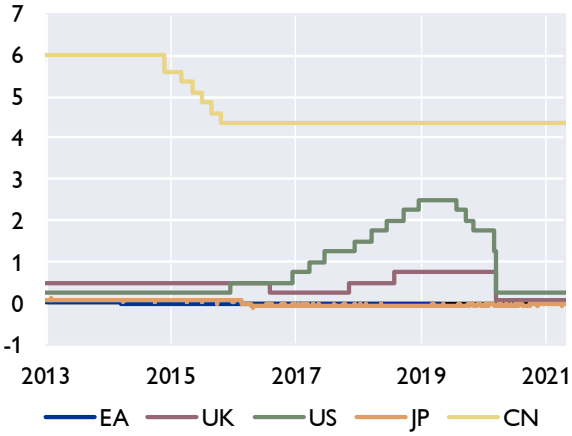


Wechselkurse zum Euro



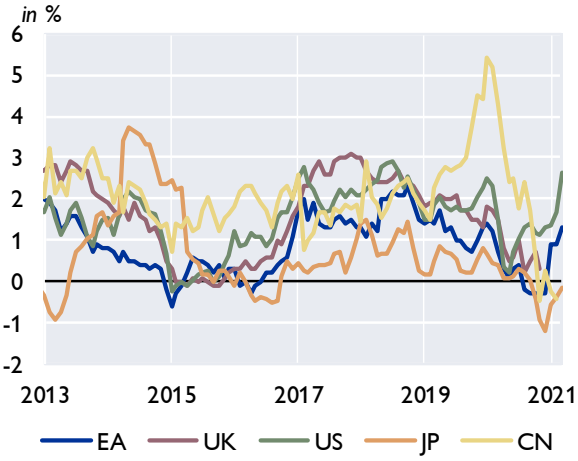
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



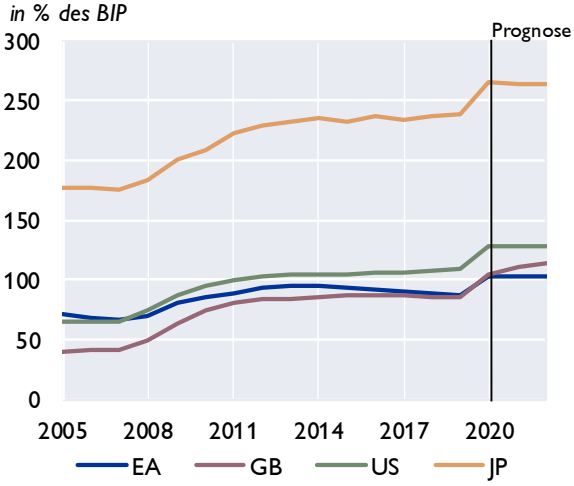
Verbraucherpreisindizes

in %



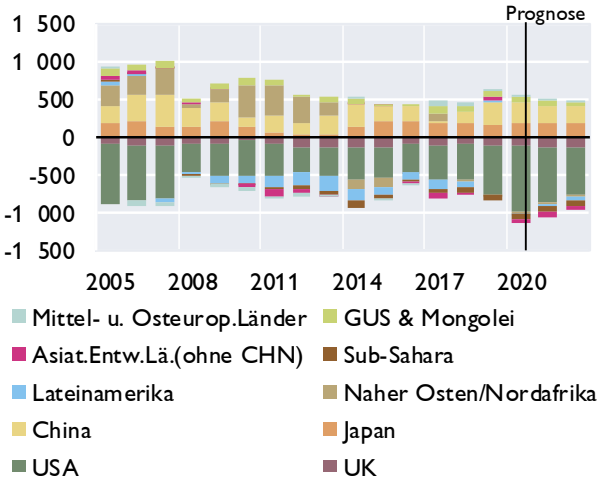
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

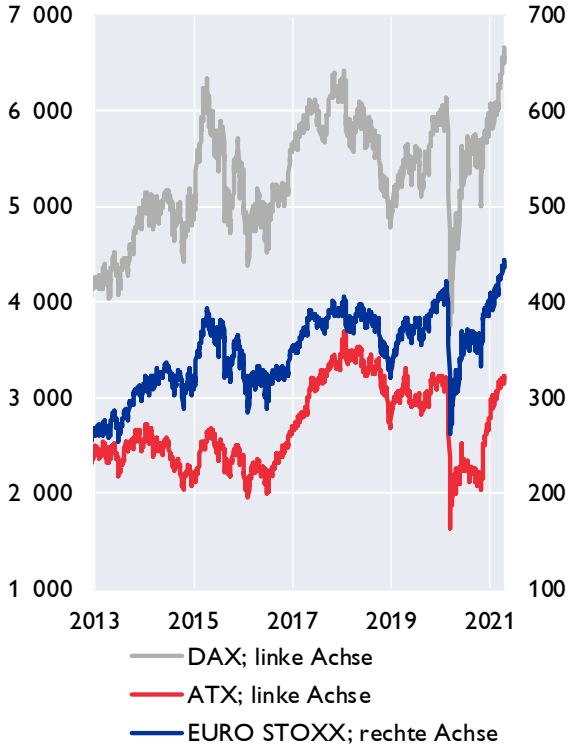


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Nov. 2020 und IWF WEO April 2021.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

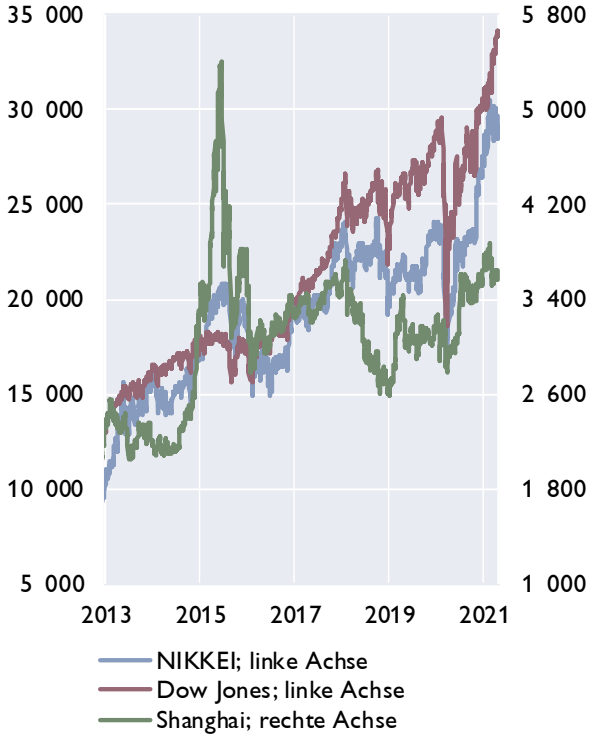
Aktienkurse - Europa

in Punkten



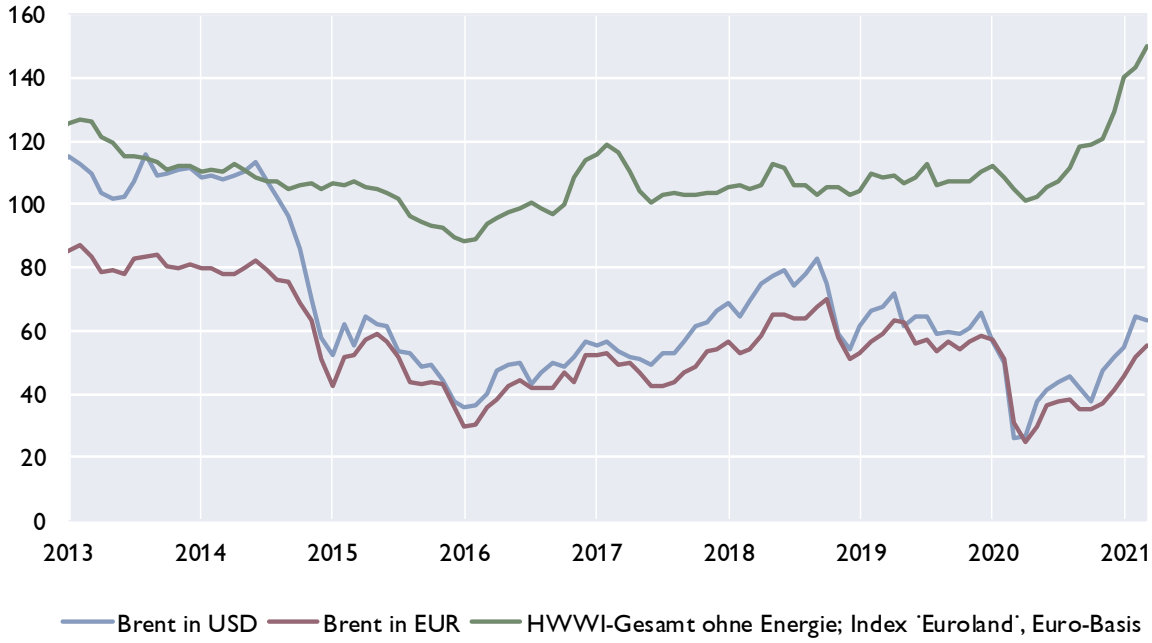
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD**)			IWF		EU-Kommission *)		
	März 2021			**Interim März 2021** und Dezember 2020			April 2021		**Interim Feb.2021** und November 2020		
	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2021	2022	2020	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real	4,0	4,1	2,1	**−6,8**	**3,9**	**3,8**	4,4	3,8	**−6,8**	**3,8**	**3,8**
Privater Konsum, real	3,0	5,9	2,1	−8,3	4,4	3,5	3,6	5,0	−8,7	4,3	3,3
Öffentlicher Konsum, real	2,9	0,1	1,1	1,8	2,7	0,4	2,0	0,4	1,9	2,3	1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	5,5	5,9	3,3	−10,7	2,1	4,8	3,9	4,6	−11,2	6,1	4,2
Exporte, real	7,5	5,5	3,4	×	×	×	×	×	−11,5	6,2	4,7
Importe, real	6,6	6,4	3,6	×	×	×	×	×	−10,1	6,0	4,7
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP Deflator	1,0	1,0	1,4	1,6	0,9	1,0	1,3	1,4	2,0	1,1	1,3
HVPI	1,5	1,2	1,4	0,3	0,7	1,0	1,4	1,2	**0,3**	**1,4**	**1,3**
Lohnstückkosten	−0,3	−0,6	1,2	×	×	×	−2,9	−0,1	4,2	−0,5	0,0
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Beschäftigte	−0,2	1,3	1,0	×	×	×	0,0	0,7	−5,3	2,5	1,6
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition										
Arbeitslosenquote	8,6	8,1	7,6	8,1	9,5	9,1	8,7	8,5	8,3	9,4	8,9
	in % des nominellen BIP										
Leistungsbilanz	2,0	1,7	1,7	3,0	3,4	3,5	2,8	2,7	2,6	2,6	2,8
Öffentliches Defizit	−6,1	−3,1	−2,4	−8,6	−6,5	−4,1	−6,7	−3,3	−8,8	−6,4	−4,7
	Prognoseannahmen										
Erdölpreis in USD/Barrel	59,3	55,7	53,7	40,6	40,0	40,0	58,5	54,8	**43,4**	**54,7**	**52,4**
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,5	−0,5	−0,4	−0,4	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	**−0,4**	**−0,6**	**−0,5**
USD/EUR	1,21	1,21	1,21	1,14	1,17	1,17	1,22	1,2	**1,14**	**1,21**	**1,21**
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real USA	×	×	×	**−3,5**	**6,5**	**4,0**	6,4	3,5	−4,6	3,7	2,5
BIP, real Welt[1]	6,2	4,0	3,5	**−3,4**	**5,6**	**4,0**	6,0	4,4	**−3,4**	**5,2**	**3,8**
Welthandel[1]	9,0	4,1	3,4	−10,3	3,9	4,4	8,4	6,5	**−9,4**	**7,5**	**4,9**

[1] EZB: BIP real Welt (ohne EA), Welthandel (ohne EA, Weltimporte) und EK: Welthandel (Weltimporte).
**) EK: Interimsprognose Februar 2021: fett unterlegte Werte, restliche Werte vom November 2020.*
***) OECD: Interimsprognose März 2021: fett unterlegte Werte; restliche Werte vom Dezember 2020.*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2019	2020	2020 Q1	2020 Q2	2020 Q3	2020 Q4	2021 Q1	2020 Dez	2021 Jan	2021 Feb	2021 Mrz
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,2	0,3	1,1	0,2	0,0	-0,3	1,1	-0,3	0,9	0,9	1,3
Kerninflation	1,0	0,7	1,1	0,9	0,6	0,2	1,2	0,2	1,4	1,1	0,9
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,1	0,5	1,2	0,7	0,1	0,0	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,9	4,8	4,2	8,7	2,8	3,4	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,9	-0,6	0,6	-4,5	0,6	0,8	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,1	-5,0	-3,4	-12,2	-2,1	-2,5	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	0,6	-2,6	-1,7	-4,5	-2,7	-1,7	..	-1,1	0,4	1,5	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	108,1	111,6	108,6	102,8	112,3	122,7	144,8	128,9	140,0	143,4	150,1
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	57,2	37,9	46,3	30,3	37,1	37,8	50,7	41,2	45,4	51,5	55,1
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	64,1	43,4	51,2	33,6	43,3	45,3	61,1	50,2	55,1	62,3	65,6
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,3	-6,6	-3,8	-11,6	12,5	-0,7	..	x	x	x	x
Privater Konsum	1,3	-8,0	-4,4	-12,6	14,2	-3,3	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,8	1,2	-0,2	-2,2	4,7	0,3	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	5,7	-8,2	-5,9	-16,1	13,8	1,9	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	2,3	-5,8	-3,7	-10,7	11,5	-1,3	..	x	x	x	x
Nettoexporte	-0,5	-0,5	-0,5	-0,8	2,5	-0,1	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,5	-0,3	0,5	0,0	-1,4	0,6	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	221,0	234,6	54,3	31,2	64,7	84,4	..	29,2	11,0	17,7	..
Leistungsbilanz	287,3	242,0	50,1	45,6	69,2	77,1	..	37,4	34,7	25,9	..
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	2,1	1,7	1,8	2,4	2,7	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	103,7	88,2	100,8	72,0	88,5	91,4	95,3	92,4	91,5	93,4	100,9
Industrievertrauen (Saldo)	-5,2	-14,5	-8,2	-27,3	-13,6	-8,8	-2,4	-6,8	-6,1	-3,2	2,0
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	47,4	48,6	47,2	40,1	52,4	54,6	58,4	55,2	54,8	57,9	62,5
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	97,1	89,3	92,7	80,8	91,6	92,0	93,2	92,2	90,3	92,7	96,6
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	-1,3	-8,7	-5,8	-20,1	-6,7	-1,4	..	0,4	-0,4	-1,3	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-7,0	-14,3	-8,6	-18,5	-14,4	-15,6	-13,7	-13,8	-15,5	-14,8	-10,8
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	2,4	-1,1	-1,2	-6,6	2,4	1,1	..	0,8	-5,2	-2,8	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	82,3	74,4	80,9	68,4	72,1	76,3	77,5	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	7,6	8,0	7,3	7,6	8,6	8,3	..	8,2	8,3	8,3	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,2	−1,6	−0,2	−3,0	1,0	0,4	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	4,9	12,4	7,5	9,3	10,4	12,4	..	12,4	12,5	12,3	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	12,0	12,4	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	3,5	3,5	3,4	3,3	3,5	3,5	..	3,5	3,3	3,2	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,36	-0,43	-0,41	-0,30	-0,47	-0,52	-0,54	-0,54	-0,55	-0,54	-0,54
10-Jahres Zinssatz (%)	0,58	0,21	0,27	0,46	0,17	-0,05	0,05	-0,09	-0,06	0,06	0,15
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	0,94	0,64	0,68	0,76	0,64	0,47	0,59	0,45	0,48	0,61	0,69
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	117,9	125,6	122,8	154,3	119,8	106,0	91,9	99,0	92,9	89,7	93,0
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	373,8	360,0	373,6	329,0	361,0	375,9	412,1	394,1	402,9	410,0	422,4
Wechselkurs USD je EUR	1,12	1,14	1,10	1,10	1,17	1,19	1,21	1,22	1,22	1,21	1,19
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	98,2	99,7	97,5	98,8	101,2	101,3	100,9	101,9	101,4	100,8	100,4
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	93,3	93,7	91,8	93,1	94,9	94,9	94,9	95,4	95,6	94,8	94,4
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-0,6	-8,8	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	85,9	101,7	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo. **) Schnellschätzung.*

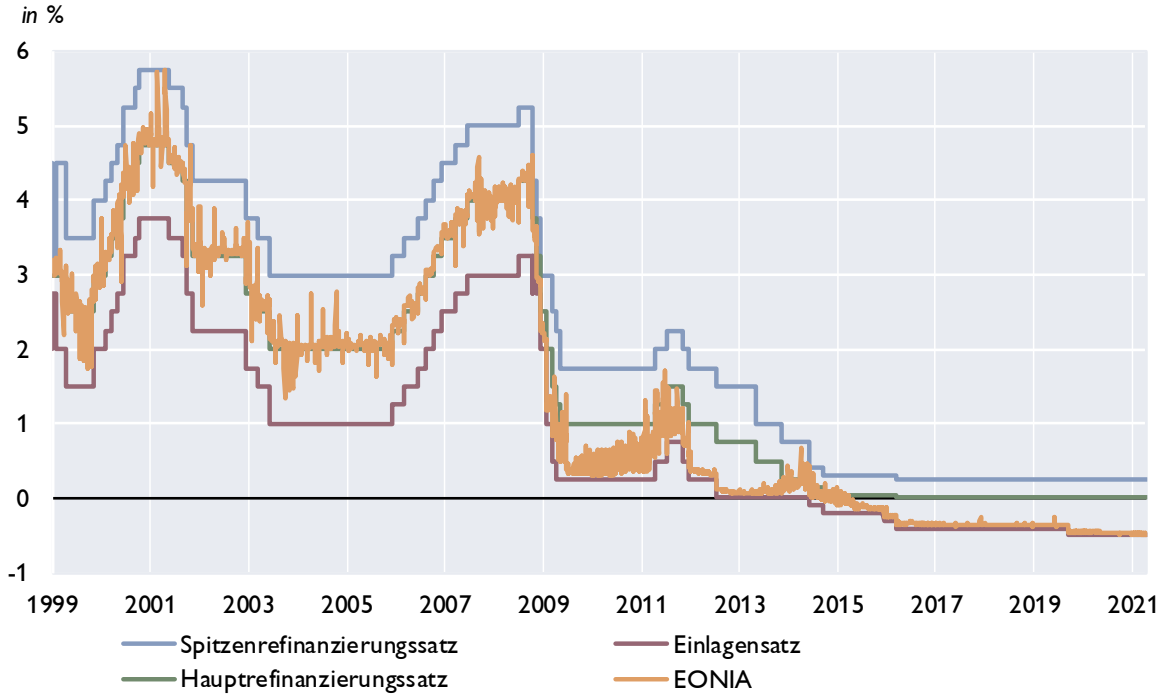
[1] *ILO-Definition.*

[2] *Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).*

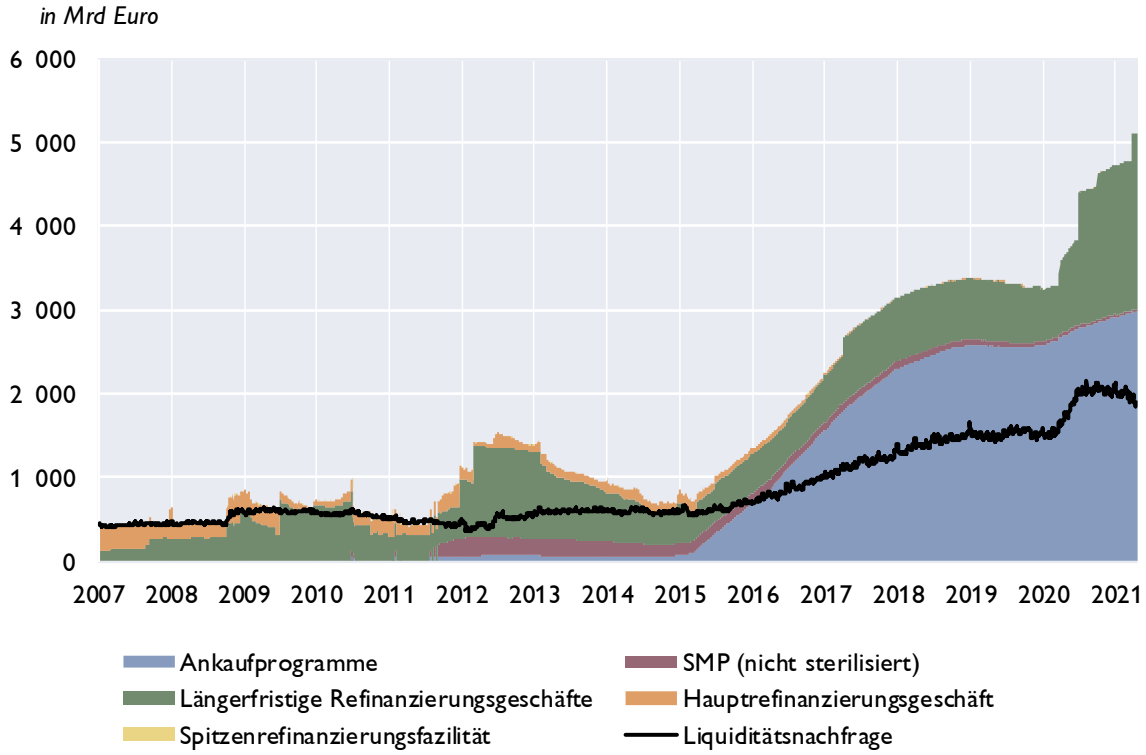
[3] *Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und EONIA



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

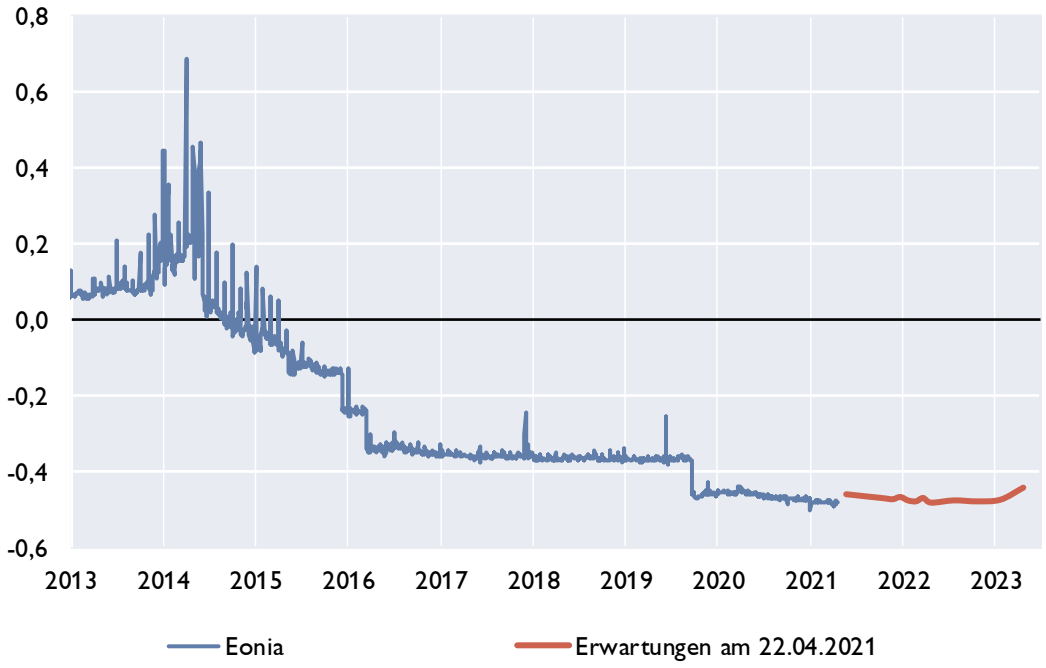


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

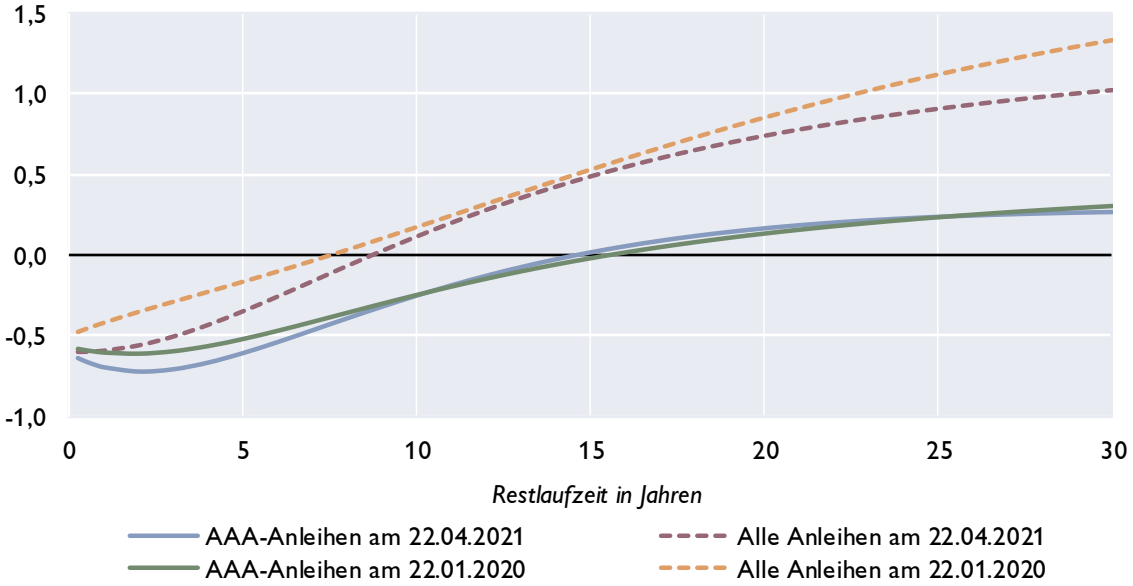
Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

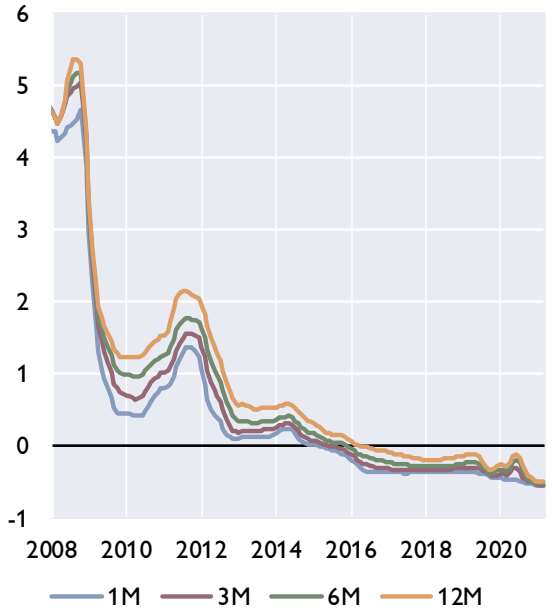


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

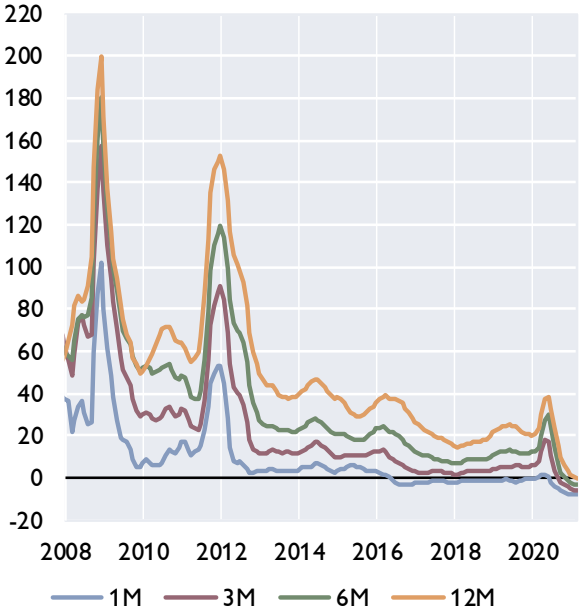
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



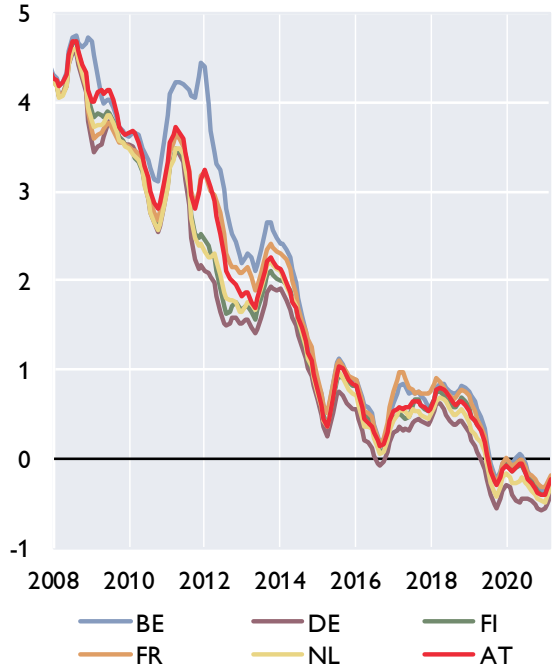
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



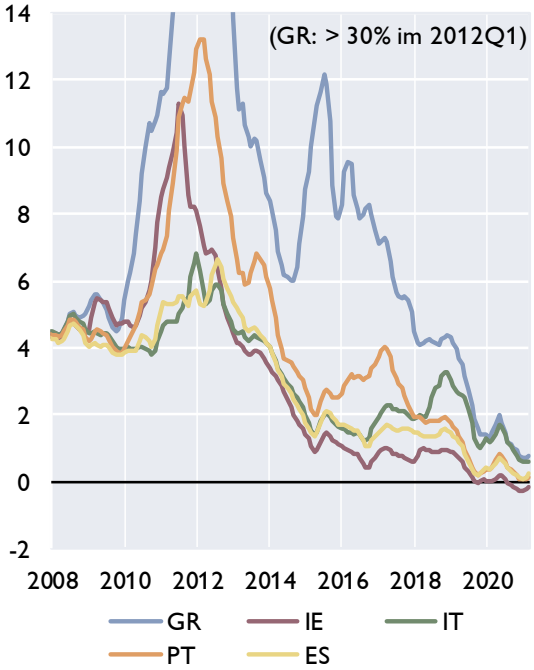
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

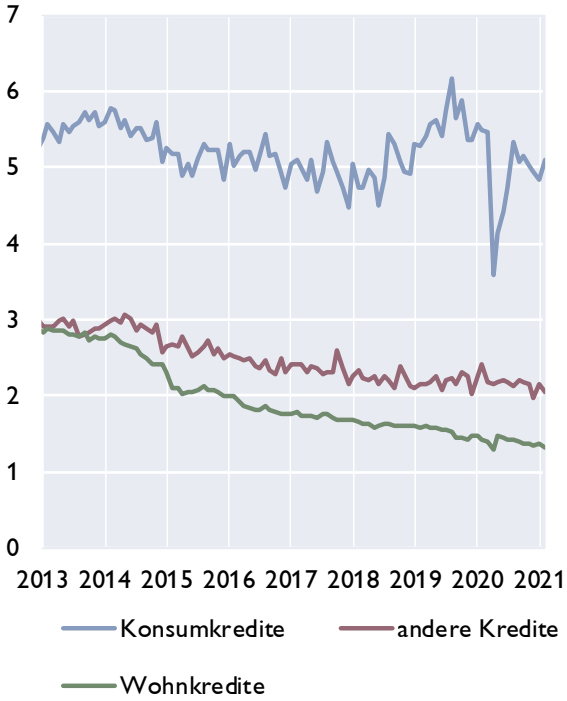


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

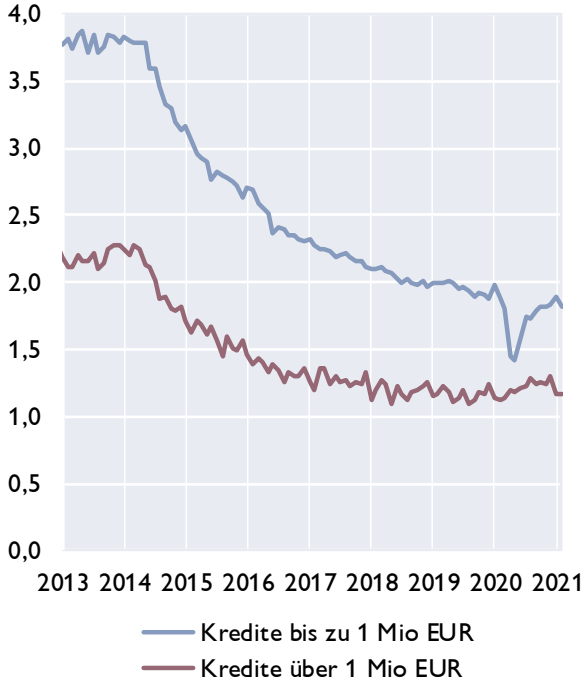
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



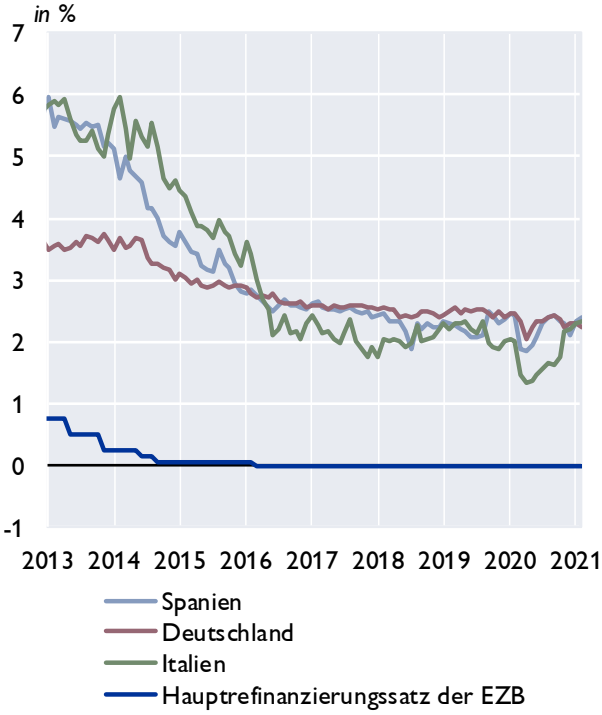
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



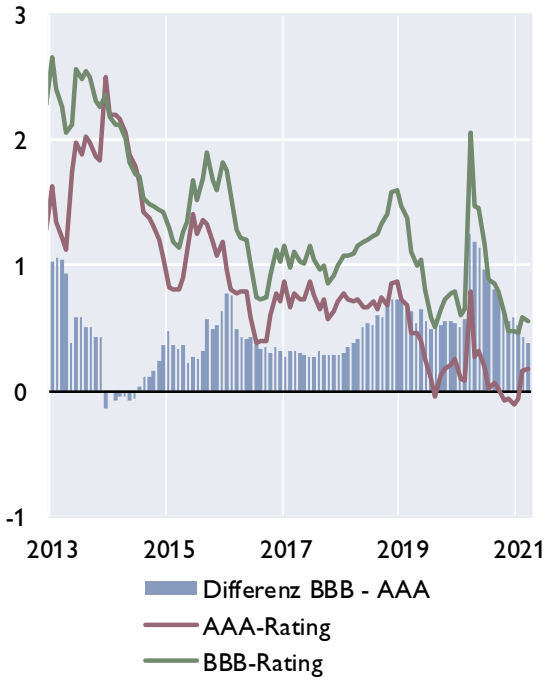
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

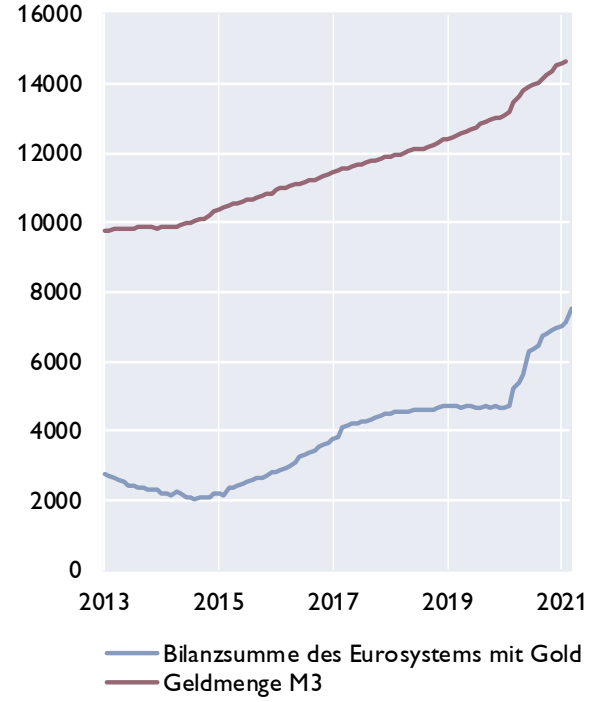


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

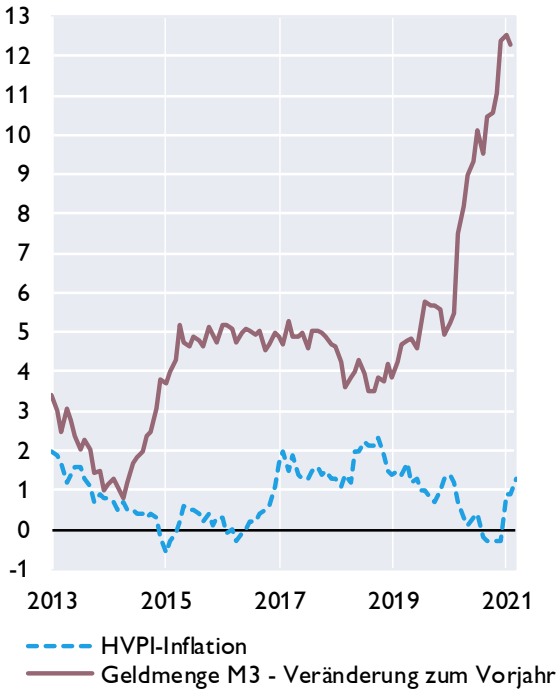
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



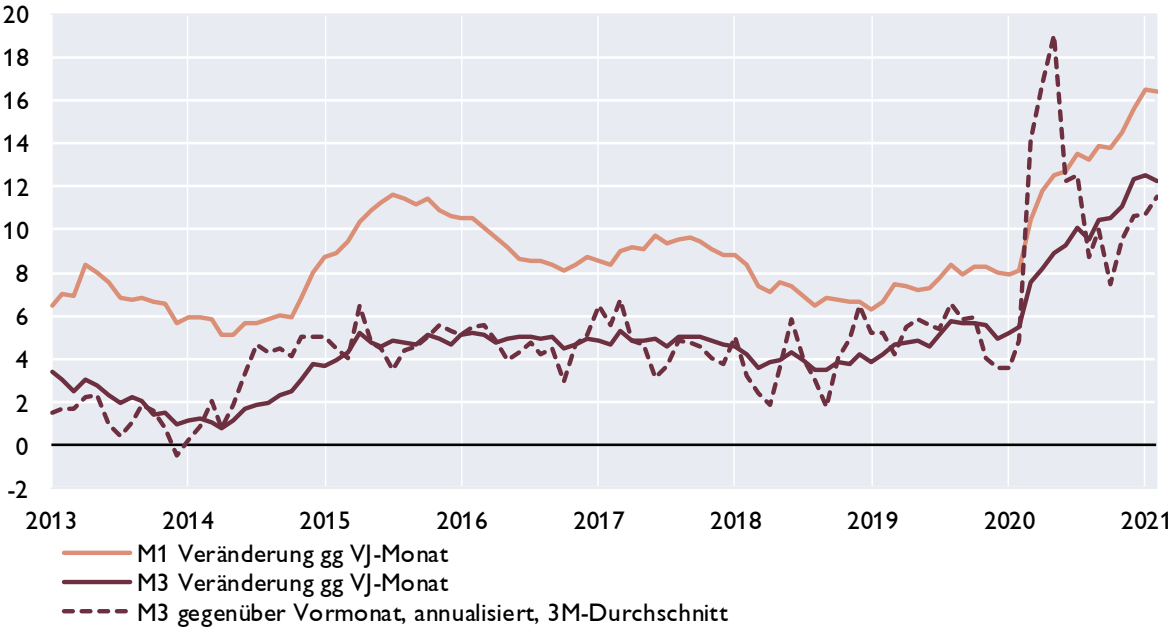
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

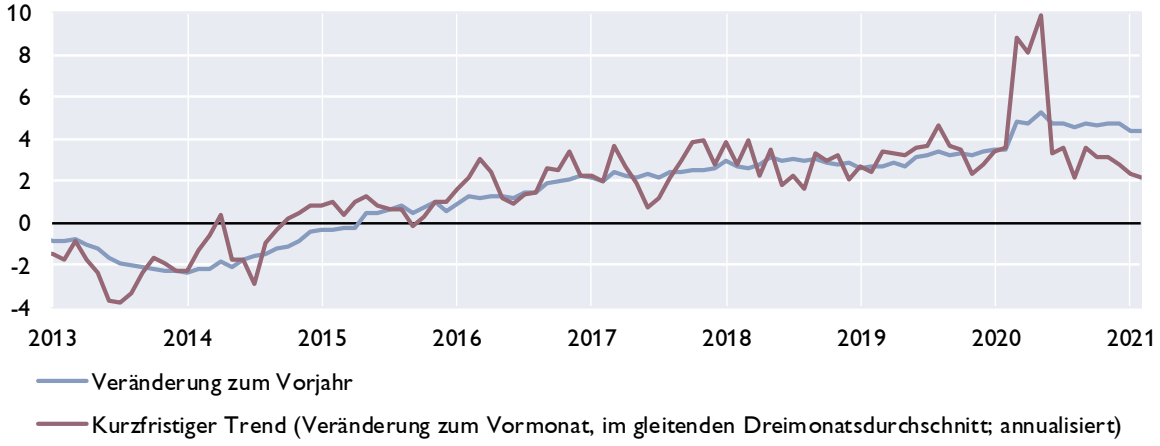
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2019	2020	Sep.20	Okt.20	Nov.20	Dez.20	Jän.21	Feb.21
Aktiva	Kredite	2,0	9,6	8,5	8,8	9,1	9,6	9,6	9,8
	Kredite an öffentliche Haushalte	−1,9	22,2	18,9	20,3	21,2	22,2	22,9	23,9
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	3,4	5,4	4,9	4,9	5,0	5,4	5,1	5,1
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*3,4*	*4,7*	*4,7*	*4,7*	*4,8*	*4,7*	*4,4*	*4,4*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,2	5,9	0,8	2,1	4,0	5,9	3,5	2,4
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	−2,6	8,4	−0,2	2,4	5,7	8,4	5,6	5,2
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	1,6	−0,5	−0,4	−0,5	−0,7	−0,5	−0,9	−0,9

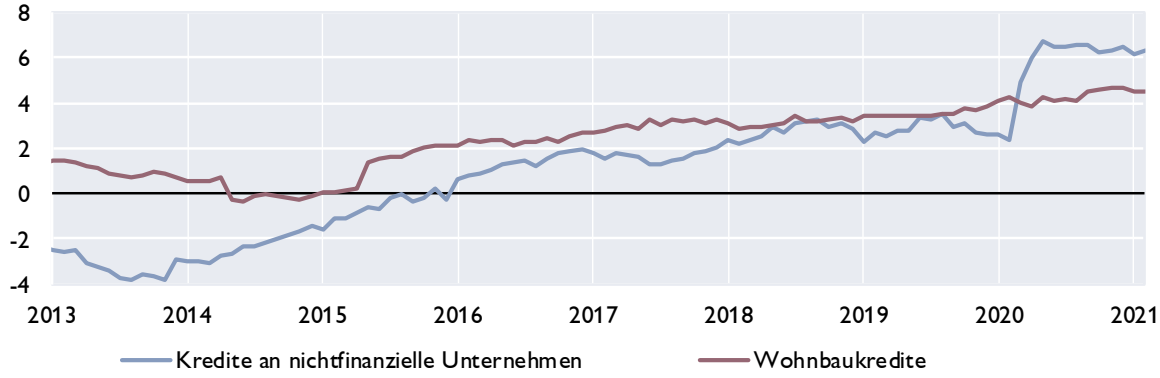
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



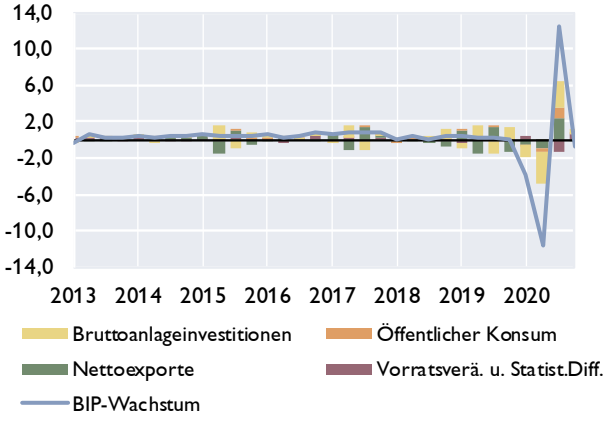
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

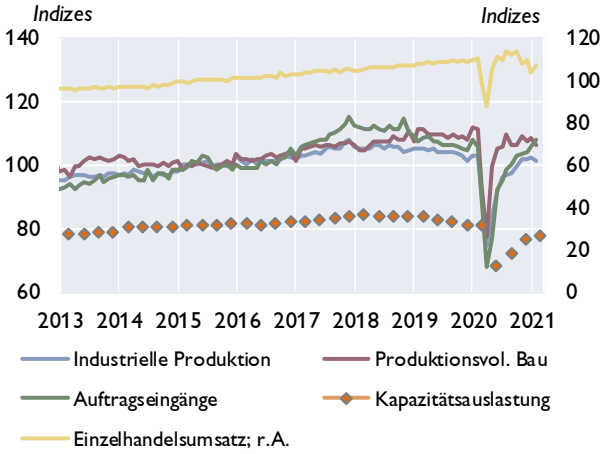
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

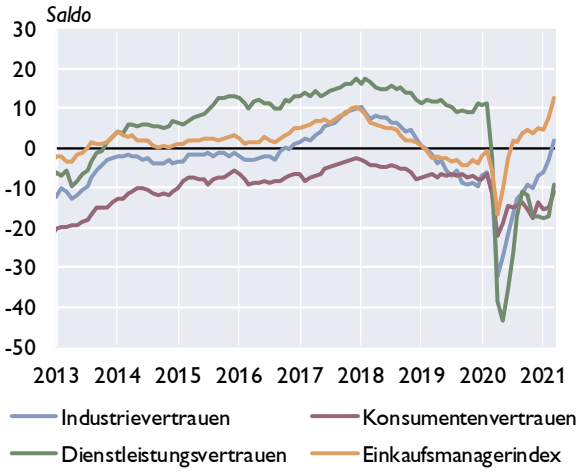
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



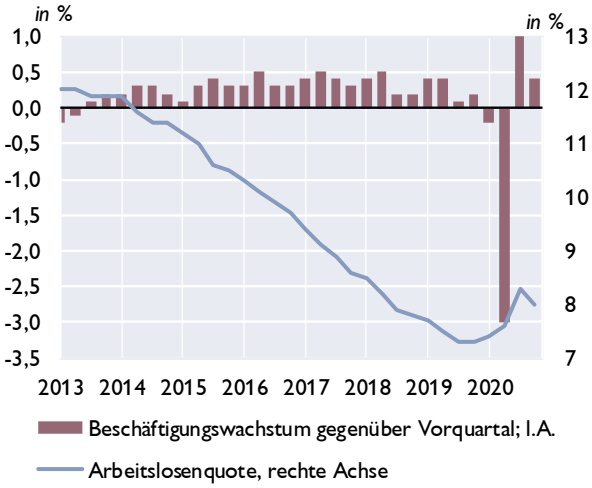
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2018	2019	2020	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
Leistungsbilanz	343,5	280,0	250,4	84,0	31,9	32,3	84,4	101,8
Güter	285,1	322,8	340,2	95,7	76,1	55,6	94,7	113,9
Dienstleistungen	115,8	59,6	30,8	−4,7	−15,1	12,7	19,6	13,7
Einkommen	94,7	50,0	41,0	24,7	18,6	−0,3	0,5	22,2
Laufende Transfers	−152,1	−152,4	−161,6	−31,6	−47,6	−35,6	−30,4	−48,0
Vermögensübertragungen	−37,3	−26,3	−3,4	−2,9	1,2	−4,7	1,1	−1,0
Kapitalbilanz	303,8	201,8	251,9	54,6	3,2	27,1	98,9	122,7
Direktinvestitionen	143,3	−62,4	−202,2	−98,2	5,8	−109,5	24,5	−123,0
Portfolioinvestitionen	199,8	−70,8	618,5	132,8	−185,3	180,2	21,5	602,1
Finanzderivate	39,9	−3,9	0,9	−7,1	11,1	40,8	−31,8	−19,2
Sonstige Investiitionen	−104,3	335,7	−178,6	29,6	167,0	−87,6	81,4	−339,3
Währungsreserven	25,1	3,2	13,2	−2,5	4,6	3,2	3,4	2,1
Statistische Differenz	−2,4	−51,9	4,8	−26,5	−30,0	−0,6	13,5	21,9
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	2,9	2,3	2,2	2,1	1,7	1,8	2,4	2,7

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

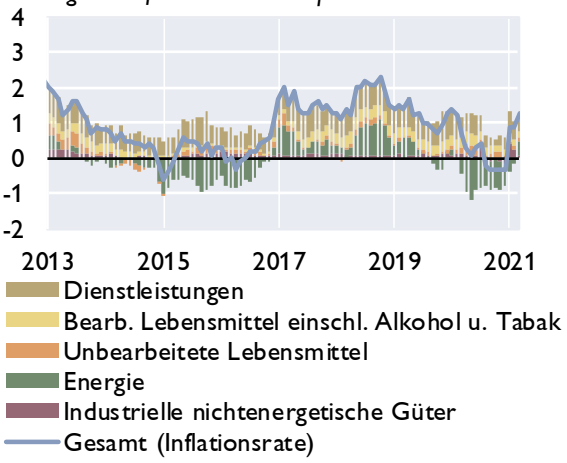
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2021	2019	2020	Dez.20	Jän.21	Feb.21	Mär.21
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	1,2	0,3	−0,3	0,9	0,9	1,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	17,3	1,4	2,0	0,9	1,0	0,8	0,7
Alkoholische Getränke und Tabak	4,5	3,1	3,4	3,0	3,3	3,5	2,7
Bekleidung und Schuhe	5,3	0,7	0,0	−2,2	2,5	0,7	−1,3
Wohnung, Wasser, Energie	17,7	1,7	−0,8	−0,6	0,3	0,5	1,6
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,8	0,4	0,5	0,1	1,2	0,8	0,8
Gesundheitspflege	5,0	0,8	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehr	13,7	1,1	−2,2	−2,9	−1,1	0,4	3,5
Nachrichtenübermittlung	3,2	−2,1	−1,7	−2,5	−1,3	−1,3	−1,7
Freizeit und Kultur	8,0	0,3	0,2	0,1	2,7	1,9	1,7
Bildungswesen	1,0	0,2	0,5	−0,1	0,0	0,1	0,1
Hotels, Cafes und Restaurants	7,5	2,0	1,1	0,9	0,8	0,7	0,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	10,0	1,6	1,5	1,3	1,8	1,7	1,7

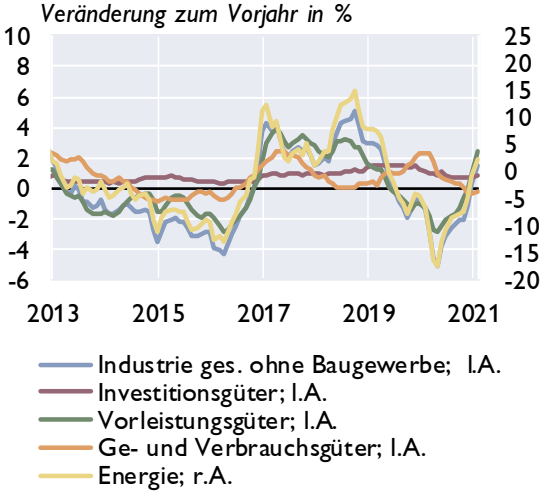
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



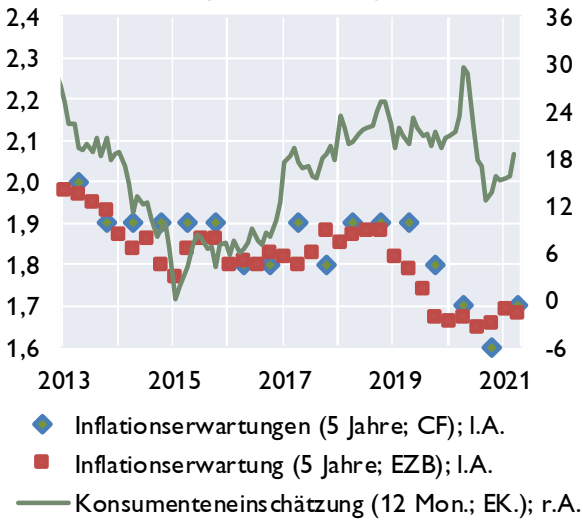
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



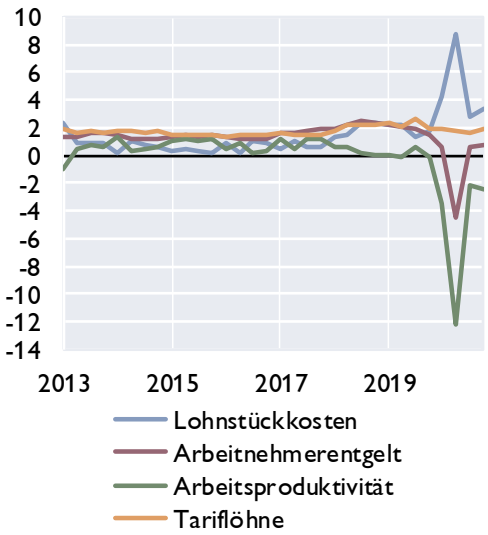
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



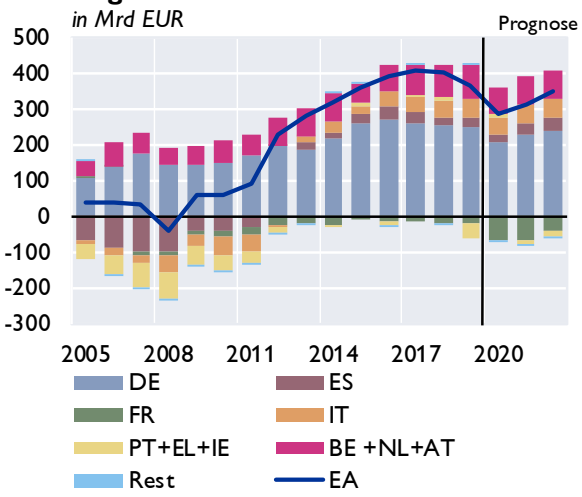
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

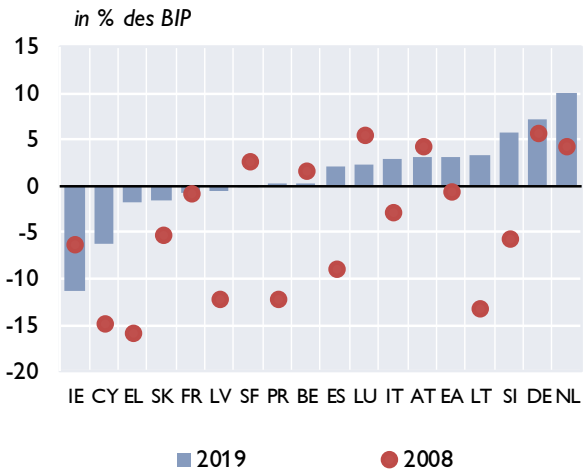
[1] *Classification of Individual Consumption by Purpose*

*) Schnellschätzung.

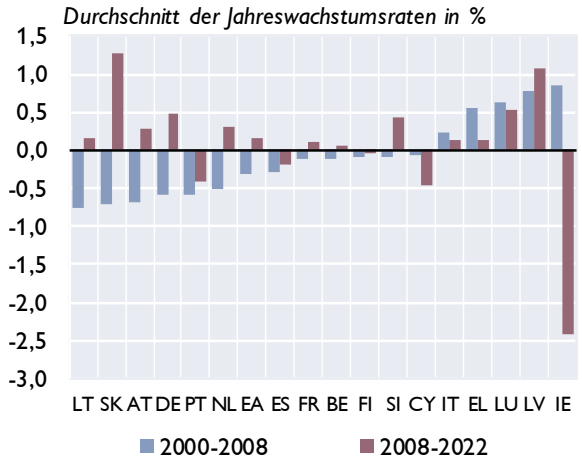
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

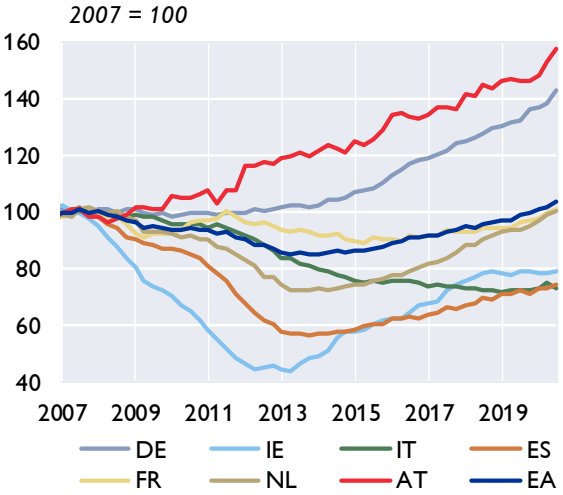




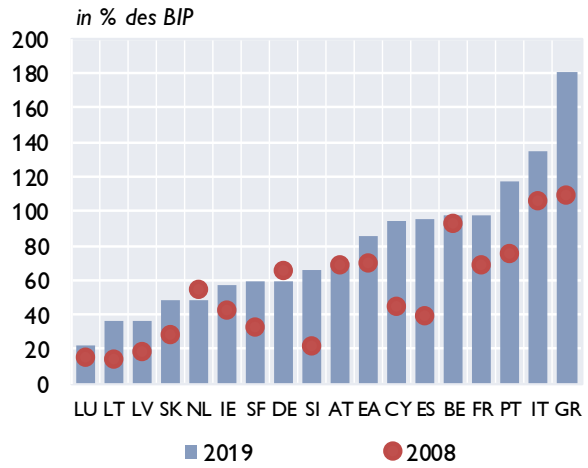
Lohnstückkosten[1]



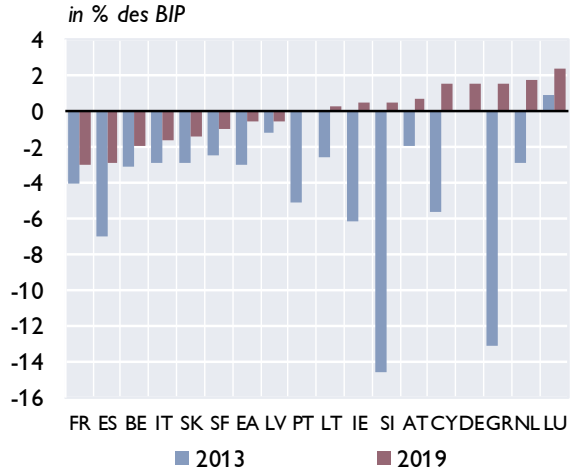
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



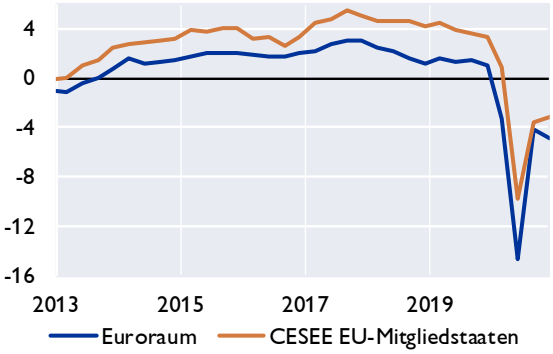
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose Nov. 2020.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

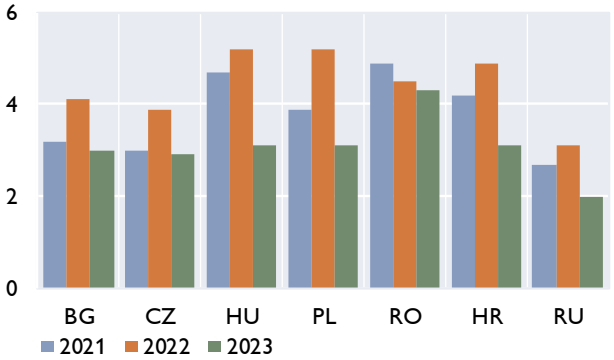
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



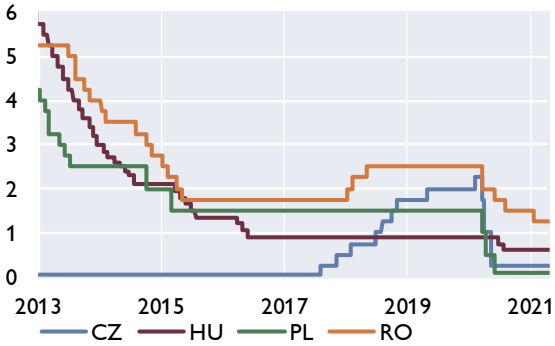
OeNB-BOFIT[1] Prognose Oktober 2020

reales BIP-Wachstum in %



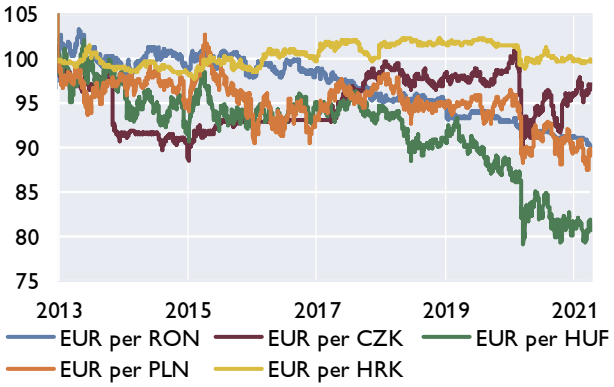
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2013=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	April 2021		Februar 2021		April 2021		April 2021	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
Bulgarien	3,2	4,1	2,7	4,9	4,4	4,4	2,5	3,1
Estland	×	×	2,6	3,8	3,4	4,2	1,2	3,8
Kroatien	4,2	4,9	5,3	4,6	4,7	5,0	4,5	4,6
Lettland	×	×	3,5	3,1	3,9	5,2	2,8	4,2
Litauen	×	×	2,2	3,1	3,2	3,2	2,1	3,8
Polen	3,9	5,2	3,1	5,1	3,5	4,5	3,4	3,6
Rumänien	4,9	4,5	3,8	4,0	6,0	4,8	3,8	4,5
Russland	2,7	3,1	×	×	3,8	3,8	3,2	2,7
Slowakei	×	×	4,0	5,4	4,7	4,4	3,6	4,4
Slowenien	×	×	4,7	5,2	3,7	4,5	3,6	4,0
Tschechische Republik	3,0	3,9	3,2	5,0	4,2	4,3	2,9	3,2
Ungarn	4,7	5,2	4,0	5,0	4,3	5,9	3,9	4,5

[1] *Bank of Finland Institute for Economies in Transition.*

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2020	Prognose[1] 2021	2022	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	−6,3	4,0	3,1	1,6	−2,0	−14,0	−4,3	−4,9
Deutschland	−4,9	3,6	3,4	0,4	−2,2	−11,3	−4,0	−3,6
Estland	−2,9	3,4	4,2	3,8	0,2	−5,5	−3,5	−1,9
Irland	3,4	4,2	4,8	7,6	4,1	−2,7	8,9	−0,2
Griechenland	−8,2	3,8	5,0	0,8	0,1	−13,8	−10,5	−7,9
Spanien	−10,8	6,4	4,7	1,7	−4,3	−21,6	−8,6	−8,9
Frankreich	−8,1	5,8	4,2	0,8	−5,6	−18,6	−3,7	−4,9
Italien	−8,9	4,2	3,6	−0,2	−5,8	−18,2	−5,2	−6,6
Zypern	−5,1	3,0	3,9	3,3	1,4	−12,6	−4,7	−4,5
Lettland	−3,6	3,2	3,2	0,6	−1,2	−8,6	−2,8	−1,8
Litauen	−0,8	3,9	5,2	4,1	2,5	−4,7	0,1	−1,0
Luxemburg	−1,3	4,1	3,6	3,0	1,3	−7,9	0,0	1,4
Malta	−7,0	4,7	5,6	5,7	2,1	−14,6	−8,6	−6,2
Niederlande	−3,7	3,5	3,0	1,7	−0,4	−9,1	−2,4	−3,0
Österreich	−6,6	3,5	4,0	0,2	−3,6	−13,6	−3,8	−5,9
Portugal	−7,6	3,9	4,8	2,6	−2,2	−16,4	−5,6	−6,1
Slowenien	−5,5	3,7	4,5	2,4	−3,3	−13,0	−3,0	−5,0
Slowakische Republik	−5,2	4,7	4,5	..	..	..	..	..
Finnland	−2,8	2,3	2,5	0,8	−0,6	−6,1	−2,7	−1,7
Euroraum	−6,6	4,4	3,8	1,0	−3,3	−14,6	−4,1	−4,9
Bulgarien	−4,2	4,4	4,4	3,1	2,3	−8,6	−5,2	−3,8
Tschechische Republik	−5,6	4,2	4,3	2,0	−1,8	−10,8	−5,1	−4,8
Dänemark	−2,7	2,8	2,9	2,4	0,2	−7,5	−2,2	−1,5
Kroatien	−8,0	4,7	5,0	2,3	0,3	−15,7	−9,8	−7,1
Ungarn	−5,0	4,3	5,9	4,0	1,8	−13,4	−4,8	−4,1
Polen	4,1	3,5	4,5	3,9	1,9	−8,0	−1,8	−2,7
Rumänien	−3,9	6,0	4,8	3,9	2,7	−10,0	−5,4	−1,8
Schweden	−2,8	3,1	3,0	0,6	0,1	−7,7	−2,2	−2,1
EU	−6,1	4,4	3,9	1,2	−2,7	−13,8	−4,0	−4,6
Türkei	1,8	6,0	3,5	6,4	4,5	−10,3	6,3	5,9
Vereinigtes Königreich	..	5,3	5,1	1,2	−2,4	−20,8	−8,6	..
USA	−3,5	6,4	3,5	2,3	0,3	−9,0	−2,8	−2,4
Japan	−4,9	3,3	2,5	−1,0	−2,1	−10,3	−5,8	−1,3
Schweiz	−2,9	3,5	2,8	1,5	−0,6	−8,1	−1,6	−1,7
Russland	−3,0	3,8	3,8	2,9	1,4	−7,8	−3,5	−1,8
Brasilien	−4,1	3,7	2,6	1,6	−0,3	−10,9	−3,9	−1,1
China	2,0	8,4	5,6	5,8	−6,8	3,2	4,9	6,5
Indien	−6,9	12,5	6,9	3,3	3,0	−24,4	−7,3	0,4

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, IWF, Macrobond.

[1] *IWF WEO Prognose April 2021.*

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2020	Prognose[2] 2021	2022	Nov.20	Dez.20	Jän.21	Feb.21	Mär.21
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,4	1,7	1,9	0,2	0,4	0,6	0,3	1,6
Deutschland	0,4	2,2	1,1	−0,7	−0,7	1,6	1,6	2,0
Estland	−0,6	1,8	2,5	−1,2	−0,9	0,3	0,5	0,9
Irland	−0,5	1,6	1,9	−1,0	−1,0	−0,1	−0,4	0,1
Griechenland	−1,3	0,2	0,8	−2,1	−2,4	−2,4	−1,9	−2,0
Spanien	−0,3	1,0	1,3	−0,8	−0,6	0,4	−0,1	1,2
Frankreich	0,5	1,1	1,2	0,2	0,0	0,8	0,8	1,4
Italien	−0,1	0,8	0,9	−0,3	−0,3	0,7	1,0	0,6
Zypern	−1,1	0,5	0,8	−1,1	−0,8	−0,8	−0,9	0,3
Lettland	0,1	1,5	1,9	−0,7	−0,5	−0,5	−0,2	0,3
Litauen	1,1	2,1	2,2	0,4	−0,1	0,2	0,4	1,6
Luxemburg	0,0	0,9	1,8	−0,7	−0,3	1,1	−0,5	2,5
Malta	0,8	1,1	1,4	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Niederlande	1,1	1,4	1,5	0,7	0,9	1,6	1,9	1,9
Österreich	1,4	1,6	1,8	1,1	1,0	1,1	1,4	2,0
Portugal	−0,1	0,9	1,2	−0,4	−0,3	0,2	0,3	0,1
Slowenien	−0,3	0,8	1,5	−1,1	−1,2	−0,9	−1,1	0,1
Slowakische Republik	2,0	1,2	1,9	1,6	1,6	0,7	0,9	1,5
Finnland	0,4	1,4	1,5	0,2	0,2	1,0	0,9	1,4
Euroraum	0,3	1,4	1,2	−0,3	−0,3	0,9	0,9	1,3
Bulgarien	1,2	1,0	2,0	0,3	0,0	−0,3	0,2	0,8
Tschechische Republik	3,3	2,3	2,0	2,8	2,4	2,2	2,1	2,3
Dänemark	0,3	1,1	1,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,9
Kroatien	0,0	0,7	1,2	0,0	−0,3	0,0	0,7	1,6
Ungarn	3,4	3,6	3,5	2,8	2,8	2,9	3,3	3,9
Polen	3,7	3,2	2,5	3,7	3,4	3,6	3,6	4,4
Rumänien	2,3	2,8	2,1	1,7	1,8	2,0	2,5	2,5
Schweden	0,7	1,5	1,3	0,2	0,6	1,9	1,8	2,1
EU	0,7	1,6	1,4	0,2	0,2	1,2	1,3	1,7
Türkei	12,3	13,6	11,8	14,0	14,6	15,0	15,6	16,2
Vereinigtes Königreich	0,0	1,5	1,9	0,3	..	..	..	..
USA	1,2	2,3	2,4	1,1	1,3	1,4	1,7	2,6
Japan	−0,0	0,1	0,7	−0,9	−1,2	−0,6	−0,4	−0,2
Schweiz	−0,8	0,1	0,3	−0,8	−1,0	−0,6	−0,4	−0,2
Russland	3,4	4,5	3,4	4,5	4,9	5,2	5,7	5,8
Brasilien	3,2	4,6	4,0	4,3	4,5	4,6	5,2	6,1
China	2,5	1,2	1,9	−0,5	0,2	−0,3	−0,2	..
Indien	5,6	4,9	4,1	5,3	3,7	3,2	4,5	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Macrobond.

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *IWF WEO Prognose April 2021.*

Arbeitslosenquoten[1]

	2020	Prognose[2] 2021	2022	Nov.20	Dez.20	Jän.21	Feb.21	Mär.21
	in %							
Belgien	5,6	6,8	6,6	5,8	5,7	5,6	5,7	..
Deutschland	4,2	4,4	3,7	4,6	4,6	4,6	4,5	..
Estland	6,8	7,1	6,5	7,3	6,7	7,1	7,2	..
Irland	5,6	6,8	5,7	6,0	5,8	5,8	5,8	5,8
Griechenland	16,5	16,6	15,2	16,2	15,8	..	..	..
Spanien	15,6	16,8	15,8	16,1	16,2	16,0	16,1	..
Frankreich	8,1	9,1	9,2	8,1	7,8	7,9	8,0	..
Italien	9,3	10,3	11,6	9,7	9,8	10,3	10,2	..
Zypern	7,7	7,5	7,0	7,7	7,3	6,8	6,8	..
Lettland	8,1	7,2	6,7	8,1	8,2	8,5	8,7	..
Litauen	8,5	8,4	7,6	9,2	9,2	9,6	9,6	..
Luxemburg	6,8	6,7	6,4	6,6	6,7	6,8	6,7	..
Malta	4,3	4,3	4,1	4,4	4,4	4,4	4,4	..
Niederlande	3,8	4,9	4,7	4,0	3,9	3,6	3,6	..
Österreich	5,3	5,5	5,3	5,5	5,8	5,7	5,7	..
Portugal	7,1	7,7	7,3	7,2	6,9	6,9	6,9	..
Slowenien	5,0	5,4	5,0	5,3	5,2	5,1	4,9	..
Slowakische Republik	6,7	7,3	6,7	6,9	6,9	7,2	7,3	..
Finnland	7,8	8,6	7,9	7,8	8,4	..	..	..
Euroraum	8,0	8,7	8,5	8,3	8,2	8,3	8,3	..
Bulgarien	5,2	4,8	4,4	5,3	5,3	5,5	5,3	..
Tschechische Republik	2,6	3,4	3,2	2,9	3,1	3,3	3,2	..
Dänemark	5,6	5,6	5,5	5,9	6,1	6,1	6,1	..
Kroatien	7,6	9,4	9,0	7,7	7,7	7,2	7,1	..
Ungarn	4,1	3,8	3,5	4,0	4,1	4,9	4,5	..
Polen	3,2	4,9	4,5	3,2	3,2	3,1	3,1	..
Rumänien	5,0	4,9	4,9	5,1	5,2	5,6	5,7	..
Schweden	8,3	8,7	8,4	8,3	8,8	8,9	8,9	..
EU	7,2	x	x	7,4	7,4	7,5	7,5	..
Türkei	13,2	12,4	11,0	12,9	12,5	12,2	..	..
Vereinigtes Königreich	..	6,1	6,1	..	..	..	..	..
USA	8,1	5,8	4,2	6,7	6,7	6,3	6,2	..
Japan	2,8	2,8	2,4	3,0	3,0	2,9	2,9	..
Schweiz	3,1	3,5	3,4	3,4	3,5	3,5	3,6	..
Russland	5,8	5,4	5,0	6,1	5,9	5,8	5,7	5,4
Brasilien	13,2	14,5	13,2	14,1	13,9	14,2	..	..
China	4,0	3,6	3,6	4,2	4,2	..	..	..
Indien	10,3	x	x	6,5	9,1	6,5	6,9	6,5

Quelle: Eurostat, Macrobond, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *IWF WEO Prognose April 2021.*

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
								Prognose[1]		
	in % des BIP									
Belgien	1,8	1,5	1,4	0,6	0,7	−0,8	−1,2	−0,7	−0,9	−1,5
Deutschland	6,6	7,4	8,7	8,7	8,0	7,6	7,1	7,1	7,6	7,0
Estland	0,3	0,7	1,8	1,2	2,3	0,9	1,7	−1,0	0,4	−0,5
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	0,5	6,0	−9,5	4,6	7,0	6,9
Griechenland	−1,9	−1,2	−1,3	−1,9	−1,5	−3,2	−2,1	−7,4	−6,6	−3,5
Spanien	2,0	1,7	2,0	3,2	2,8	1,9	2,0	0,7	1,0	1,9
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,6	−0,7	−0,9	−0,8	−2,3	−2,1	−1,8
Italien	1,1	1,9	1,4	2,6	2,5	2,5	3,0	3,6	3,5	3,4
Zypern	−1,5	−4,1	−0,5	−4,2	−5,3	−3,9	−6,7	−10,3	−8,5	−6,1
Lettland	−2,5	−1,6	−0,6	1,6	1,3	−0,3	−0,5	3,0	0,5	0,2
Litauen	1,7	3,5	−2,4	−1,1	0,6	0,3	4,3	7,9	6,2	4,8
Luxemburg	−1,4	−1,0	0,3	0,2	−0,9	−0,0	4,5	4,4	4,9	4,9
Malta	0,1	5,7	2,7	3,7	11,2	11,2	8,4	−0,6	0,2	1,2
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,8	10,8	10,9	10,0	9,0	8,9
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,9	1,5	1,4	2,6	2,3	2,4	2,5
Portugal	1,0	−0,1	−0,0	0,6	1,0	0,3	−0,1	−1,2	−0,6	0,3
Slowenien	2,3	5,1	3,9	4,8	6,4	6,0	6,6	7,3	6,9	6,6
Slowakische Republik	3,1	2,6	−0,6	−2,0	−0,9	−0,1	−3,2	−0,4	−1,2	−2,0
Finnland	−2,0	−1,4	−0,8	−2,0	−0,8	−1,8	−0,1	0,8	1,5	1,4
Euroraum	2,8	3,1	3,4	3,6	3,7	3,5	2,7	2,3	2,8	2,7
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,1	4,6	4,0	0,1	1,4	1,2
Tschechische Republik	−1,5	−1,3	−1,7	−0,3	0,8	−0,8	−0,0	3,5	0,9	0,1
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,8	8,0	7,0	7,9	7,9	8,0	7,8
Kroatien	−1,1	0,5	3,9	2,6	3,9	2,4	2,9	−3,5	−2,3	−1,6
Ungarn	3,5	1,2	2,3	4,6	1,9	0,3	−0,8	−0,2	−0,4	−0,3
Polen	−0,5	−1,4	0,2	−0,0	0,1	−0,7	0,5	3,5	2,0	1,3
Rumänien	−1,0	−0,5	−1,1	−2,0	−3,4	−4,4	−4,7	−5,1	−5,0	−4,7
Schweden	4,8	4,1	3,1	2,4	2,8	2,4	3,9	5,2	5,0	4,7
EU	2,8	3,0	3,3	3,4	3,5	3,1	2,9	3,1	3,2	3,1
Türkei	−6,5	−4,6	−3,6	−3,8	−5,5	−3,5	1,1	−5,1	−3,4	−2,2
Vereinigtes Königreich	−4,9	−4,9	−5,0	−5,4	−3,8	−3,7	−3,8	−3,9	−3,9	−4,0
USA	−2,0	−2,1	−2,2	−2,1	−1,9	−2,2	−2,3	−3,1	−3,9	−3,1
Japan	0,9	0,8	3,1	4,0	4,2	3,5	3,6	3,3	3,6	3,2
Schweiz	7,6	4,6	7,5	5,2	2,6	5,7	12,2	3,8	6,7	7,5
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	1,7	6,5	3,8	2,2	3,9	3,3
Brasilien	−3,2	−4,1	−3,0	−1,3	−0,7	−2,2	−2,7	−0,9	−0,6	−0,8
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,6	0,2	1,0	2,0	1,6	1,3
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−1,1	1,0	−1,2	−1,6

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *IWF-Prognose April 2021. Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden nur bedingt mit den realisierten Werten der EK vergleichbar.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
				Prognose[1]						Prognose[1]		
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	in % des BIP											
Belgien	−0,7	−0,8	−2,0	−10,2	−7,3	−5,0	102,0	99,8	98,1	115,0	115,9	116,2
Deutschland	1,4	1,8	1,5	−4,2	−5,5	−0,4	65,1	61,8	59,6	68,9	70,3	67,3
Estland	−0,7	−0,5	0,1	−5,4	−7,1	−6,3	9,1	8,2	8,4	18,5	25,1	30,3
Irland	−0,3	0,1	0,5	−5,3	−5,5	−2,8	67,0	63,0	57,4	59,8	63,2	63,2
Griechenland	0,7	1,0	1,5	−9,9	−8,9	−2,6	179,2	186,2	180,5	213,1	210,1	200,5
Spanien	−3,0	−2,5	−2,9	−11,5	−9,0	−5,8	98,6	97,4	95,5	117,1	118,4	117,3
Frankreich	−3,0	−2,3	−3,0	−9,9	−7,2	−4,4	98,3	98,1	98,1	113,5	115,2	114,3
Italien	−2,4	−2,2	−1,6	−9,5	−8,8	−5,5	134,1	134,4	134,7	155,6	157,1	155,5
Zypern	1,9	−3,5	1,5	−5,0	−3,2	−0,8	93,5	99,2	94,0	118,2	113,0	105,4
Lettland	−0,8	−0,8	−0,6	−3,9	−6,7	−1,8	39,0	37,1	36,9	45,5	47,2	45,3
Litauen	0,5	0,6	0,3	−8,0	−6,1	−1,8	39,1	33,7	35,9	47,0	49,5	47,7
Luxemburg	1,3	3,1	2,4	−3,8	−1,5	−0,5	22,3	21,0	22,0	25,5	26,8	27,3
Malta	3,2	2,0	0,5	−9,0	−5,7	−3,1	48,8	45,2	42,6	55,4	57,9	56,6
Niederlande	1,3	1,4	1,7	−5,6	−4,3	−2,5	56,9	52,4	48,7	54,0	56,1	56,1
Österreich	−0,8	0,2	0,7	−9,6	−6,5	−3,6	78,5	74,0	70,5	85,2	87,2	85,7
Portugal	−3,0	−0,4	0,1	−6,1	−5,0	−1,9	126,1	121,5	117,2	131,6	131,4	125,6
Slowenien	−0,1	0,7	0,5	−8,5	−6,2	−4,2	74,2	70,3	65,6	81,5	80,5	78,2
Slowakische Republik	−0,9	−1,0	−1,4	−7,3	−7,1	−4,9	51,7	49,9	48,5	60,7	64,0	64,3
Finnland	−0,7	−0,9	−1,0	−4,8	−4,3	−3,0	61,3	59,6	59,3	67,1	68,8	69,2
Euroraum	−0,9	−0,5	−0,6	−7,6	−6,7	−3,3	89,7	87,7	85,9	96,9	98,2	96,5
Bulgarien	1,1	2,0	1,9	−3,0	−3,9	−2,0	25,3	22,3	20,2	23,8	25,5	26,6
Tschechische Republik	1,5	0,9	0,3	−5,9	−7,8	−6,3	34,2	32,1	30,2	37,6	44,0	48,0
Dänemark	1,8	0,7	3,8	−3,5	−1,8	−1,8	35,9	34,0	33,4	43,4	41,6	42,9
Kroatien	0,8	0,3	0,4	−8,0	−3,9	−2,6	77,5	74,3	72,8	87,2	86,3	83,3
Ungarn	−2,4	−2,1	−2,1	−8,5	−6,5	−4,8	72,2	69,1	65,4	81,2	80,0	78,3
Polen	−1,5	−0,2	−0,7	−8,2	−4,7	−2,6	50,6	48,8	45,7	57,7	57,4	56,1
Rumänien	−2,6	−2,9	−4,4	−9,7	−7,1	−6,3	35,1	34,7	35,3	50,1	52,6	55,0
Schweden	1,4	0,8	0,5	−4,0	−3,9	−1,8	40,7	38,9	35,1	38,5	40,4	40,2
EU	−0,8	−0,4	−0,5	−7,4	−6,4	−3,2	83,3	81,2	79,3	91,7	93,0	91,6
Türkei	−2,8	−2,8	−3,0	−5,4	−5,7	−6,1	28,1	30,4	32,8	36,8	37,1	38,8
Vereinigtes Königreich	−2,4	−2,3	−2,3	−13,4	−11,8	−6,2	86,3	85,8	85,4	103,7	107,1	109,1
USA	−4,3	−6,6	−7,2	−15,8	−15,0	−6,1	105,9	106,9	108,7	127,1	132,8	132,1
Japan	−2,9	−2,3	−3,3	−12,6	−9,4	−3,8	234,7	236,5	238,0	256,2	256,5	253,6
Schweiz	1,2	1,3	−0,1	−2,6	−3,4	−0,7	33,5	31,2	30,9	42,9	44,8	44,1
Russland	−2,2	2,1	0,4	−4,1	−0,8	−0,3	14,3	13,5	13,9	19,3	18,1	17,7
Brasilien	−7,9	−7,2	−6,0	−13,4	−8,3	−7,2	83,7	87,9	91,6	98,9	98,4	98,8
China	−3,9	−4,8	−6,4	−11,4	−9,6	−8,7	46,4	50,6	55,6	66,8	69,6	73,7
Indien	−7,0	−6,4	−7,4	−12,3	−10,0	−9,1	69,4	68,1	69,0	89,6	86,6	86,3

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *IWF-Prognose April 2021.*

Prognose und Szenarien wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Aktuelle Prognose	OeNB			WIFO				IHS		OECD		IWF		EU-	
	Dezember 2020			März 2021				März 2021		Dezember 2020		April 2021		Nov. 2020/Jän. 2021	
	Prognose			*Öffnungsszenario*		*Lockdownszenario*		*Prognose*		*Prognose*		*Prognose*		*Prognose*	
	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %														
BIP, real[4]	3,6	4,0	2,2	2,3	4,3	1,5	4,7	2,6	4,3	1,4	2,3	3,5	4,0	2,0	5,1
Privater Konsum, real	3,9	4,7	2,0	2,4	4,0	1,1	4,6	4,4	4,4	2,9	2,3	×	×	5,0	2,5
Öffentlicher Konsum, real	1,2	0,8	0,9	1,4	1,2	1,4	1,2	1,5	0,5	1,2	1,2	×	×	1,5	0,9
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,0	4,7	2,7	4,0	4,0	3,5	4,4	2,7	4,9	1,9	3,2	×	×	3,2	2,4
Exporte, real	5,4	5,5	3,7	2,8	7,2	2,3	7,8	6,8	7,2	4,0	4,3	5,1	7,2	5,5	3,8
Importe, real	4,1	5,8	3,8	3,9	6,0	3,5	6,5	8,4	6,6	3,9	4,5	5,9	6,9	4,8	3,1
Arbeitsproduktivität[1]	2,7	2,1	0,7	−1,8	0,9	−1,7	0,7	1,3	2,7	1,5	0,8	×	×	2,6	1,4
BIP Deflator	0,2	1,5	1,7	1,2	1,7	1,2	1,7	1,5	1,7	1,1	1,1	1,7	1,4	1,9	1,6
VPI	×	×	×	1,8	1,8	1,8	1,8	2,0	1,9	×	×	×	×	×	×
HVPI[4]	1,4	1,7	1,7	1,9	1,9	1,9	1,9	2,1	1,9	1,3	1,6	1,6	1,8	1,7	1,7
Lohnstückkosten	−0,7	0,2	1,9	−0,8	−1,0	−0,3	−1,6	−0,3	−1,2	5,8	2,9	×	×	−2,0	0,6
Beschäftigte[2]	0,9	1,9	1,5	1,1	2,2	0,9	2,3	1,3	1,5	0,0	1,5	0,8	0,8	1,5	1,2
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition														
Arbeitslosenquote	5,6	5,1	4,8	5,0	4,8	5,1	4,8	5,3	5,0	5,6	5,1	5,5	5,3	5,1	4,9
	in % des nominellen BIP														
Leistungsbilanz	2,4	2,3	2,4	1,4	2,1	1,3	2,1	×	×	3,1	3,2	2,4	2,5	2,9	3,2
Finanzierungssaldo des Staates	−6,3	−2,9	−1,4	−7,1	−3,7	−7,7	−4,0	−6,6	−3,5	−6,7	−2,6	−6,5	−3,6	−6,4	−3,7
	Prognoseannahmen														
Erdölpreis in USD/Barrel[4]	44,0	45,7	46,9	63,0	59,0	63,0	59,0	65,0	65,0	40,0	40,0	58,5	54,8	54,7	52,4
Kurzfristiger Zinssatz in %[4]	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,3	−0,5	−0,3	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,6	−0,5
USD/EUR-Wechselkurs[4]	1,18	1,18	1,18	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,17	1,17	1,22	1,24	1,21	1,21
	Veränderung zum Vorjahr in %														
BIP, real Euroraum[4]	3,9	4,2	2,1	3,9	4,3	3,9	4,3	4,3	3,6	3,6	3,3	4,4	3,8	3,8	3,8
BIP, real USA	3,8	2,2	1,8	6,0	3,0	6,0	3,0	5,8	3,5	3,2	3,5	6,4	3,5	3,7	2,5
BIP, real Welt	5,6	3,9	3,4	×	×	×	×	5,3	4,0	4,2	3,7	6,0	4,4	4,6	3,6
Welthandel[3]	7,1	4,3	3,6	×	×	×	×	7,0	3,5	3,9	4,4	8,4	6,5	6,2	4,4

[1] *OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.*
[2] *WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.* [3] *IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.* [4] *EK: Interim-Prognose vom Jänner 2021.*

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

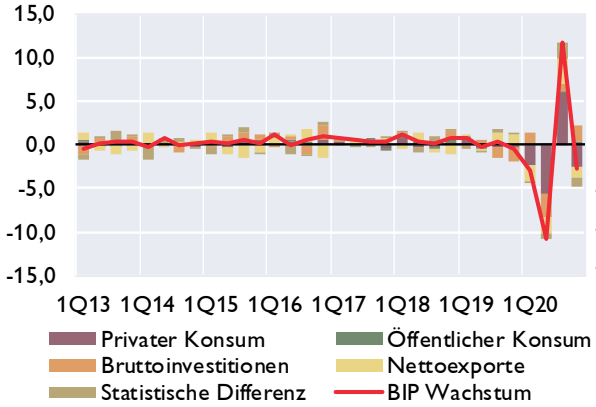
	2019	2020	2020 Q1	2020 Q2	2020 Q3	2020 Q4	2021 Q1	2020 Dez.	2021 Jän.	2021 Feb.	2021 März
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,5	1,4	2,0	1,1	1,4	1,1	1,5	1,0	1,1	1,4	2,0
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	1,6	2,0	2,1	1,8	2,1	0,6	1,7	1,6	1,7	1,5	1,7
Nationaler VPI	1,5	1,4	1,9	1,1	1,5	1,3	1,3	1,2	0,9	1,2	2,0
Deflator des privaten Konsums	1,9	1,1	1,5	0,9	1,2	0,9	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,7	1,1	1,1	1,5	1,1	0,9	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	0,1	−1,6	−0,8	−2,4	−1,9	−1,3	..	−1,0	−0,3	0,9	..
Großhandelspreisindex	0,0	−4,1	−1,8	−6,6	−4,5	−3,9	3,0	−2,7	−0,1	2,2	6,9
Tariflohnindex	3,0	2,3	2,7	2,4	2,3	2,2	1,7	2,1	1,7	1,6	1,6
BIP je Erwerbstätigen	1,9	−3,8	−2,7	−8,0	−1,4	−3,2	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,6	5,7	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	3,8	..	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,4	−6,7	−3,0	−10,7	11,8	−2,7	..	×	×	×	×
Privater Konsum	0,8	−9,4	−4,7	−11,2	12,0	−5,2	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,4	1,7	0,6	0,6	0,5	1,6	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,9	−4,8	−0,5	−7,5	6,9	0,4	..	×	×	×	×
Exporte	2,9	−10,9	−4,5	−18,2	18,0	−0,2	..	×	×	×	×
Importe	2,5	−10,0	−1,4	−15,9	12,9	2,1	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,4	−6,6	−3,6	−13,5	−3,7	−5,7	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,1	−5,5	−3,5	−10,4	−3,5	−4,7	..	×	×	×	×
Nettoexporte	0,4	−0,5	0,1	−0,7	1,5	−2,7	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	−0,1	−0,6	−0,2	−2,3	−1,6	1,7	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	2,3	−7,5	−4,5	−18,3	−4,7	−2,8	..	1,8	−9,5	..	..
Importe	1,1	−8,6	−6,3	−18,8	−7,9	−1,4	..	1,7	−10,4	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	12,8	13,1	6,3	0,9	3,7	2,3	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	10,1	8,0	5,1	0,3	2,5	0,0	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	11,3	9,5	5,0	−0,1	2,9	1,6	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,8	2,5	5,4	−0,1	3,0	1,6	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	103,4	87,5	100,9	72,8	88,2	88,0	95,3	90,9	88,7	92,0	105,2
Industrievertrauen (%-Saldo)	−5,3	−16,1	−8,8	−26,0	−17,3	−12,4	−4,2	−7,9	−8,0	−6,4	1,9
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,4	−6,0	−5,5	−16,1	−2,9	0,4	..	−1,1	−3,3	1,6	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	86,6	79,2	84,8	73,9	77,2	80,8	82,2	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	11,7	0,4	13,4	−8,5	−2,7	−0,8	7,1	4,9	3,7	4,7	12,8
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	16,4	−12,3	13,1	−39,4	−10,3	−12,5	−7,9	−12,0	−16,5	−8,4	1,1
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−2,7	−10,1	−4,4	−13,6	−9,2	−13,1	−10,1	−11,8	−12,9	−11,4	−5,9
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−11,5	−26,4	−18,1	−36,7	−22,1	−28,9	−30,5	−37,8	−47,0	−38,7	−5,8
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,2	0,7	−1,4	−1,3	5,0	0,4	..	2,1	−18,1	2,3	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,5	−2,1	−1,0	−4,0	−1,5	−2,0	−0,9	−3,3	−3,4	−3,0	4,0
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−3,5	35,9	17,5	67,9	34,0	29,0	7,8	31,4	31,8	30,8	−24,4
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,4	9,9	9,7	11,4	8,8	9,8	10,4	11,2	11,4	10,7	9,3
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,5	5,4	4,6	5,6	5,6	5,6	..	5,8	5,7	5,7	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,6	9,8	5,5	6,1	7,7	9,1	..	9,8	8,5	8,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	9,1	8,9	8,8	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	2,8	..	−7,3	−6,3	−7,8	3,0	..	3,0	..	..	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,4	−0,4	−0,4	−0,3	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,1	−0,2	−0,1	−0,1	−0,3	−0,4	−0,2	−0,4	−0,4	−0,2	−0,1
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 032	2 412	2 800	2 202	2 231	2 411	3 030	2 683	2 940	3 004	3 129
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	0,4	−7,8	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	−8,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	70,5	83,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

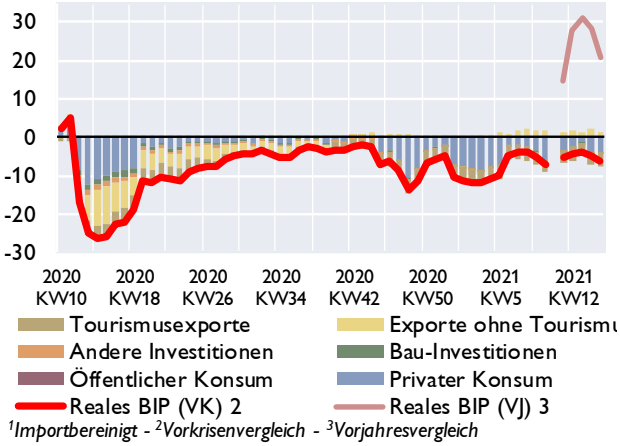
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



Wöchentlicher BIP-Indikator 2020/2021

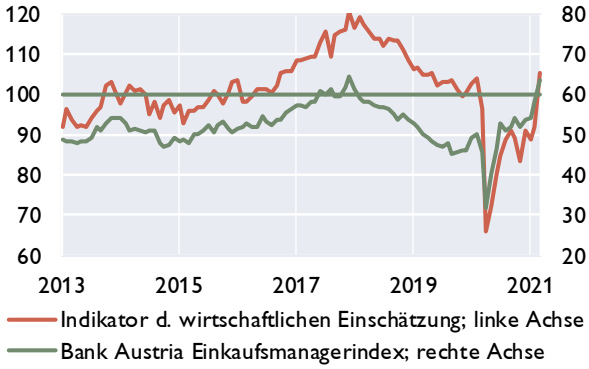
Veränderung d. realen BIP z.VJ in %; Wachstumsbeiträge[1] in %Pkt



[1]Importbereinigt - [2]Vorkrisenvergleich - [3]Vorjahresvergleich

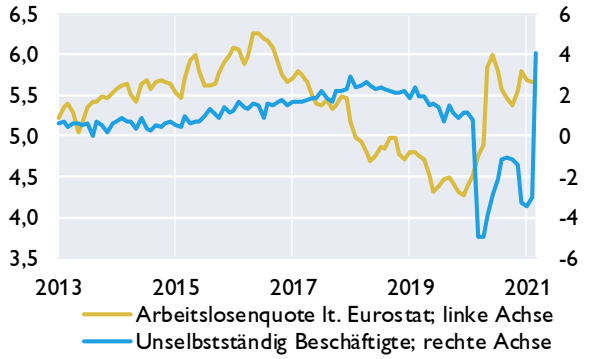
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50[1]*



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2018	2019	2020	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	4,8	11,3	9,5	4,4	5,0	−0,1	2,9	1,6
Güter	2,1	3,0	5,3	0,9	1,2	1,0	1,5	1,5
Dienstleistungen	10,0	9,8	7,9	2,7	5,1	−0,1	2,1	0,8
Primäreinkommen	−3,5	2,0	−0,3	1,4	−0,2	−0,1	−0,3	0,3
Sekundäreinkommen	−3,7	−3,5	−3,3	−0,6	−1,1	−0,8	−0,4	−1,0
Vermögensübertragungen	−2,3	−0,3	−0,6	0,0	−0,2	0,0	−0,1	−0,3
Kapitalbilanz	6,8	16,9	5,2	3,7	4,8	−2,8	4,5	−1,3
Direktinvestitionen	1,8	6,7	10,5	3,1	2,2	−1,3	6,7	2,8
Portfolioinvestitionen	3,5	−5,3	−14,5	−1,8	−8,4	−12,7	6,7	−0,1
Finanzderivate	−0,8	1,4	1,1	0,9	−0,4	0,3	0,6	0,6
Sonstige Investiitionen	0,2	14,4	6,6	2,2	10,5	11,3	−9,4	−5,8
Währungsreserven[3]	2,1	−0,2	1,5	−0,7	0,9	−0,5	−0,1	1,2
Statistische Differenz	4,3	5,9	−3,7	−0,8	−0,1	−2,7	1,7	−2,7
Leistungsbilanz in % des BIP	1,3	2,8	2,5	4,3	5,4	−0,1	3,0	1,6

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2017 endgültige Daten, 2018 und 2019 revidierte Daten, 2020 provisorische Daten.*

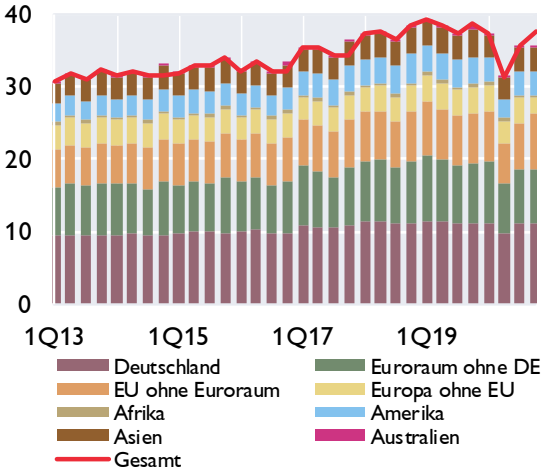
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2018	150 071	156 056	−5985,1	5,7	5,8
2019	153 502	157 817	−4315,6	2,3	1,1
2020	141 933	144 203	−2270,0	−7,5	−8,6
Jän. 20	12 283	12 654	−371,2	−3,2	−4,4
Jän. 21	11 110	11 344	−233,5	−9,5	−10,4
Aug. 20	10 141	10 846	−705,9	−7,4	−5,5
Sep. 20	12 777	12 722	55,3	−1,0	−3,0
Okt. 20	13 168	13 500	−331,4	−10,7	−5,9
Nov. 20	13 110	13 263	−152,6	2,4	0,9
Dez. 20	11 252	11 556	−304,0	1,8	1,7
Jän. 21	11 110	11 344	−233,5	−9,5	−10,4

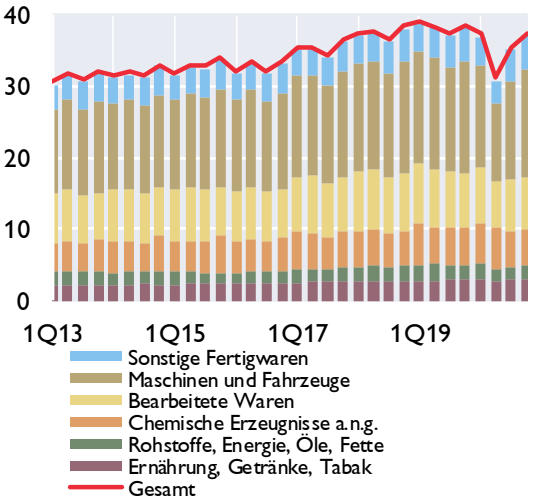
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

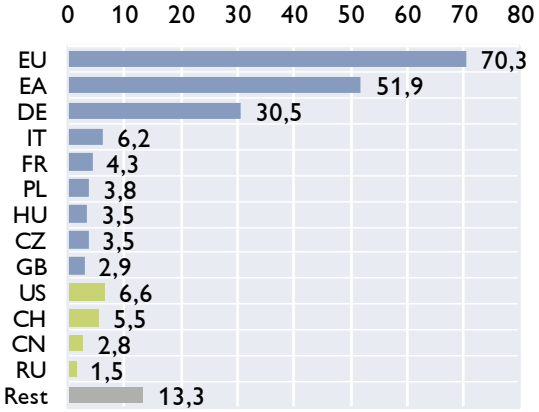
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2020

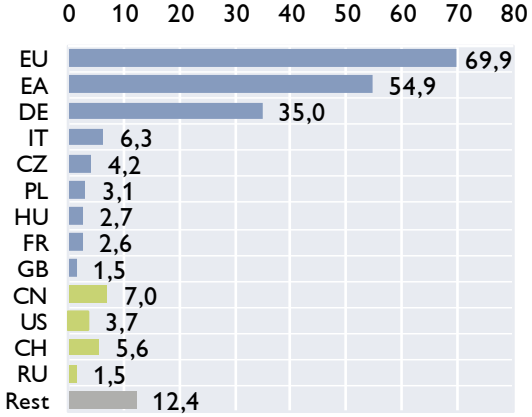
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



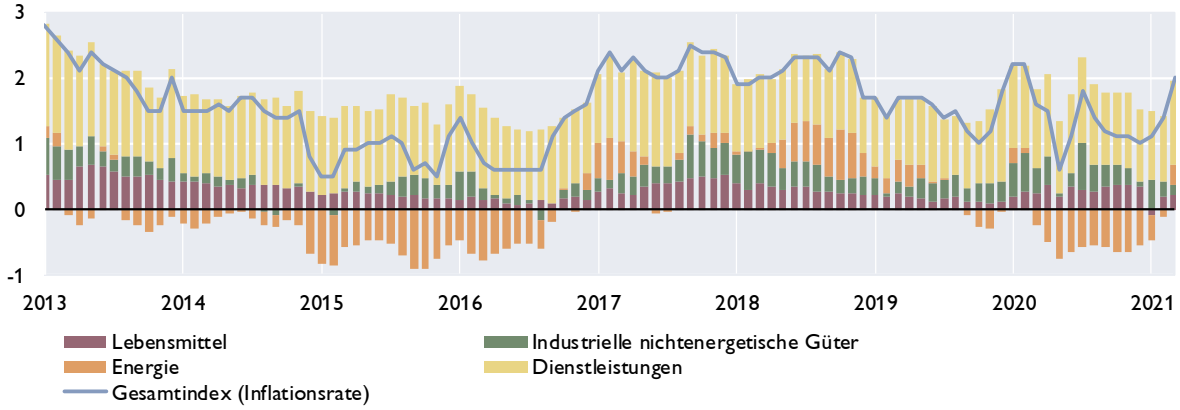
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2021	2019	2020	Nov.20	Dez.20	Jän.21	Feb.21	Mär.21
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	1,4	1,1	1,0	1,1	1,4	2,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,0	1,1	2,3	2,7	2,9	−1,1	1,4	1,1
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	1,0	1,1	1,8	0,4	1,3	0,5	1,8
Bekleidung und Schuhe	5,5	0,8	−0,1	−0,2	−1,1	2,5	−1,7	−1,6
Wohnung, Wasser, Energie	15,3	2,7	2,1	1,8	1,9	2,3	2,7	3,0
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,5	1,4	1,0	0,6	0,2	0,5	−0,2	0,6
Gesundheitspflege	5,8	1,2	2,1	2,5	2,2	1,2	1,4	1,2
Verkehr	12,7	0,2	−1,9	−3,8	−3,1	−2,0	0,3	3,6
Nachrichtenübermittlung	2,4	−2,7	−2,7	−1,8	−1,4	−3,5	−3,5	−3,0
Freizeit und Kultur	9,9	1,3	1,9	1,5	1,5	2,4	1,9	2,8
Bildungswesen	1,2	2,6	1,9	1,7	1,9	1,9	1,8	1,9
Hotels, Cafes und Restaurants	13,4	2,8	3,4	3,6	3,3	2,7	2,1	3,1
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	8,2	1,8	2,0	2,0	1,5	1,3	1,3	1,3

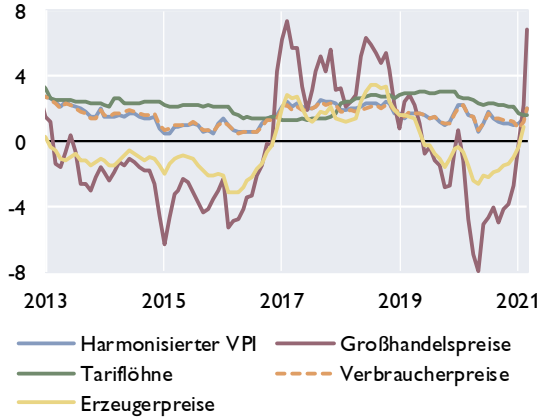
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2017	2018	2019	2020
Arbeitsproduktivität[1]	0,7	0,8	0,1	−4,9
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,6	2,7	2,9	0,6
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	1,0	1,7	−1,0	1,8
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	0,9	2,0	2,6	5,7
Sachgütererzeugung	−1,0	0,7	3,8	..

[1]In der Gesamtwirtschaft.
[2]Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. [1] Classification of Individual Consumption by Purpose.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2018	2019	2020	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
Gesamt	**149 819**	**152 709**	**97 876**	**25 981**	**41 973**	**6 269**	**43 464**	**6 170**
Inländer	39 390	39 944	31 596	7 624	7 969	3 673	16 240	3 714
Ausländer	110 430	112 765	66 280	18 357	34 003	2 596	27 224	2 456
darunter								
Deutschland	56 114	56 683	38 508	8 961	16 409	1 836	19 112	1 152
Osteuropa	12 499	13 216	7 679	2 439	4 906	385	1 846	542
Niederlande	9 988	10 355	7 416	1 209	4 638	76	2 599	103
Schweiz	4 895	4 931	3 143	962	1 295	133	1 365	351
Vereinigtes Königreich	3 845	3 679	1 477	600	1 343	11	97	27
Italien	2 842	2 886	996	571	350	34	542	70
Belgien	2 818	2 897	1 737	290	1 019	22	680	17
Frankreich	1 815	1 809	791	275	420	12	322	36
Dänemark	1 573	1 649	1 058	155	939	4	109	7
USA	1 874	2 050	326	459	252	8	47	19
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**3,7**	**1,9**	**−35,9**	**5,2**	**−12,6**	**−77,9**	**−13,7**	**−76,3**
Inländer	2,2	1,4	−20,9	2,5	−15,6	−59,9	18,5	−51,3
Ausländer	4,2	2,1	−41,2	6,4	−11,8	−86,5	−25,8	−86,6

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2018	2019	2020	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
Deutschland	9 007	9 224	6 288	1 859	2 895	346	2 744	303
Niederlande	1 262	1 349	1 002	184	699	10	277	16
Schweiz	1 402	1 432	970	297	455	35	374	106
Italien	779	850	351	181	146	24	150	32
CESEE[1]	3 000	3 217	1 929	755	1 057	196	467	208
Restl. Europa	2 394	2 506	1 298	410	1 035	24	201	38
Rest der Welt	1 715	1 915	435	419	336	19	48	32
Gesamt	**19 559**	**20 493**	**12 273**	**4 105**	**6 623**	**654**	**4 261**	**735**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2018	2019	2020	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
Deutschland	2 260	2 398	1 103	542	426	88	422	167
Italien	1 508	1 443	574	207	117	34	328	96
Kroatien	879	992	270	31	39	39	175	18
Europäische Mittelmeerländer[2]	1 099	1 164	462	247	92	17	241	113
Restl. Europa	2 847	2 977	1 380	616	466	118	532	261
Rest der Welt	1 426	1 390	493	322	339	9	70	74
Gesamt	**10 019**	**10 364**	**4 282**	**1 965**	**1 479**	**305**	**1 768**	**729**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

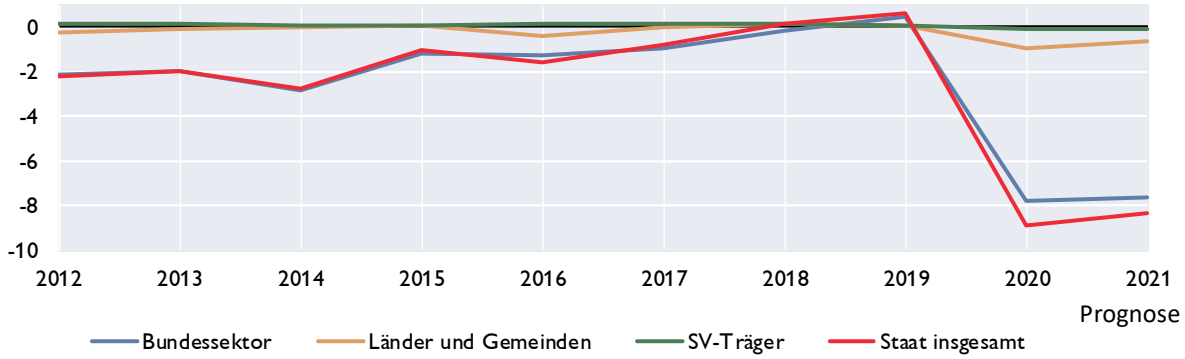
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2017	−3,4	−0,1	0,5	−3,0	−0,9	−0,0	0,1	−0,8
2018	−0,5	0,7	0,5	0,7	−0,1	0,2	0,1	0,2
2019	1,8	0,4	0,2	2,4	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	−29,3	−3,7	−0,2	−33,2	−7,8	−1,0	−0,1	−8,9
2021 *)	−29,6	−2,5	−0,2	−32,3	−7,7	−0,7	−0,0	−8,4

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

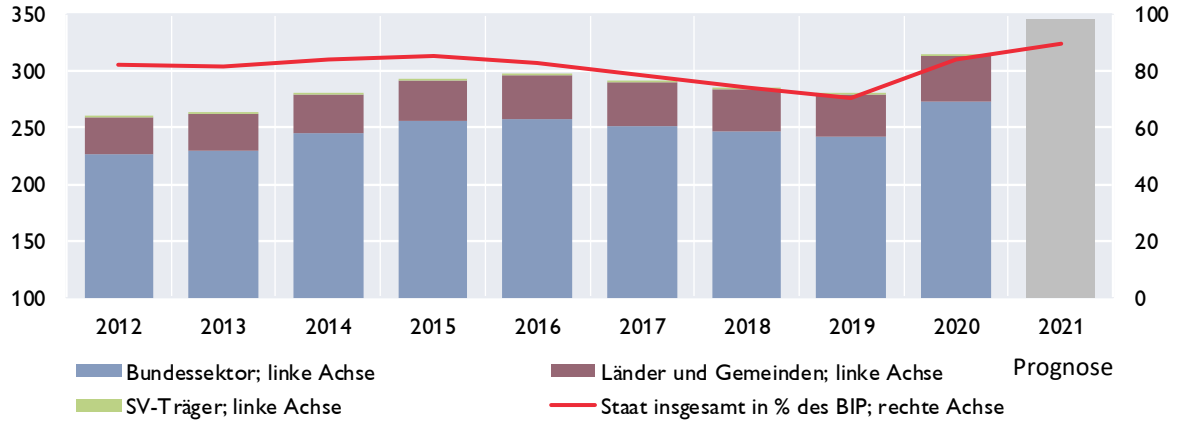


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2017	251,2	37,8	0,9	289,9	68,0	10,2	0,2	78,5
2018	246,2	37,8	1,3	285,3	63,9	9,8	0,3	74,0
2019	241,9	37,4	1,0	280,3	60,8	9,4	0,3	70,5
2020	272,8	40,3	2,0	315,2	72,6	10,7	0,5	83,9
2021 *)	.	.	.	345,8	.	.	.	89,6

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



**) 2021: BMF-Prognose (budgetäre Notifikation, April 2021).*

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1]	Jänner bis Februar		Vorläufiger Erfolg	Bundesvor-anschlag (BVA)	Veränderung BVA 2021 / Vorl. Erfolg 2020
Allgemeine Gebarung	2020	2021	2020	2021	
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	11 766	15 214	101 390	97 797	−3,5
Einzahlungen	14 590	12 718	78 910	75 168	−4,7
Nettofinanzierungsbedarf[2]	2 825	−2 496	−22 480	−22 629	−0,7

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Februar		Vorläufiger Erfolg	Bundesvor-anschlag (BVA)	Veränderung BVA 2021 / Vorl. Erfolg 2020
	2020	2021	2020	2021	
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	8 336	7 755	39 460	39 445	−0,0
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*1 351*	*1 200*	*2 982*	*2 500*	*−16,1*
Körperschaftsteuer	*1 814*	*1 483*	*6 334*	*6 000*	*−5,3*
Lohnsteuer	*4 757*	*4 632*	*27 254*	*28 200*	*3,5*
Kapitalertragsteuern	*355*	*399*	*2 580*	*2 550*	*−1,2*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	7 463	6 960	40 951	42 937	4,9
davon: Umsatzsteuer	*5 580*	*5 244*	*27 563*	*28 550*	*3,6*
Öffentliche Abgaben brutto	16 375	15 437	81 807	83 050	1,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	6 260	5 886	30 042	29 026	−3,4
Überweisungen an die Europäische Union	884	1 215	3 478	3 700	6,4
Öffentliche Abgaben netto[3]	9 231	8 336	48 288	50 324	4,2

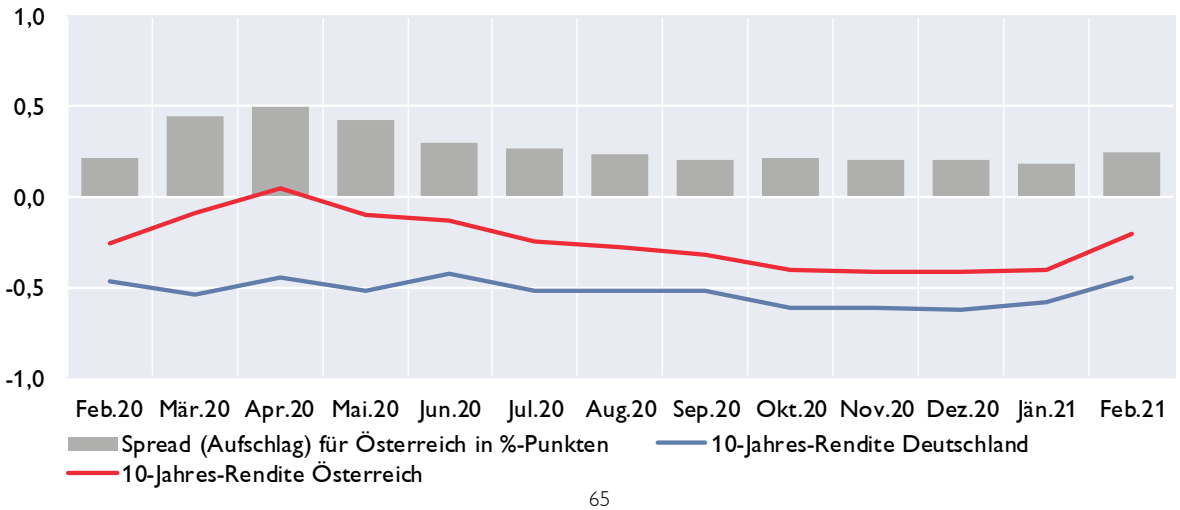
[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*

[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*

[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

Rendite in %



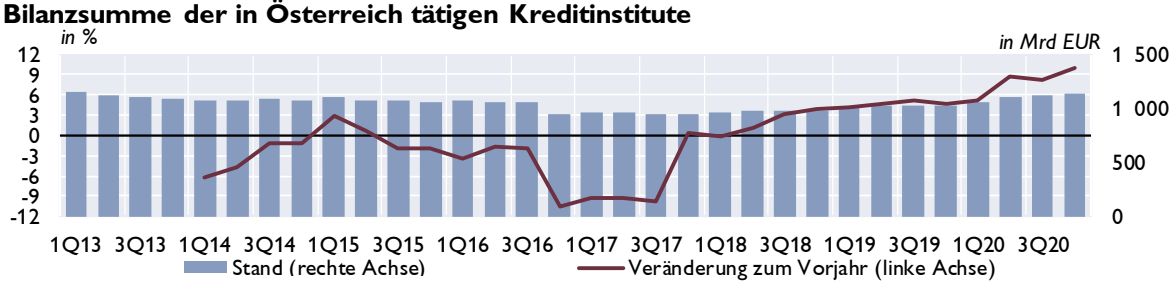
Quelle: BMF, EZB.

Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

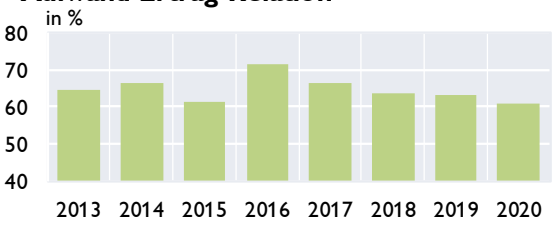
Vermögenslage	4. Quartal 2019	4. Quartal 2020	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	*in Mio EUR*			*in %*
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	75 246	163 796	88 550	117,7
Darlehen und Kredite	743 862	752 165	8 303	1,1
Schuldverschreibungen	130 068	133 908	3 840	3,0
Eigenkapitalinstrumente	6 789	8 803	2 014	29,7
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	21 006	22 811	1 805	8,6
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21 639	21 234	−405	−1,9
Materielle Vermögenswerte	12 292	11 587	−705	−5,7
Immaterielle Vermögenswerte	2 957	2 968	11	0,4
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	18 423	19 155	732	4,0
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 032 283	1 136 427	104 144	10,1
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	20 906	73 834	52 928	253,2
Einlagen von Kreditinstituten	101 249	102 410	1 161	1,1
Einlagen von Nichtbanken	615 430	655 729	40 299	6,5
Begebene Schuldverschreibungen	150 394	152 876	2 482	1,7
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	14 364	16 745	2 381	16,6
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	729	1 023	294	40,3
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[2)]	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[2)]	554	236	−318	−57,4
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	23 437	24 743	1 306	5,6
Rückstellungen	13 072	12 954	−118	−0,9
Eigenkapital und Minderheitenanteile	92 148	95 878	3 730	4,0
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis [2)]*	*−7 040*	*−8 488*	*−1 448*	*−20,6*
**hievon: Minderheitenanteile*	*6 312*	*6 486*	*174*	*2,8*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 032 283	1 136 427	104 144	10,1

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

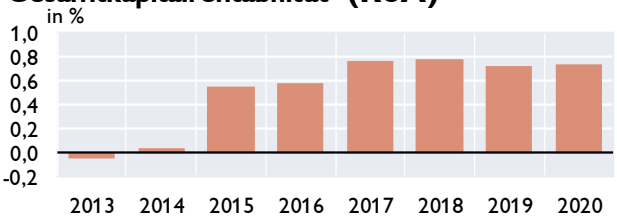
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).*

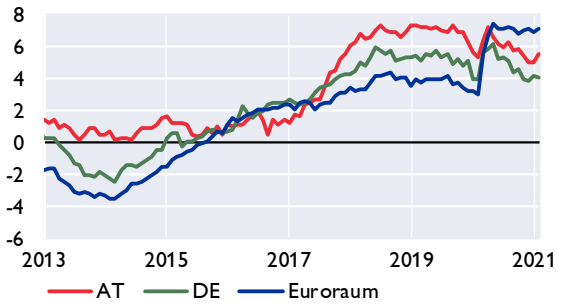
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2018	161,9	5 747	3,5	3,2	153,0	4 393	6,9	4,1
2019	168,8	5 938	4,2	3,6	162,9	4 463	6,2	3,2
2020	174,5	6 126	3,5	3,1	169,8	4 710	5,0	7,1
Mai.20	169,3	5 971	3,6	3,0	168,1	4 729	6,6	7,4
Jun.20	170,8	6 001	3,7	3,1	168,5	4 727	6,2	7,2
Jul.20	171,1	6 022	3,7	3,0	169,1	4 746	5,9	7,1
Aug.20	172,1	6 032	4,0	3,0	169,7	4 746	6,2	7,2
Sep.20	173,1	6 071	3,7	3,1	170,2	4 723	5,8	7,1
Okt.20	173,5	6 096	3,8	3,2	170,7	4 732	5,8	6,8
Nov.20	174,0	6 119	3,9	3,1	171,5	4 742	5,4	7,0
Dez.20	174,5	6 126	3,5	3,1	169,8	4 710	5,0	7,1
Jän.21	174,4	6 127	3,5	3,0	170,4	4 713	5,0	6,9
Feb.21	174,4	6 138	3,5	3,0	171,8	4 725	5,5	7,1

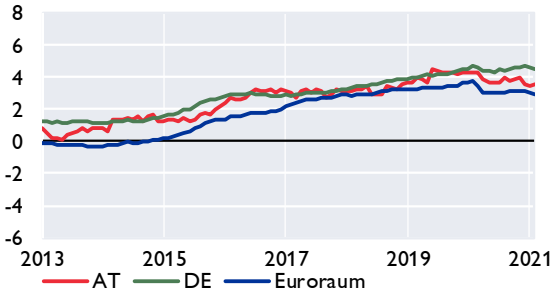
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



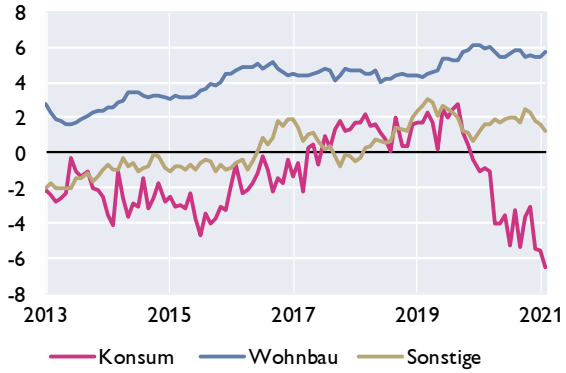
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



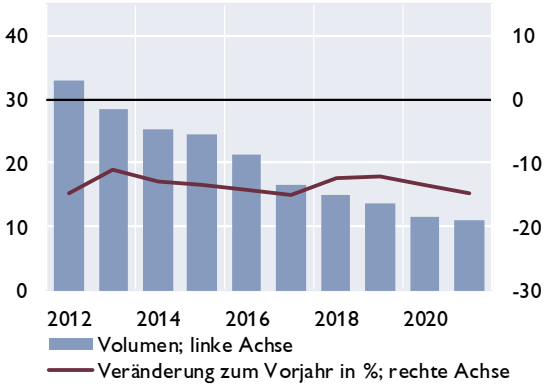
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR in %

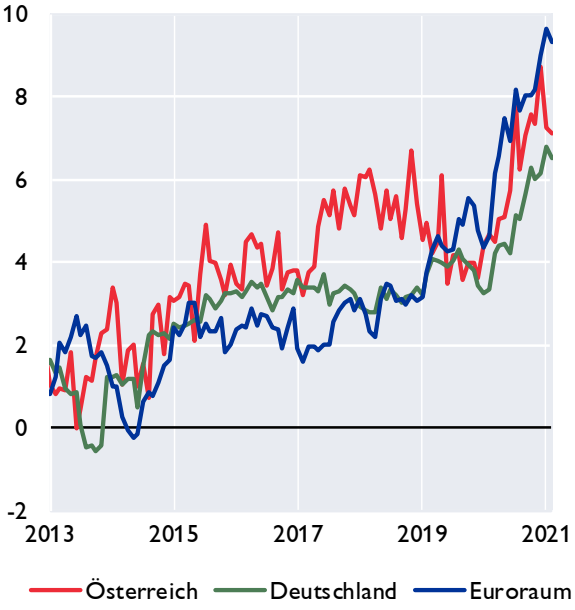


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

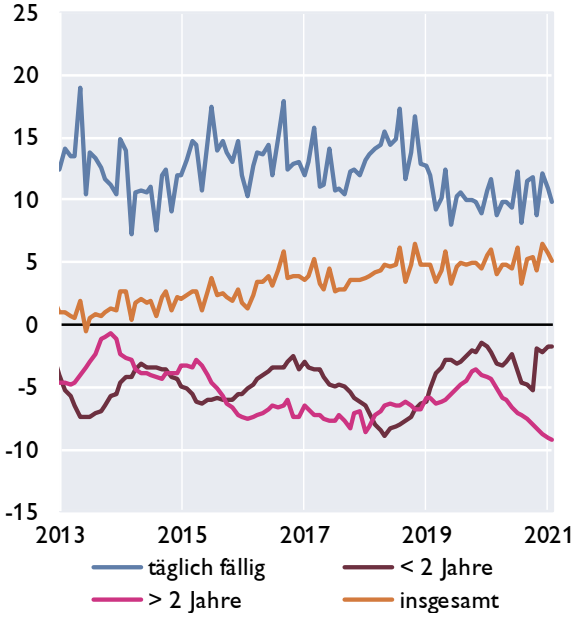
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



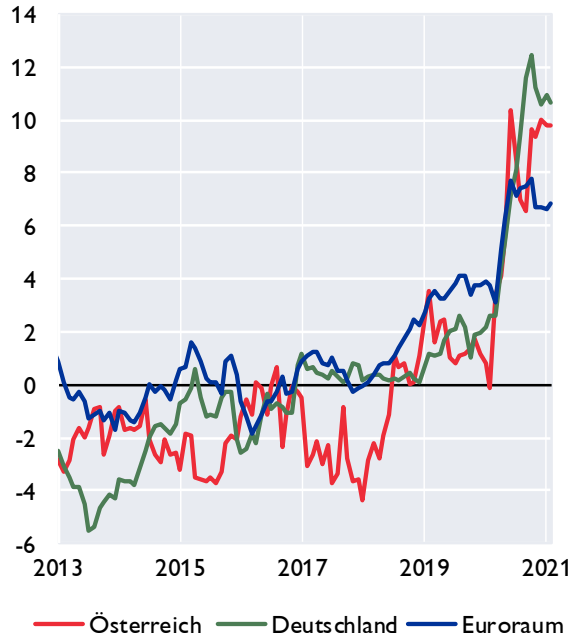
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



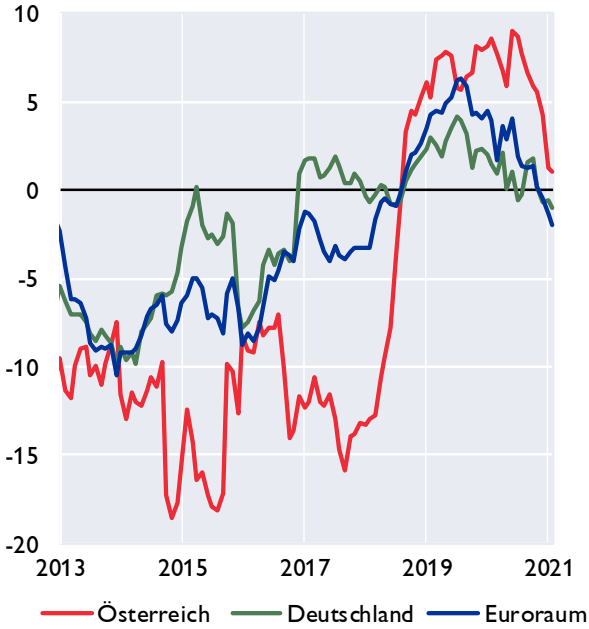
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

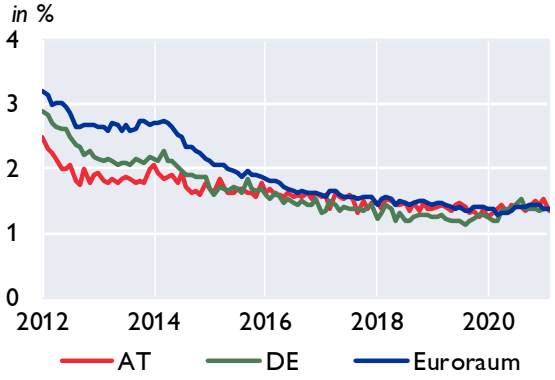


Quelle: OeNB, EZB

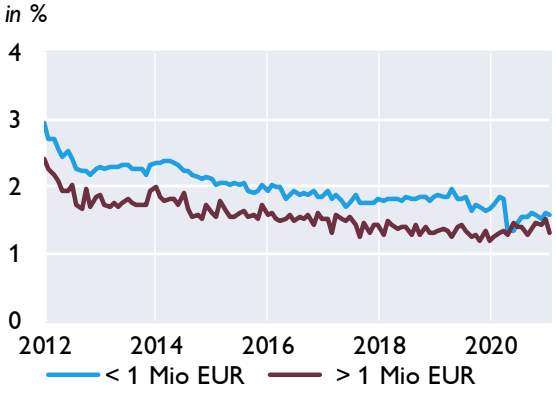
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

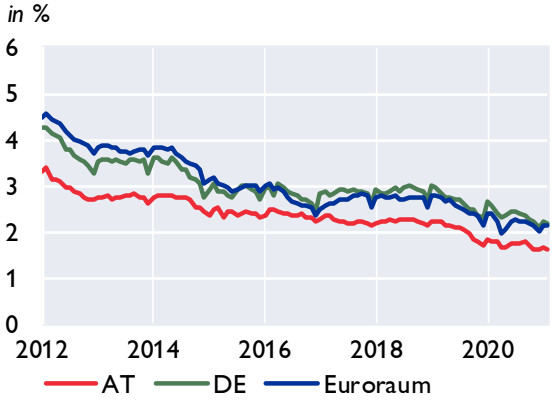


Nach Kredithöhe in Österreich

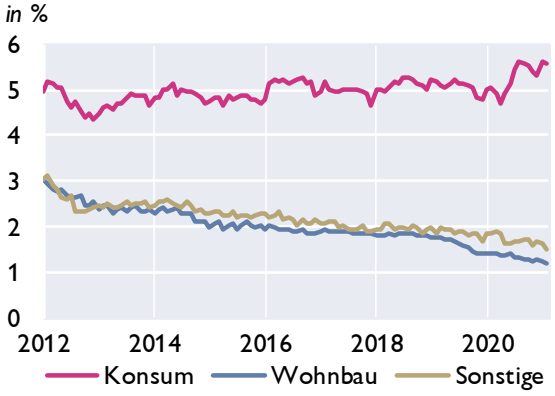


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

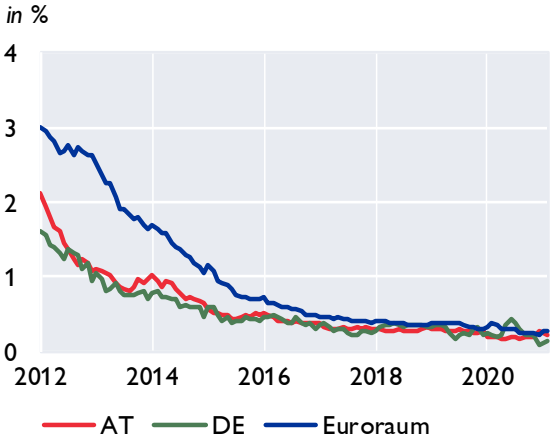


Nach Verwendungszweck in Österreich

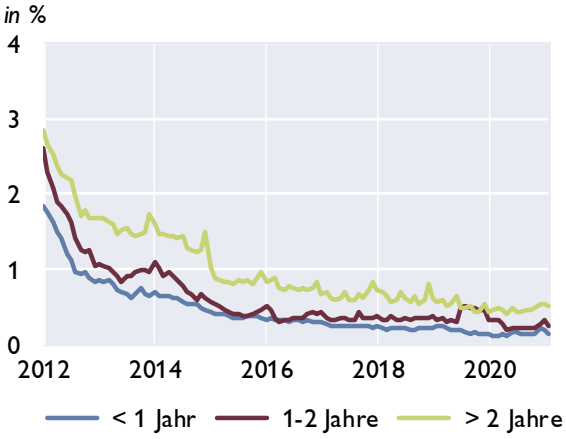


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Seite 33

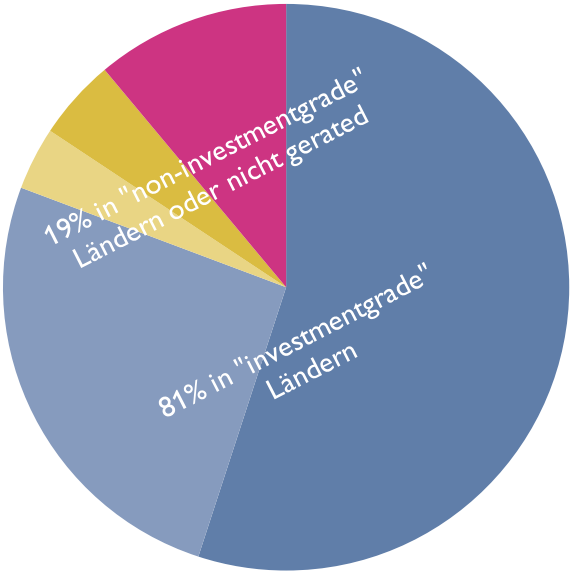
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Ertragslage	4. Quartal 2019	4. Quartal 2020	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Zinsergebnis, netto	15 589	15 458	−131	−0,8
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*24 087*	*22 408*	*−1 679*	*−7,0*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*8 498*	*6 950*	*−1 548*	*−18,2*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2]	0	0	-	-
Dividendenerträge	612	425	−187	−30,6
Provisionsergebnis, netto	7 226	7 314	88	1,2
**hievon: Provisionserträge*	*9 641*	*9 707*	*66*	*0,7*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*2 415*	*2 393*	*−22*	*−0,9*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	340	98	−242	−71,2
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken	0	0	-	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−292	62	354	A
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2]	296	58	−238	−80,4
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	729	256	−473	−64,9
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	−28	41	69	A
Sonstige betriebliche Erträge	3 358	3 819	461	13,7
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2 831	2 780	−51	−1,8
Betriebserträge, netto	**24 997**	**24 750**	**−247**	**−1,0**
(Verwaltungsaufwendungen)	14 413	13 652	−761	−5,3
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*8 740*	*8 461*	*−279*	*−3,2*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*5 673*	*5 191*	*−482*	*−8,5*
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	x	644	-	-
(Abschreibungen)	1 359	1 402	43	3,2
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	277	112	−165	−59,6
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	683	721	38	5,6
Betriebsergebnis	**8 264**	**8 220**	**−44**	**−0,5**
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	x	34	-	-
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	−14	278	292	A
(Sonstige Rückstellungen)	271	118	−153	−56,5
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	718	3 287	2 569	357,8
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	−15	24	39	A
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	27	5	−22	−81,5
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	1 276	745	−531	−41,6
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2]	19	27	8	42,1
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2]	3	−107	−110	R
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**8 631**	**5 148**	**−3 483**	**−40,4**
(Ertragssteuern)	1 382	1 193	−189	−13,7
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**7 249**	**3 955**	**−3 294**	**−45,4**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	85	7	−78	−91,8
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2]	14	48	34	242,9
(Minderheitenanteile)	634	343	−291	−45,9
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**6 713**	**3 668**	**−3 045**	**−45,4**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- bis A- BBB+ bis BBB- BB+ bis BB- B+ bis B- nicht gerated

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	44 221	48 558	55 827	69 914	75 815	77 843	78 868
Slowakei	26 319	29 261	30 149	31 127	33 256	35 985	40 627
Rumänien	25 896	23 498	24 454	24 555	25 737	27 531	30 367
Kroatien	18 878	18 167	17 147	16 841	17 328	17 811	19 202
Ungarn	15 460	14 263	14 485	15 901	16 817	18 590	21 240
Polen	16 688	19 121	16 574	16 311	7 985	8 460	8 446
Republik Serbien	3 565	4 029	4 210	4 579	5 376	5 344	5 387
Slowenien	5 494	4 716	4 488	4 805	4 823	6 155	7 227
Bulgarien	3 456	3 368	3 476	3 759	4 173	4 624	4 931
Bosnien Herzgowina	3 438	3 238	3 277	3 337	3 620	3 800	3 990
Republik Montenegro	392	346	405	811	892	954	964
Türkei	1011	889	924	859	737	642	616
Mazedonien	306	292	330	345	396	1 107	1 237
Aserbeidschan	247	239	293	267	244	213	149
Litauen	144	131	124	164	171	253	318
Lettland	53	77	132	119	140	148	317
Estland	51	14	17	14	14	37	46
Andere	19 151	16 190	16 958	16 504	19 553	23 778	19 636
Gesamt	184 768	186 397	193 269	210 215	217 078	233 275	243 569

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 4. Quartal 2020	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	15 887	*15 887*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 046
Bargeld	731	10 786	*10 755*	*0*	*31*	*0*	*0*	26 907	0	4 398
Täglich fällige Einlagen	71 385	204 787	*183 693*	*7 460*	*9 808*	*2 787*	*1 038*	187 195	6 702	80 273
Sonstige Einlagen	22 418	210 039	*197 209*	*970*	*11 157*	*364*	*339*	95 863	1 293	41 505
Kurzfristige Kredite	34 355	63 926	*53 268*	*22*	*9 788*	*841*	*7*	2 497	0	25 442
Langfristige Kredite	110 413	453 933	*425 193*	*192*	*22 453*	*6 054*	*42*	145	12	82 427
Handelskredite	55 009	50	*5*	*0*	*46*	*0*	*0*	52	40	19 631
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	58	9 097	*8 658*	*420*	*19*	*0*	*0*	662	1	25 795
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5 872	339 629	*198 022*	*84 475*	*2 900*	*53 653*	*580*	24 386	1 174	332 175
Börsennotierte Aktien	26 446	54 929	*3 710*	*34 325*	*15 737*	*1 156*	*0*	30 338	1 163	44 371
Nicht börsennotierte Aktien	37 581	57 558	*22 374*	*218*	*21 274*	*13 680*	*11*	5 854	14	26 685
Investmentzertifikate	15 109	166 746	*15 441*	*65 779*	*24 602*	*36 035*	*24 888*	70 269	2 949	26 515
Sonstige Anteilsrechte	176 915	109 434	*38 328*	*2 214*	*63 815*	*5 067*	*10*	153 625	2 362	126 072
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	83 844	x	1 755
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 211	3 671	*0*	*0*	*0*	*3 671*	*0*	4 087	0	1 106
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	48 038	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	14 563	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	11 321	15 293	*5 789*	*14*	*8 029*	*926*	*536*	14 759	275	7 101
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	570 824	1 715 768	*1 178 334*	*196 089*	*189 658*	*124 236*	*27 451*	763 085	15 986	847 298
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	4	*4*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	-885	2 709	*2 736*	*0*	*4*	*-31*	*0*	2 444	0	-324
Täglich fällige Einlagen	10 975	81 815	*79 159*	*1 798*	*392*	*218*	*248*	20 370	648	-3 860
Sonstige Einlagen	5 299	35 396	*35 808*	*-204*	*-104*	*-121*	*16*	-3 469	78	-8 108
Kurzfristige Kredite	1 555	-4 330	*-4 250*	*17*	*23*	*-123*	*2*	-257	0	-3 411
Langfristige Kredite	1 916	16 536	*20 529*	*7*	*-4 713*	*704*	*10*	-19	0	-4 358
Handelskredite	-2 523	-32	*4*	*0*	*-36*	*0*	*0*	33	35	650
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	28	7 049	*7 003*	*57*	*-10*	*0*	*0*	-1 432	-2	15 251
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	827	28 393	*29 081*	*1 179*	*-119*	*-1 839*	*90*	-1 797	-58	9 076
Börsennotierte Aktien	218	2 264	*-501*	*2 484*	*203*	*78*	*0*	2 357	28	-168
Nicht börsennotierte Aktien	-1 287	-1 075	*-329*	*89*	*-2 123*	*1 294*	*-6*	5	0	627
Investmentzertifikate	1 133	1 169	*-158*	*363*	*1 046*	*-197*	*115*	4 067	64	3 129
Sonstige Anteilsrechte	-5 280	-2 209	*420*	*155*	*-2 498*	*-286*	*0*	3 774	1	-12 139
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-1 798	x	-55
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	172	315	*0*	*0*	*0*	*315*	*0*	219	0	129
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	477	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 153	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	3 485	366	*-256*	*48*	*409*	*115*	*50*	3 405	98	-2 577
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	15 631	168 371	*169 250*	*5 992*	*-7 525*	*128*	*527*	29 533	893	-6 137
Nettogeldvermögen	-313 196	17 108	*35 606*	*-7 014*	*-24 405*	*9 524*	*3 397*	560 051	12 647	-41 223
Finanzierungssaldo	9 829	4 383	*2 507*	*-1 218*	*2 541*	*322*	*230*	23 513	673	-5 167

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 4. Quartal 2020	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	2 046	*2 046*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	15 887
Bargeld	x	40 671	*40 671*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 228
Täglich fällige Einlagen	x	552 523	*552 523*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	27 714
Sonstige Einlagen	x	292 998	*292 998*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	86 345
Kurzfristige Kredite	35 633	17 480	*0*	*292*	*15 964*	*1 222*	*2*	7 718	411	59 852
Langfristige Kredite	290 835	30 910	*0*	*184*	*28 804*	*1 915*	*7*	191 716	2 587	126 025
Handelskredite	51 144	53	*1*	*0*	*52*	*0*	*0*	10	0	20 719
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	477	6 775	*6 775*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	9 198
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	47 170	158 617	*141 257*	*0*	*12 967*	*4 393*	*0*	x	x	197 442
Börsennotierte Aktien	91 870	27 333	*20 444*	*x*	*2 249*	*4 640*	*x*	x	x	58 258
Nicht börsennotierte Aktien	43 251	69 514	*52 236*	*587*	*7 335*	*9 097*	*260*	x	x	40 035
Investmentzertifikate	x	201 948	*0*	*201 948*	*0*	*0*	*x*	x	x	91 478
Sonstige Anteilsrechte	293 088	147 930	*18 521*	*93*	*129 278*	*37*	*0*	x	12	136 422
Lebensversicherungsansprüche	x	80 724	*x*	*x*	*0*	*80 724*	*x*	x	x	4 875
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 301	*x*	*x*	*0*	*9 301*	*x*	x	x	2 775
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 294	34 628	*8 337*	*x*	*0*	*2 506*	*23 786*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	14 563	*0*	*0*	*14 563*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	17 257	10 643	*6 917*	*0*	*2 851*	*875*	*0*	3 589	329	9 270
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	884 020	1 698 660	*1 142 728*	*203 103*	*214 063*	*114 711*	*24 054*	203 033	3 339	888 521
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	4
Bargeld	x	3 939	*3 939*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	10
Täglich fällige Einlagen	x	116 506	*116 506*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	3 445
Sonstige Einlagen	x	39 316	*39 316*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-10 891
Kurzfristige Kredite	-5 118	-3 484	*0*	*-119*	*-3 157*	*-208*	*0*	-544	151	-2 073
Langfristige Kredite	10 966	-1 578	*0*	*51*	*-2 429*	*799*	*0*	6 042	-53	-592
Handelskredite	-1 505	9	*1*	*0*	*8*	*0*	*0*	7	-1	-69
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-54	1 686	*1 686*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	7 109
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	9 035	893	*4 963*	*x*	*-4 956*	*886*	*0*	x	x	5 315
Börsennotierte Aktien	1 708	-12	*-12*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	3 013
Nicht börsennotierte Aktien	780	-135	*52*	*x*	*-37*	*-219*	*0*	x	x	-2 313
Investmentzertifikate	x	7 139	*0*	*7 139*	*0*	*0*	*0*	x	x	2 878
Sonstige Anteilsrechte	-9 604	286	*430*	*41*	*-185*	*-1*	*0*	x	1	-6 631
Lebensversicherungsansprüche	x	-2 081	*0*	*x*	*0*	*-2 081*	*0*	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	541	*0*	*x*	*0*	*541*	*0*	x	x	293
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	124	353	*36*	*x*	*0*	*21*	*296*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 153	*0*	*0*	*1 153*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-530	-544	*-174*	*28*	*-465*	*68*	*0*	515	121	-695
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	5 802	163 988	*166 742*	*7 210*	*-10 067*	*-194*	*296*	6 021	219	-970
Nettogeldvermögen	-313 196	17 108	*35 606*	*-7 014*	*-24 405*	*9 524*	*3 397*	560 051	12 647	-41 223
Finanzierungssaldo	9 829	4 383	*2 507*	*-1 218*	*2 541*	*322*	*230*	23 513	673	-5 167

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*